

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1981

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Wirtschaftliche Entwicklung 1981	283	Für die Diagnose der gesamtwirtschaftlichen Lage und der weiteren konjunkturellen Entwicklung sind aktuelle Daten über Beschäftigung, Produktion und Auftragseingang der gewerblichen Wirtschaft unentbehrlich. Die wichtigsten Eckwerte aus den monatlichen und vierteljährlichen Wirtschaftsstatistiken 1981 werden vorgelegt.
Neue Verfahren in der Schulstatistik	293	Die wachsenden Anforderungen an die Schulstatistik machten es erforderlich, das Berichtswesen neu zu ordnen und ein Dateien-System einzurichten. Langfristig soll damit eine rationellere Arbeitsweise bei gleichzeitig größerer Flexibilität und Aktualität des Datenabrufs erreicht werden.
Personalkosten im produzierenden Gewerbe 1978	297	Eine Arbeitskostenerhebung in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe für das Jahr 1978 brachte interessante Informationen über die Höhe der Personalnebenkosten.
Wohnungsmarktsituation	301	In den vergangenen 30 Jahren haben sich die Wohnverhältnisse hierzulande ganz erheblich verbessert. Auch sind die Wohnbedingungen in Rheinland-Pfalz vielfach günstiger als in anderen Bundesländern.
Schaumweinindustrie	305	Auf die Sektkellereien in Rheinland-Pfalz entfallen 50% der deutschen Schaumweinproduktion. Über die Hälfte der deutschen Sektkellereien hat hier ihren Sitz.
Anhang	89*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	95*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Rheinland-pfälzisches Bruttoinlandsprodukt überschreitet 80 Mrd. DM

Ob die im Jahre 1980 bundesweit eingetretene Rezessionsphase in nächster Zeit zum Stillstand kommt, bleibt ungewiß, selbst wenn zur Jahresmitte 1981 hin die Ergebnisse der monatlichen und vierteljährlichen Wirtschaftsstatistiken vereinzelt Hinweise auf eine leichte konjunkturelle Erholung erkennen lassen.

Nach den bis Anfang Dezember vorliegenden Daten dürfte das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Rheinland-Pfalz 1981 um rund 4% auf 82,8 Mrd. DM zunehmen und damit das Wirtschaftswachstum im Bundesgebiet (+ 3,5%) leicht übersteigen. Der reale Zuwachs wird allerdings nur ganz gering ausfallen (Bundesgebiet — 0,5%).

Entscheidend für dieses Ergebnis ist die sehr starke Zunahme des Exportes, bei gleichzeitig stagnierender Binnennachfrage. Während sich der Auslandsumsatz von Industrie und Handwerk 1981 um 19% vergrößerte, erreichte der Binnenumsatz gerade den Vorjahreswert. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 283

Bessere Datenlieferung in der Schulstatistik

Der zunehmende Bedarf an Daten aus der Schulstatistik führte dazu, daß im Statistischen Landesamt neue Wege der Datenerfassung, der Aufbereitung und des Datenabrufs gefunden werden mußten. Das Berichtswesen für allgemein- und berufsbildende Schulen wurde neu geordnet. Um die gestiegenen Anforderungen an die Datenverarbeitung erfüllen zu können, ist gleichzeitig mit der Einrichtung eines Dateisystems begonnen worden. Die Arbeiten daran sind noch nicht abgeschlossen. Doch es zeichnet sich ab, daß mit dem neuen System in absehbarer Zeit der Bedarf an Daten aus der Schulstatistik wesentlich besser gedeckt werden kann als mit der herkömmlichen Arbeitsweise. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 293

Personalnebenkosten machen 43% der Personalkosten aus

In den rheinland-pfälzischen Unternehmen und Betrieben des produzierenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten beliefen sich die Personalkosten je Arbeitnehmer im Jahre 1978 auf 39 100 DM. Davon waren 22 400 DM (57,3%) Entgelt für geleistete Arbeit und 16 700 DM oder 42,7% Personalnebenkosten.

Im Jahre 1975 hatte sich der Anteil der Personalnebenkosten noch auf 38,2% belaufen, 1972 auf 35,4%. Auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit kamen somit 1978 zusätzlich 74,60 DM Personalnebenkosten. Seit 1975 ist das Entgelt für geleistete Arbeit um 18% gestiegen. In der gleichen Zeit haben sich die Personalnebenkosten um rund 43% erhöht. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 297

Jeder fünfte Schulabgänger mit Abitur

Zum Ende des Schuljahres 1980/81 wurden aus den allgemeinbildenden Schulen des Landes (ohne Sonderschulen) 59 445 Schüler entlassen. Mehr als die Hälfte von ihnen (30 062) hatte einen Hauptschulabschluß erlangt, jeder vierte (14 512) einen qualifizierten Sekundarabschluß I und nahezu jeder fünfte (10 847) das Abitur. Rund 4 000 Schüler verließen den Bereich der allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluß.

Aus den Sonderschulen wurden zum Ende des Schuljahres 1980/81 rund 2 800 Schüler entlassen. Die Hälfte dieser Schüler hatte das Abschlußzeugnis der Schule für Lernbehinderte erworben, jeder siebte Schulabgänger aus einer Sonderschule hatte einen Hauptschulabschluß (378) oder einen qualifizierten Sekundarabschluß I (14) erreicht. Die übrigen waren aus den Sonderschulen mit einem Abgangszeugnis oder dem Abschlußzeugnis der Schule für Geistigbehinderte abgegangen. ke

2 100 Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst

An den 23 Studienseminaren des Landes wurden im Oktober 1981 rund 2 100 Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst ausgebildet. Das sind 225 weniger als vor einem Jahr. Im Vergleich zu Oktober 1978, als die Zahl der Lehramtsanwärter ihren Höchststand erreicht hatte, beträgt der Rückgang 28%.

Die meisten Studienreferendare (772) besuchten die sechs Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien. 515 Lehramtsanwärter wurden an den sechs Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ausgebildet und 423 an den fünf Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. 219 Anwärter bereiteten sich an vier Seminaren auf das Lehramt an Realschulen vor, 170 auf das Lehramt an Sonderschulen (zwei Seminare). Die Angaben über die Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst lassen allerdings keine Rückschlüsse auf deren Beschäftigungs- oder Übernahmemöglichkeiten in den Schuldienst zu.

An den Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ist der Anteil der Frauen mit 74% am höchsten, aber auch die Lehramter an Sonderschulen (71%) und Realschulen (70%) werden von mehr Frauen angestrebt. Weniger attraktiv für Frauen ist nach wie vor das Lehramt an Gymnasien (44%) und berufsbildenden Schulen (42%). ke

Fremdenverkehr: 1981 bisher 3,9 Millionen Gäste

Von Januar bis September 1981 kamen mehr als 3,9 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 15 Millionen. Wegen der Verteuerung des Urlaubs im Ausland kamen 1,3% mehr deutsche Gäste und 3,4% weniger Ausländer, pe

Weiterer Produktionsanstieg im Oktober

Der seit August 1981 beobachtete leichte Aufwärtstrend bei Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz hat sich im Oktober fortgesetzt. Gegenüber dem Vormonat wurden um 1,5% mehr Waren hergestellt. Überdurchschnittlich nahm das Produktionsvolumen im Investitionsgüter (+ 4,7%) und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (+ 1,7%) zu. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich lagen die Ausstoßziffern um 0,7% über dem Vormonatsergebnis. Lediglich das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe verzeichnete einen Rückgang um 2,7%.

Von Januar bis Oktober 1981 wurde die Produktionsleistung des entsprechenden Vorjahreszeitraumes um 1,3% übertroffen. fn

Einfuhr aus der Sowjetunion auf mehr als das Dreifache gestiegen

Von Januar bis August 1981 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft der Sowjetunion für 320 Mill. DM Güter. Das sind 1,9% der hiesigen Gesamtausfuhr. Die Importe aus der Sowjetunion beliefen sich auf 294 Mill. DM, was einem Anteil von 2,5% an der Einfuhr entspricht. Während die Exporte gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur um 2% zunahmen, stiegen die Importe auf das 3,4fache. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß aus der Sowjetunion hauptsächlich Rohöl, Rohölprodukte und Erdgas eingeführt werden, die sich stark verteuert haben. pe

62% mehr Rohölprodukte und Erdgas importiert

Von Januar bis August 1981 wurden nach Rheinland-Pfalz Güter im Wert von 11,9 Mrd. DM eingeführt (+ 6,2%). Wichtigste Importgüter waren Rohöl (19%), Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas (12%). Während die Rohöllieferungen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 8% zurückgingen, erhöhten sich die Importe von Rohölprodukten und Erdgas um 62%.

Die ausgeprägteste Steigerung der Einfuhr war für Güter aus den Staatshandelsländern zu verzeichnen. pe

8 Millionen Kubikmeter Haus- und Sperrmüll

In öffentlichen Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen wurden im Jahre 1980 in Rheinland-Pfalz mehr als 10 Mill. m³ Abfälle angeliefert im Gesamtgewicht von 5,7 Mill. t. Hauptsächlich handelte es sich um Haus- und Sperrmüll (7,8 Mill. m³) sowie Bodenaushub und Bauschutt (1,9 Mill. m³). Unter den Abfällen befanden sich auch Schlämme (240 000 t), feste produktionsspezifische Abfälle aus Industrie und Gewerbe (229 000 t), Krankenhausabfälle (8 289 t) und Kompost (7 450 t). sr

Rheinland-Pfalz größter Sektproduzent im Bundesgebiet

Im Jahre 1980 stellten im Bundesgebiet 32 Industriebetriebe Schaumwein her, davon allein 17 in Rheinland-Pfalz. Die hohen Investitionen der heimischen Sektindustrie in den vergangenen Jahren haben dazu beigetragen, daß die Produktionsprozesse erheblich rationalisiert werden konnten. Infolge dieses technischen Fortschritts reduzierte sich die Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftszweig von 1970 bis 1980 um 25% auf 1 491. Die gleichzeitige Steigerung der Produktion um 135% zeigt das Ausmaß des Produktivitätszuwachses. In Rheinland-Pfalz arbeiteten 40% aller im Bundesgebiet in der Weinverarbeitungsbranche Tätigen. mer

Mehr über dieses Thema auf Seite 305

Weiter zunehmende Auftragseingänge durch das Ausland

Im Oktober lag der Auftragseingang der Industrie des Landes erneut höher als im Vormonat (+ 2,5%). Diese Entwicklung ist auf die Bestellungen aus dem Ausland (+ 6,5%) zurückzuführen; die Ordertätigkeit aus dem Inland ging um 0,2% zurück. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Auftragseingänge an Verbrauchsgütern und im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (jeweils + 3,7%). Die Bestellungen von Investitionsgütern nahmen um 0,7% zu.

Im Vergleich zum Oktober 1980 verbuchte die Industrie um 4,4% höhere Auftragseingänge. Dabei stieg die Ordertätigkeit im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe um 11,2%. Die Nachfrage nach Investitionsgütern nahm um 1,4% zu. Dagegen gingen die Bestellungen im Verbrauchsgütersektor um 1,3% zurück. fn

Kraftstoffe erneut billiger, Heizöl teurer

Im November setzte sich der Anstieg der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz fort. Mehr als zwei Fünftel der in die Preisbeobachtung einbezogenen Waren und Leistungen wurden bis zu 2% teurer.

Bei Gemüse und Obst gab es saisonal bedingte größere Preisanhebungen vor allem für Kopfsalat (+ 56%), Tafelbirnen (+ 13%) und Weintrauben (+ 32%).

Kraftstoffe wurden seit Oktober bis zu 2,4% billiger. Der Literpreis für Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) ging um 4 Pfennig auf 1,44 DM und für Superbenzin (Markenware mit Bedienung) um 3 Pfennig auf 1,49 DM zurück. Dagegen stieg der Literpreis für extra leichtes Heizöl bei einer Abnahme von 5 000 Litern im Durchschnitt um 2 Pfennig auf 77 Pfennig (+ 2,3%) an. sn

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis **1981**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Systematisches Inhaltsverzeichnis

des Textteils der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz

34. Jahrgang 1981

Heft Seite

Bevölkerung

Ausländer 1980	4	93
Haushalte und Familien 1980	7	160
Bevölkerung 1980	8	181
Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980	11	260

Gesundheitswesen

Behinderte 1980 - Zum Internationalen Jahr der Behinderten	9	203
--	---	-----

Bildung und Kultur

Auszubildende 1979	2	28
Aufnahmeprüfungen an Realschulen und Gymnasien zum Schuljahr 1980/81	6	139
Die schulartübergreifende Orientierungsstufe 1980/81	6	140
Schulbesuch und abgelegte Abschlußprüfungen 1970 bis 1980	6	142
Schüler mit dem Abschlußzeugnis einer Sonderschule an Berufsschulen 1974 bis 1980	6	145
Studenten im Wintersemester 1980/81	7	155
Ausbildungsplätze im Mai 1981: Angebot und Nachfrage	8	175
Weiterbildung 1980	10	233
Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980	11	273
Auszubildende 1980	11	278
Neue Verfahren in der Schulstatistik	12	293

Erwerbstätigkeit

Arbeitszeit, Ausbildung und berufliche Gliederung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1979	3	57
Soziale Struktur der Arbeiter im Oktober 1978	3	63
Soziale Struktur der Angestellten im Oktober 1978	5	118

Land- und Forstwirtschaft

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1980	1	14
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1980	2	34
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1979	2	42
Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft 1979	6	148
Ernteaussichten für 1981	8	186
Struktur der Weinbaubetriebe 1979	8	189
Entwicklung der Rebsorten 1964 bis 1979	10	236

Produzierendes Gewerbe

Bauwirtschaft im Konjunkturverlauf	1	4
Investitionen und wirtschaftliches Wachstum	2	25
Überregionaler Einsatz des Bauhauptgewerbes	4	85
Veränderungen im Energieverbrauch	6	127
Textil- und Bekleidungsindustrie 1970 bis 1980	6	132
Technischer Wandel in der Bauproduktion	10	248
Straßenfahrzeugbau - bedeutende Wachstumsbranche in Rheinland-Pfalz	11	265
Rheinland-Pfalz 1981 - Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung	12	283
Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1978	12	297
Die Schaumweinindustrie in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet	12	305

Bautätigkeit und Wohnungen

Wohnungsbau in regionaler Sicht	4	78
Wohnumfeld und Wohnqualität	4	82
Baulandmarkt 1976 bis 1980	7	171
Aspekte der Wohnungsmarktsituation	12	301

Handel und Gastgewerbe

Bedeutung der erweiterten Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz	3	47
Außenhandel mit Nordafrika 1970 bis 1980	3	72
Struktur der Handelsvermittlung 1979	5	121

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 1975 bis 1980	7	165
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980	8	198

Öffentliche Sozialleistungen

Soziale Struktur der Wohngeldempfänger 1980	9	208
---	---	-----

Öffentliche Finanzen

Das einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1977	1	19
Einkommensschichtung 1977	3	66
Öffentliche Ausgaben für das Verkehrswesen seit 1975	5	103
Auswirkungen einer Heraufsetzung der Sockelbeträge auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer	5	107
Die freien Berufe in der Statistik	5	113
Das vermögensteuerpflichtige Vermögen und seine Besteuerung	9	225

Preise, Löhne und Gehälter

Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1960 bis 1980	1	1
Preisindex der Lebenshaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA	2	32
Soziale Struktur der Arbeiter im Oktober 1978	3	63
Lebensstandard 1960 bis 1979 - Dargestellt anhand der realen Arbeitseinkommen	4	75
Energiepreise 1970 bis 1980	4	91
Soziale Struktur der Angestellten im Oktober 1978	5	118
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel 1978 bis 1980	8	194
Kaufkraft der D-Mark im Ausland	11	271
Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1978	12	297

Versorgung und Verbrauch

Regionale Gasversorgung 1979	1	10
Veränderungen im Energieverbrauch	6	127

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Statistische Grundlagen für die Produktivitätsberechnungen	4	99
Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1978	9	214
Rheinland-Pfalz 1981 - Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung	12	283

Regionalstatistik

Regionalstatistischer Pressedienst über den Computer	3	52
Bundesweite Vergleichsmöglichkeiten für regionalstatistische Daten	6	147

Umweltschutz

Ausbau der Kanalisierung 1963 bis 1979	10	242
--	----	-----

Automatische Datenverarbeitung

Maschinelle Auswertung von Forsteinrichtungsdaten	3	54
Zehn Jahre Krankenhausautomation - Betriebswirtschaftliche DV-Verfahren im Krankenhaus	7	151
Medizinische Informatik - ein neues Tätigkeitsfeld der Statistik	10	231

Allgemeines

Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik	11	255
---	----	-----

Kreisübersichten

Als Anlagen zu den Heften April und Oktober

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

Rheinland-Pfalz 1981

Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung

Für eine Diagnose der gesamtwirtschaftlichen Lage und der konjunkturellen Entwicklung sind aktuelle Daten über Beschäftigung, Produktion und Auftragseingang der gewerblichen Wirtschaft unentbehrlich. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Jahre 1981. Sonderentwicklungen in einzelnen Branchen werden nur berücksichtigt, wenn sie auf die gesamte konjunkturelle Situation Einfluß genommen haben. Grundlage bilden die bis Anfang Dezember bekannten Daten aus monatlichen und vierteljährlichen Wirtschaftsstatistiken der Monate Januar bis Oktober bzw. September, die zum überwiegenden Teil auf das volle Jahresergebnis hochgerechnet wurden. Bei Bundesergebnissen, die durchweg dem vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden herausgegebenen Statistischen Wochendienst und den entsprechenden Fachserien entnommen sind, wurde grundsätzlich auf eine Hochrechnung verzichtet.

Konjunkturelle Erholung läßt auf sich warten

Gesamtwirtschaftlich gesehen scheint die im Bundesgebiet 1980 eingetretene Rezession noch nicht überwunden zu sein. Zur Jahresmitte 1981 hin zeigen sich vereinzelt Anzeichen für eine bevorstehende konjunkturelle Erholung, die sich allerdings im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht entscheidend durchsetzen konnte. Die zeitliche Dauer des konjunkturellen Tiefs läßt darauf schließen, daß es sich nicht wie in früheren Jahren um eine schnell vorübergehende Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten handelt, sondern um eine tiefergehende strukturell bedingte Krise. Die erforderliche Anpassung von Wirtschaft, Staat und privaten Haushalten an geänderte außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, namentlich an die Folgen der Ölkrise, führt zu tiefgreifenden Beeinträchtigungen.

Insbesondere haben folgende Faktoren die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik im Jahre 1981 bestimmt: (1) Der weitere Anstieg der bereits sehr hohen Arbeitslosigkeit, (2) ein starker Geldwertschwund und damit verbunden (3) ein erstmals festzustellender Rückgang der Realeinkommen, (4) ein weiter bestehendes, wenn auch abgemildertes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht, das sich in einem erneuten Defizit der Leistungsbilanz und einer starken realen Abwertung der D-Mark ausdrückt, (5) ein an-

haltend hohes Zinsniveau, das sich negativ auf die Investitionsneigung auswirkt, und (6) ein wegen hoher Steuererminderungen bei beträchtlichem Strukturdefizit im öffentlichen Gesamthaushalt bestehender überhöhter Finanzierungssaldo zur Deckung der Staatsausgaben.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet für das Jahr 1981 in der Bundesrepublik mit einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von $-0,5\%$, wobei sich die Abnahme auf das erste Halbjahr beschränkt (-1%). Für das zweite Halbjahr erwartet der Sachverständigenrat ein gleich hohes reales Ergebnis wie im Vorjahr. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute war in ihrem Herbstgutachten sogar von einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 1% ausgegangen. Für das kommende Jahr 1982 rechnen beide Gutachten wieder mit einer leicht positiven Wirtschaftsentwicklung.

Von der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung des Bundesgebietes waren der private Verbrauch ($-1,5\%$) und die Anlageinvestitionen ($-2,5\%$) betroffen. Nur geringe Reaktion auf die konjunkturelle Abschwächung zeigte der Staatsverbrauch, der sich gegenüber dem Vorjahr real um 2% weiter vergrößerte. Die stärksten Impulse auf das wirtschaftliche Geschehen kamen, trotz des weltweiten Konjunkturrückgangs, aus dem Ausland. Die Ausfuhr der Bundesrepublik fiel 1981 - allerdings wohl in erster Linie wegen der zwischenzeitlichen Verschlechterung des Außenwertes der D-Mark - real um 7% höher aus als 1980, in jeweiligen Preisen sogar um 13% . Gleichzeitig erhöhte sich die Einfuhr real um $1,5\%$, nominal allerdings wegen der weiter gestiegenen Ölpreise um $11,5\%$.

Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz leicht über dem Bundesdurchschnitt

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft konnte im Jahre 1981 einen leichten Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt erzielen, nachdem im Vorjahr das Wirtschaftswachstum geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt gelegen hatte. Das Bruttoinlandsprodukt 1981 in jeweiligen Preisen beziffert sich nach den bis jetzt vorliegenden Informationen auf $82,8$

Mrd. DM. Daraus errechnet sich ein nominales Wirtschaftswachstum von 4% (Bundesgebiet + 3,5%). Das reale Wirtschaftswachstum dürfte leicht über 0% liegen. (Bundesgebiet — 0,5%).

Hauptträger des Wirtschaftswachstums ist in jeder modernen Volkswirtschaft das produzierende Gewerbe. Während die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz im Jahre 1981 um 1,5% zunahm, verzeichnete das Bauhauptgewerbe einen Rückgang um 6,5%. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes konnten die besonders exportorientierten Wirtschaftszweige zum Teil beachtliche Produktionszunahmen melden, so der Straßenfahrzeugbau (+ 14%), die Herstellung von Feinstblech-Packungen (+ 14%), die Ledererzeugung (+ 21%) sowie die Herstellung und Verarbeitung von Wein (+ 28%). Auch die Mineralölverarbeitung dürfte 1981 ein beachtliches Plus in der Produktion erzielt haben (+ 19%). Andererseits konnten die meisten Wirtschaftszweige, die in größerem Umfang als Zulieferer für das Baugewerbe arbeiten, das im Jahre 1980 erreichte Produktionsvolumen nicht mehr erreichen, so

die Gewinnung von Sand und Kies (— 10%), die Herstellung von Zement (— 10%), die Herstellung von Betonergebnissen (— 6,5%), die Holzbearbeitung (— 10%) und die Stahlverformung (— 14%). Die chemische Industrie, der vom Volumen her wichtigste Industriezweig des Landes, die im Vorjahr einen Produktionsrückgang um 9% verzeichnete, konnte 1981 ihre Produktion wieder um 2,5% ausdehnen.

Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes ist 1981 um rund 6% auf 73 Mrd. DM gestiegen. Die Zunahme ist ausnahmslos auf die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts (+ 19%) zurückzuführen, die Binnennachfrage stagnierte auf dem Stand von 1980.

Im zeitlichen Verlauf zeigen sowohl Produktion als auch Umsatz des verarbeitenden Gewerbes zur Jahresmitte hin eine gewisse Stabilisierung, wenn auch auf recht niedrigem Niveau. Seit Januar 1981 haben sich die zunächst negativen Veränderungsrate der Produktion stetig verbessert und im August immerhin + 5,6% erreicht (gleitender Drei-Monats-Durchschnitt). Das entsprechende Umsatzwachstum des verarbeitenden Gewerbes stellte sich im August sogar auf fast 12%.

Den gleichen Verlauf zeigt der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose, der seit Mai wieder auf eine Konsolidierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hindeutet, verbunden mit einem weiteren Nachlassen der inflationären Tendenzen.

Nach der Konjunkturumfrage der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern für das dritte Quartal 1981 beurteilten 47% der befragten Unternehmen ihre momentane Geschäftslage als unbefriedigend; 1980 waren es 26% gewesen. Ebenfalls annähernd die Hälfte der Unternehmen befürchtete auch für die Zukunft eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung, wenngleich sich hier die Zahl der Optimisten seit Jahresmitte von 6 auf 11% vergrößert hat.

Hohe Arbeitslosenquote mit regionaler und branchenmäßiger Differenzierung

Die gesamtwirtschaftliche Produktion des Jahres 1981 hat nicht ausgereicht, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Länge der Rezessionsphase 1980/81 veranlaßte zudem offenbar viele Unternehmen, noch vorhandene Personalreserven freizustellen, die bei einer auf wenige Monate befristeten Rezession gehalten worden wären.

So hat die Arbeitslosigkeit inzwischen ein Niveau erreicht, wie es seit den 50er Jahren nicht mehr festzustellen war. In den vergangenen Monaten dieses Jahres lag die Zahl der Arbeitslosen durchweg um 20 000 höher als 1980.

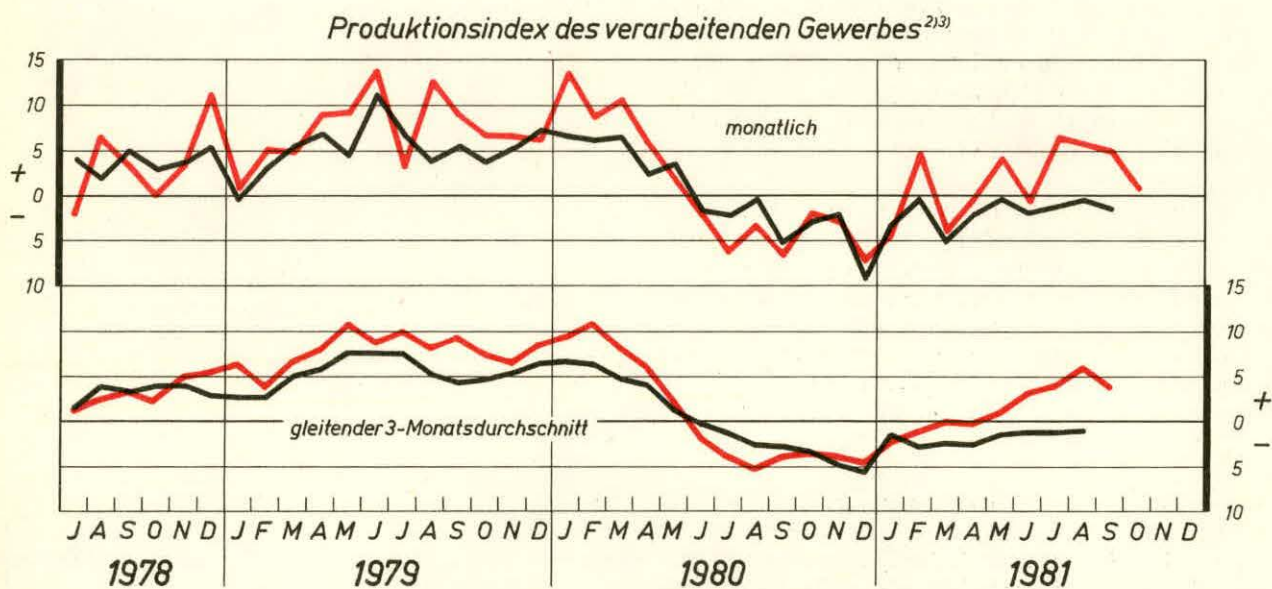
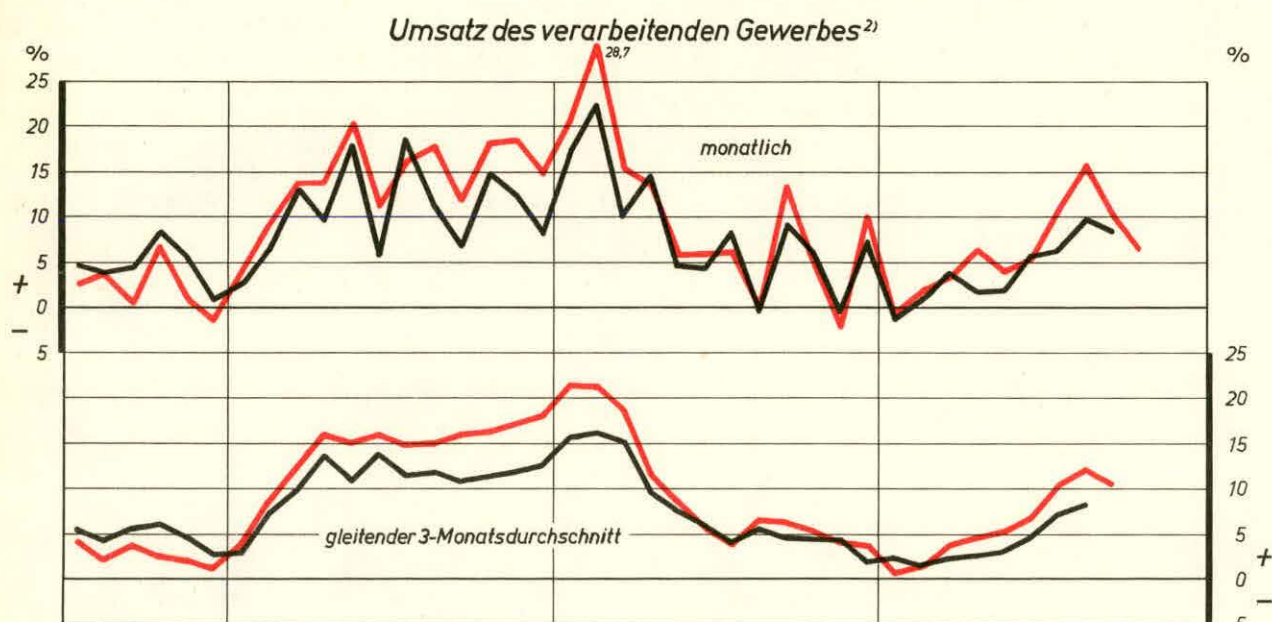
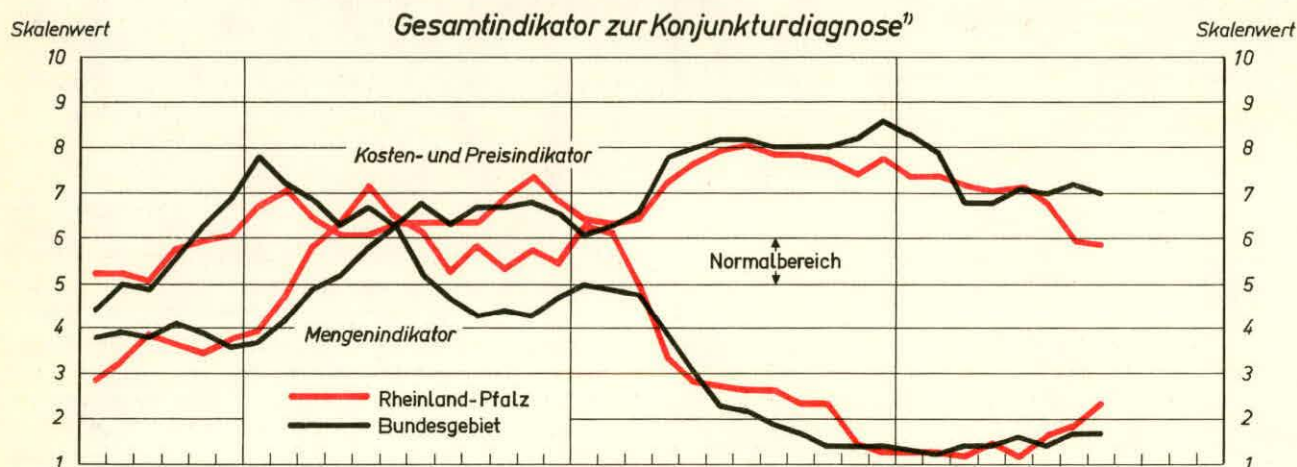
Selbst in den Sommermonaten dieses Jahres ist nach den Feststellungen des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz-Saarland die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz nicht unter 60 000 zurückgegangen. Im Jahr zuvor hatte sie nur im Januar und im Dezember diese Grenze überschritten. Die Arbeitslosenquote erreichte im November in Rheinland-Pfalz 6,2% (Bundesgebiet 6,4%).

Sozialprodukt

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Rheinland-Pfalz				
<u>Bruttoinlandsprodukt</u>				
in jeweiligen Preisen	Mrd.DM	82,8	6,6	4
in Preisen von 1970	"	48,7	1,6	0
Bundesgebiet ¹⁾				
<u>Bruttosozialprodukt</u>				
<u>in jeweiligen Preisen</u>	Mrd.DM	1 543,5	6,7	3 1/2
<u>Bruttosozialprodukt</u>				
<u>in Preisen von 1970</u>	"	890,5	1,8	- 1/2
Privater Verbrauch	"	492,5	1,7	- 1 1/2
Staatsverbrauch	"	160,0	2,6	2
Bruttoanlageinvestitionen	"	207,5	3,7	- 2 1/2
Ausrüstungen	"	89,0	2,9	- 2 1/2
Bauten	"	118,5	4,4	- 2 1/2
Ausfuhr	"	293,5	5,9	7
Einfuhr	"	261,0	5,8	1 1/2
<u>Preisentwicklung</u>				
Privater Verbrauch	1970=100	174,5	5,4	6
Bruttosozialprodukt	"	173,5	4,8	4
<u>Nettosozialprodukt zu</u>				
<u>Faktorkosten</u>	Mrd.DM	1 180,0	6,0	2 1/2
Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	"	869,5	7,9	5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	310,0	1,4	- 3
Nettoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	"	489,5	6,4	3 1/2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	252,0	2,4	- 2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	999,5	7,4	5 1/2

1) Quelle: Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden, November 1981.

Konjunkturverlauf 1978 - 1981



Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
<u>Arbeitssuchende</u>	Anzahl	98 935	20,7	41,6
Vollzeitarbeit	"	83 804	21,1	45,7
Teilzeitarbeit	"	15 131	18,5	22,7
Männer	"	50 191	24,6	51,3
Vollzeitarbeit	"	49 913	24,8	51,8
Teilzeitarbeit	"	278	4,0	- 3,5
Frauen	"	48 744	17,3	32,9
Vollzeitarbeit	"	33 891	16,6	37,6
Teilzeitarbeit	"	14 853	18,9	23,3
<u>Arbeitslose</u>	"	81 966	26,3	47,2
Vollzeitarbeit	"	69 871	27,4	52,5
Teilzeitarbeit	"	12 095	21,6	22,4
Männer	"	41 601	34,9	57,4
Vollzeitarbeit	"	41 514	35,1	57,8
Teilzeitarbeit	"	87	- 2,7	- 19,4
Frauen	"	40 365	19,4	37,9
Vollzeitarbeit	"	28 357	18,2	45,4
Teilzeitarbeit	"	12 008	22,0	22,9
<u>Offene Stellen</u>	"	7 206	- 9,3	- 42,6
Vollzeitarbeit	"	6 628	- 9,8	- 43,0
Teilzeitarbeit	"	578	- 3,2	- 37,8
Männer	"	4 540	- 12,7	- 42,8
Frauen	"	2 666	- 2,8	- 42,2
<u>Kurzarbeiter</u>	"	24 696	290,1	67,8
Männer	"	18 673	445,7	69,2
Frauen	"	6 023	110,5	63,4
<u>Problemgruppen unter den Arbeitslosen</u>				
Ausländer	"	8 035	29,5	63,0
Jugendliche unter 20 Jahren	"	9 522	21,2	50,3
Schwerbehinderte	"	5 269	19,7	33,0
59 Jahre und älter	"	3 563	15,4	29,1
Teilzeitarbeitslose	"	12 095	21,6	22,4
Frauen	"	12 008	22,0	22,9

Verschärft wird die Situation auf dem Arbeitsmarkt dadurch, daß die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Maße zugenommen (November 1981 zu November 1980 + 47%), wie die Zahl der offenen Stellen abgenommen hat (- 43%). Außerdem ist die Zahl der Kurzarbeiter im November diesen Jahres auf annähernd 24 700 angewachsen (+ 68%).

Strukturell hat sich die Arbeitsmarktsituation namentlich für Ausländer (63% mehr Arbeitslose) verschlechtert. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 20 Jahren betrug im November in Rheinland-Pfalz 6%, im Bundesdurchschnitt 6,2%. Insbesondere folgende Berufsgruppen waren von Arbeitslosigkeit betroffen: Büroberufe 9 784 Arbeitslose (+ 38%), Warenkaufleute 6 854 (+ 42%), Bauberufe 5 583 (+ 83%) und Transportarbeiter 4 625 (+ 30%).

Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten im November die Arbeitsamtsbezirke Trier (8,6%), Mayen (8%) und Bad Kreuznach (7,7%). Relativ am günstigsten schnitten Ludwigshafen, Mainz (je 5,6%), Koblenz und Montabaur (je 5,9%) ab.

Produktion der Landwirtschaft zufriedenstellend

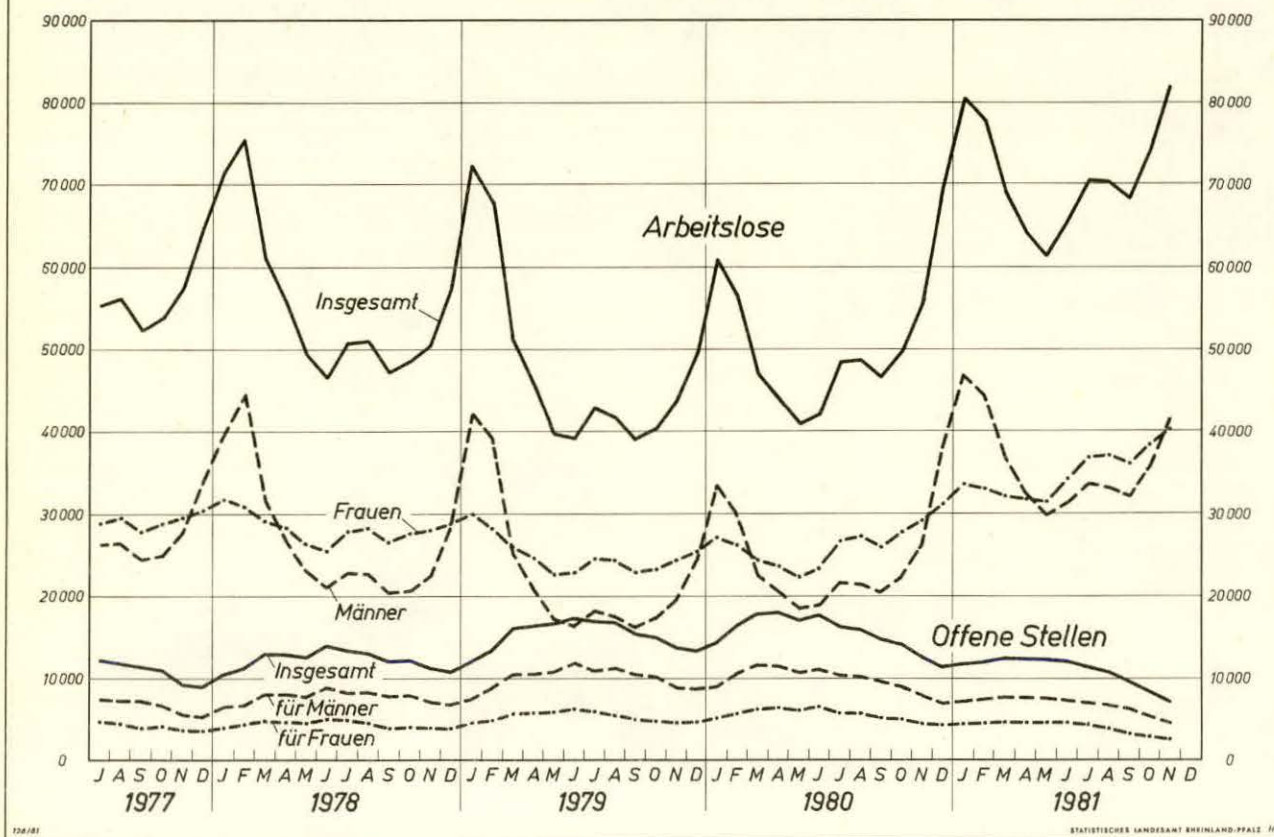
Mitte des Jahres gab es in Rheinland-Pfalz noch 61 000 landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Das sind 3,6% weniger als im Jahr zuvor. Im Zuge des Strukturwandels der Landwirtschaft sind seit 1949 zwei Drittel aller Bauernhöfe aufgegeben worden. Die mittlere Betriebsgröße erhöhte sich in der gleichen Zeit von 5 auf über 12 ha.

Die pflanzliche Produktion ist 1981 im großen und ganzen recht zufriedenstellend ausgefallen. Es wurden 1,44 Mill. t Getreide geerntet, etwas mehr als im Vorjahr und im langjährigen Durchschnitt. Die Hackfruchternte ist infolge der reichlichen Niederschläge überdurchschnittlich hoch gewesen. Das gleiche gilt für Futterpflanzen und Gemüse. Dagegen wurden gebietsweise auch Obst und Wein von dem Kälteeinbruch Mitte April stark in Mitleidenschaft gezogen. Namentlich bei Äpfeln und Kirschen traten erhebliche Ertragsseinbußen auf. Die Weinmosternte ist mit 5,2 Mill. hl unter dem Sechsjahres-Durchschnitt geblieben, die Qualität des neuen Jahrgangs ist jedoch mit einem durchschnittlichen Mostgewicht von 73 Grad Öchsle für Weißmost und 67 Grad Öchsle für Rotmost sehr gut. Etwa 40% der Ernte sind für die Herstellung von Prädikatswein geeignet, weitere 58% für Qualitätswein.

Landwirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Landwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha LF	Anzahl	60 794	- 1,7	- 3,6
Landwirtschaftliche genutzte Fläche	ha	758 758	- 0,7	- 0,2
Ackerland	"	442 168	- 0,8	- 0,1
Rebland	"	66 484	- 0,8	2,4
Ernte				
Getreide	1 000 t	1 453	- 7,5	3,0
Weizen	"	555	- 10,9	9,7
Zuckerrüben	"	1 267	- 0,1	8,5
Kartoffeln	"	346	- 27,9	8,8
Weinmost	1 000 hl	5 305	- 37,2	56,5
Viehbestand				
Rinder im Juni	1 000	691	- 4,3	3,4
Schweine im August	"	696	5,0	- 8,3
Schlachtungen				
Rinder	"	203	5,1	3
Schweine	"	1 347	3,9	- 1 1/2
Milchleistung je Kuh	kg	3 957	2,5	- 3
Milcherzeugung	1 000 t	928	1,3	- 3 1/2
Anteil der Mark- produktion	"	94,8	.	.
Index der Erzeuger- preise landwirtschaft- licher Produkte				
MD Januar - Oktober (ohne Mehrwertsteuer) (Bundesdurchschnitt)	1976=100	103,6	1,9	5,5
Pflanzliche Produkte	"	104,8	2,5	8,0
Getreide	"	102,8	0,7	3,2
Hackfrüchte	"	80,1	- 1,0	10,0
Speisekartoffeln	"	44,9	- 9,5	39,0
Tierische Produkte	"	103,1	1,6	4,5

Arbeitslose und offene Stellen 1977-1981



Schwache Umsatzentwicklung im verarbeitenden Gewerbe

Die Zahl der Arbeitsplätze in den rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ging von 1980 auf 1981 nach zweijährigem Wachstum erstmals wieder um rund 6 000 oder 1,5% auf 391 000 zurück. Davon waren die Arbeiter (— 2%) betroffen, während die Angestellten (+ 0,5%) noch ein geringes Plus verzeichneten. Bedingt durch den in Rezessionsphasen üblichen Abbau von Überstunden und die Einführung von Kurzarbeit verringerte sich die Zahl der von den Arbeitern geleisteten Stunden (— 4%) noch stärker als die Beschäftigtenzahl. Die Summe der ausgezahlten Löhne nahm 1981 nur um 2,5% zu und erreichte damit die niedrigste Wachstumsrate seit 1975 (— 1,5%).

Deutlich sichtbar wird die negative wirtschaftliche Entwicklung auch in den Umsatzzahlen dieser Betriebe. Trotz einer erheblichen Inflationsrate wurde nur um 6% mehr umgesetzt als im Vorjahr, bei Zuwachsraten von 13,9 und 9,5% in den vorausgegangenen Jahren. Geht man von einer durchschnittlichen Preissteigerung in diesem Bereich von knapp 8% aus, so ergibt sich 1981 real ein Umsatzrückgang. Dennoch zeigte die Entwicklung einen etwas günstigeren Verlauf als im Bundesgebiet, wo die Umsätze des verarbeitenden Gewerbes in den Monaten Januar bis September 1981 gegenüber dem gleichen Vorjahres-

zeitraum nur um 4,1% anstiegen bei einer um 5,2% geringeren Zahl von geleisteten Arbeiterstunden. Es ist jedoch zu beachten, daß die Veränderungsdaten der rheinland-pfälzischen Umsätze ohne die Werte der Mineralölwirtschaft berechnet wurden, weil hier aus methodischen Gründen ein Vorjahresvergleich nicht möglich ist.

Zu dem Umsatzwachstum trugen vor allem das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 8%) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 6,5%) bei, auf die nahezu drei Viertel des Gesamtumsatzes entfielen. Hier sind besonders die Chemie, die 1980 mit nur 4% Umsatzwachstum eine vorübergehende Abschwächung erlebt hatte, mit einer Zuwachsrate von 9,5% und der Straßenfahrzeugbau (+ 10%) hervorzuheben. Während der Nahrungs- und Genußmittelbereich mit einer Veränderung von + 6,5% ebenfalls noch ein recht positives Ergebnis aufwies, verzeichnete das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe seit sechs Jahren erstmals wieder einen Wachstumsstillstand. Dieses Ergebnis wurde vor allem von der Holzverarbeitung (— 11%) und der Glasindustrie (— 5%) beeinflusst.

Der Anstieg des Gesamtumsatzes wurde jedoch ausschließlich im Ausland erzielt. Der Auslandsatz der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 19%, während der Inlandsatz nach einem Wachstum von 7,7% im Jahr 1980

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Arbeiter				
Bruttostundenverdienst insgesamt	DM	13,95	6,8	6,0
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	15,30	6,0	5,6
Investitionsgüterindustrien	"	14,09	7,6	5,9
Verbrauchsgüterindustrien	"	12,16	6,8	6,3
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrien	"	12,56	7,0	6,7
Bruttowochenverdienst	"	579	5,8	5,7
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Anzahl	41,5	- 0,7	- 0,5
Mehrarbeitsstunden	"	1,7	- 10,0	- 6,0
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	3 492	9,0	5,4
Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	"	3 811	10,2	4,9
Investitionsgüterindustrien	"	3 364	8,0	5,4
Verbrauchsgüterindustrien	"	3 083	8,2	6,4
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrien	"	3 099	7,9	6,2

nunmehr stagnierte. Die Exportquote nahm damit um rund 4 Prozentpunkte auf 36% zu (Bundesgebiet 26%).

Auftragslage seit Jahresmitte geringfügig verbessert

Besser als der Umsatz ist der Auftragseingang als Konjunkturindikator geeignet, da er konjunkturelle Wendepunkte frühzeitiger anzeigt. Eine leichte Verbesserung der Geschäftslage ist danach ab Mai 1981 zu beobachten. Während die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes in den Monaten Januar bis April gegenüber dem Vorjahr insgesamt noch ein Minus von 2,8% aufwiesen, ergibt sich in den folgenden Monaten bis September ein Plus von 7,6%. Diese positive Entwicklung ist bisher überwiegend auf Auslandsbestellungen zurückzuführen, während die Inlandsbestellungen mit Ausnahme der Monate August und September unter den Vorjahreswerten liegen.

Das Ergebnis der von den Industrie- und Handelskammern bei ausgewählten Unternehmen durchgeführten Umfrage über die Beurteilung ihrer Geschäftslage sieht derzeit ebenfalls nicht sehr optimistisch aus.

Wie im vorausgegangenem Jahr wurde die Umsatz- und Auftragsentwicklung 1981 wieder erheblich von Preissteigerungen bestimmt. So erhöhten sich die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (ohne Strom, Gas, Fernwärme und Wasser) in den Monaten Januar bis Oktober 1981 im Bundesgebiet gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 7,6%. Am stärksten trugen zu dieser Entwicklung wieder die Preise für Mineralölerzeugnisse bei, die um 23,1% anzogen. Aber auch die Preise für chemische Erzeugnisse wiesen mit + 8,2% einen überdurchschnittlichen Anstieg auf. Im gesamten Grundstoff- und Produktionsgüterbereich lagen die Preise der Erzeugnisse um 9,8% höher als ein Jahr zuvor. Die geringste Verteuerung verzeichneten mit + 4% die Produkte des Investitionsgüter-

bereichs, was auf die noch weitgehende Preisstabilität bei Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (+ 0,6%) zurückzuführen ist. Hier ist damit ein seit Jahren beobachteter Preisrückgang zum Stillstand gekommen. Während die Erzeugerpreise im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit + 4,3% in stärkerem Maße als im Vorjahr anzogen, war im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe mit + 4,9% eine deutliche Verlangsamung gegenüber 1980 (+ 7,8%) festzustellen. Wesentlich zu dieser Entwicklung trugen Kunststoffserzeugnisse (+ 2,2%) sowie Lederwaren und Schuhe (+ 4,7%) bei.

1,5% Produktionssteigerung

Die Veränderung der Nachfrage nach industriellen Gütern beeinflusst das Volumen der in einem bestimmten Zeitraum hergestellten Güter. In welchem zeitlichen Abstand der Nachfrageänderung die Einstellung der Produktion auf die neue Lage folgt, hängt weitgehend von der Fähigkeit ab, den Produktionsapparat der veränderten Situation anzupassen. Bei der rheinland-pfälzischen Industrie betrug dieser Abstand nach den vorliegenden Ergebnissen etwa zwei Monate. Auf die Verbesserung der Auftragslage ab Mai folgte im Juli eine Ausweitung der Produktionstätigkeit mit einer Steigerungsrate im dritten Quartal gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von + 5,6%. Im ersten Halbjahr war noch eine Stagnation zu beobachten.

Für das gesamte Jahr 1981 führte diese Entwicklung wieder zu einer leichten Produktionssteigerung um 1,5%, die noch weiter nach oben korrigiert werden dürfte, wenn sich der positive Trend zum Jahresende fortsetzt. Im Jahre 1980 hatte sich das Wachstum nur auf 0,4% belaufen. Im Bundesgebiet verzeichnete die Produktionstätigkeit in den ersten neun Monaten wegen der insgesamt schwächeren Nachfrageentwicklung einen negativen Verlauf (- 1,4%).

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Bundesgebiet
im Monatsdurchschnitt Januar - Oktober

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Insgesamt (ohne Strom, Gas, Fernwärme und Wasser)	1976=100	125,5	7,7	7,6
Grundstoff- und Produk- tionsgütergewerbe	"	133,6	12,2	9,8
Mineralölerzeugnisse	"	183,9	23,7	23,1
Chemische Erzeugnisse	"	123,0	8,8	8,2
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	"	118,8	4,9	4,0
Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräte und -einrichtungen	"	85,8	- 1,8	0,6
Verbrauchsgüter produ- zierendes Gewerbe	"	123,3	7,7	4,9
Kunststoffserzeugnisse	"	120,5	9,4	2,2
Lederwaren und Schuhe	"	134,0	9,3	4,7
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	"	113,4	2,4	4,3
Investitionsgüter	"	121,8	5,1	4,5
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genuß- mittel)	"	132,4	9,1	8,5

Am stärksten trugen die Betriebe des Investitionsgüterbereichs zu dem positiven Ergebnis bei, die 1981 um 3,5% mehr produzierten als 1980. Damit setzte sich hier der Aufwärtstrend der beiden vorausgegangenen Jahre (+ 6,6 bzw. + 4,8%) abgeschwächt fort. Im Jahre 1981 wiesen vor allem der Straßenfahrzeugbau (+ 14%) und der Maschinenbau einschließlich ADV-Einrichtungen und -geräten (+ 8,5%) einen hohen Produktionszuwachs auf und bestimmten damit maßgebend die Entwicklung in dieser Hauptgruppe. Die Elektrotechnik, die in den Jahren 1979 und 1980 das Wachstum bestimmt hatte, erlebte 1981 einen relativ starken Einbruch (— 4%). Die Stahlverformung (— 14%) und die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (— 4,5%) wiesen eine deutlich negative Entwicklung auf. Das Ergebnis dieser Bereiche dürfte von den Beschlüssen im Rahmen des Brüsseler Stahlkrisenkartells beeinflusst worden sein.

Produktionseinbußen mußten auch die Wirtschaftszweige des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (— 2,5%) hinnehmen. Am stärksten betroffen waren die Holzverarbeitung (— 21%), die Herstellung und Verarbeitung von Glas (— 4,5%), die Herstellung von Kunststoffwaren (— 3,5%) und die Schuhindustrie (— 1,5%). Während es sich in der Holzverarbeitung um eine Sonderentwicklung handelt, setzte sich vor allem in der Glasindustrie und der Schuhindustrie die bereits in den vergangenen Jahren beobachtete negative Entwicklung fort. Das Produktionsvolumen der Schuhindustrie, die in Rheinland-Pfalz überwiegend mittelständisch strukturiert ist, ist seit dem Ende der 60er Jahre Jahr für Jahr geringer geworden. In der Kunststoffwarenindustrie setzte sich der Rückgang, der 1980 nach jahrelangem Wachstum mit einer Rate von 1,9% begonnen hatte, verstärkt fort. Anhaltende Produktionseinbußen gab es außerdem im Edelstein-gewerbe.

Ein durchschnittliches Produktionswachstum erzielten das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 2%) sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 1,5%). Den größten Beitrag zu dem positiven Ergebnis dieser Hauptgruppen leistete die chemische Industrie, die mit einer Zuwachsrate von 2,5% den Rückgang vom vergangenen Jahr (— 8,7%) teilweise wieder ausgleichen konnte. Negativ verlief die Entwicklung der zur Stahlindustrie zählenden Wirtschaftszweige eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung (— 4,5%), Gießereien (— 5%) sowie Ziehereien, Kaltwalzwerke, Mechanik (— 3%). Die wirtschaftliche Rezession in der Bauwirtschaft dürfte das Produktionsergebnis in den Bereichen Steine und Erden (— 4,5%) und Holzbearbeitung (— 10%) beeinflusst haben. Im Nahrungs- und Genußmittelbereich bestimmte das Ernährungsgewerbe (+ 5%) den positiven Verlauf, während die Tabakverarbeitung (— 8,5%) in diesem Jahr starke Einbußen hinnehmen mußte.

Exportsteigerung durch D-Mark-Abwertung

Die wirtschaftliche Entwicklung der Industrie wurde in diesem Jahr sehr stark vom Auslandsmarkt beein-

Verarbeitendes Gewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Rheinland-Pfalz				
Beschäftigte } Monatsd.	1 000	391	1,3	- 1 1/2
Arbeiter	"	276	1,2	- 2
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	463	- 0,3	- 4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill.DM	13 456	7,5	+ 3 1/2
Lohnsumme	"	8 147	7,4	2 1/2
Umsatz	"	73 039	9,5	6
Grundstoff- und Pro- duktionsgütergewerbe	"	27 878	9,4	6 1/2
Chemische Industrie	"	18 059	4,0	9 1/2
Investitionsgüter pro- duzierendes Gewerbe	"	26 374	11,4	8
Maschinenbau	"	7 091	6,9	5 1/2
Straßenfahrzeugbau	"	13 492	15,0	10
Verbrauchsgüter pro- duzierendes Gewerbe	"	11 407	8,2	- 0
Herstellung von Kunststoffwaren	"	2 260	11,0	1/2
Herstellung von Schuhen	"	1 636	4,5	- 1/2
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	"	7 380	5,4	6 1/2
Auslandsumsatz	"	25 834	13,6	19
Produktion	1970=100	137	0,4	1 1/2
Grundstoff- und Pro- duktionsgütergewerbe	"	132	- 3,4	2
Chemische Industrie	"	126	- 8,7	2 1/2
Investitionsgüter pro- duzierendes Gewerbe	"	150	4,8	3 1/2
Maschinenbau	"	157	3,4	8 1/2
Straßenfahrzeugbau	"	185	5,6	14
Verbrauchsgüter pro- duzierendes Gewerbe	"	122	2,3	- 2 1/2
Herstellung von Kunststoffwaren	"	175	- 1,9	- 3 1/2
Herstellung von Schuhen	"	60	- 2,4	- 1 1/2
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	"	158	2,8	1 1/2
Energieverbrauch	1 000 t SKE	7 333	- 4,1	- 2 1/2
Kohle	"	1 064	8,3	7 1/2
Heizöl	1 000 t	1 615	- 12,9	- 22
Strom	Mill.kWh	11 804	- 1,7	- 1
Gas	Mill.m ³	2 124	3,1	20
Bundesgebiet (Januar - September)				
Beschäftigte } Monatsd.	1 000	7 509	1,0	- 2,0
Arbeiter	"	5 252	0,8	- 3,1
Geleistete Stunden der Arbeiter	Mill.	6 496	- 0,4	- 5,2
Umsatz	Mill.DM	218 623	9,6	4,1
Produktion	1970=100	119	1,4	- 1,4

Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

flußt. Trotz einer im allgemeinen schwachen Konjunktur bei den Handelspartnern der Bundesrepublik hat sich die Ausfuhr kräftig erhöht. Dies dürfte in erster Linie auf die vorangegangene Abwertung der D-Mark zurückzuführen sein. Obwohl 1981 die Importe in wesentlich geringerem Maße als im Vorjahr gestiegen sind und sich dadurch ein erheblicher Überschuß in der Handelsbilanz bildete, konnte wegen der weiterhin verschlechterten Kapitalertragsbilanz und des gestiegenen Defizits im Reiseverkehr das hohe Leistungsbilanzdefizit der beiden letzten Jahre nur zum Teil abgebaut werden.

Ausfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Rheinland-Pfalz				
<u>Insgesamt</u>	Mill.DM	25 862	16,4	19
EG-Länder	"	10 657	10,3	8 1/2
Frankreich	"	3 145	16,8	4 1/2
Italien	"	1 869	22,6	1 1/2
Niederlande	"	1 567	2,1	3 1/2
Belgien-Luxemburg	"	1 848	5,4	13
Großbritannien	"	1 495	4,5	8
Andere europäische Länder	"	4 173	12,9	1/2
Schweiz	"	1 131	17,7	12
Österreich	"	1 078	21,3	5
USA	"	1 042	- 2,5	24
Entwicklungsländer	"	7 552	43,7	59
OPEC-Länder	"	4 903	92,8	72
Staatshandelsländer	"	1 203	13,4	- 1
Ernährungswirtschaft	"	1 406	16,4	13
Wein	"	698	18,6	24
Gewerbliche Wirtschaft	"	24 462	16,4	20
Chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse	"	3 852	- 1,8	18
Kunststoffe	"	1 995	8,6	10
Maschinen	"	3 875	22,1	13
Chemische Erzeug- nisse	"	2 042	10,7	11
Kraftfahrzeuge	"	6 675	43,8	41
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Insgesamt</u>	Mrd.DM	287	13,1	10,8
EG-Länder	"	136	13,8	5,7
Andere europäische Länder	"	55	17,0	5,5
USA	"	18	5,2	13,7
Entwicklungsländer	"	50	13,4	33,7
OPEC-Länder	"	24	18,1	45,9
Staatshandelsländer	"	14	2,0	2,0

Die Ausfuhr der rheinland-pfälzischen Wirtschaft belief sich auf insgesamt 25,7 Mrd. DM. Das sind rund 19% mehr als vor einem Jahr. Die Zuwachsraten liegen damit wieder weit über dem Bundesdurchschnitt (Januar bis September + 10,8%). Den größten Beitrag zu der günstigen Exportentwicklung leistete mit + 59% der Handel mit den Entwicklungsländern, die inzwischen einen Anteil an der Gesamtausfuhr von 29% erreicht haben. Hieran waren wiederum die OPEC-Länder mit einer Zuwachsraten von 72% beteiligt. Durch die inzwischen wieder positive Entwicklung der Exporte in die Vereinigten Staaten (+ 24%) konnten die Rückgänge in den beiden vorausgegangenen Jahren mehr als ausgeglichen werden. Die EG-Länder nahmen nur um 8,5% mehr rheinland-pfälzische Güter ab als im Vorjahr, wodurch sich ihr Anteil am Gesamtexport um mehr als drei Punkte auf 42% verringerte. Unter den wichtigsten Exportgütern verzeichneten vor allem Kraftfahrzeuge (+ 41%) und Wein (+ 24%) hohe Zuwachsraten.

Nach Wachstumsraten von 30 und 25% in den Jahren 1979 und 1980 hat sich der Anstieg der rheinland-pfälzischen Einfuhr im Jahre 1981 mit + 6,5% stark abgeschwächt. Der Gesamtwert der eingeführten Güter belief sich auf 18,1 Mrd. DM. In überdurch-

schnittlichem Maße steigerten diesmal die Staatshandelsländer (+ 86%) und die Vereinigten Staaten (+ 5,5%) ihre Lieferungen. Am stärksten trug hierzu der Handel mit der Sowjetunion bei. Während sich die Bezüge auf fast das Dreieinhalbfache des 1980er Wertes erhöhten, blieben die Lieferungen in die Sowjetunion mit + 1% geringfügig über dem Vorjahreswert. Die Importe aus dem EG-Raum nahmen mit + 6,5% nur durchschnittlich zu. Die Einfuhren aus Frankreich, unserem größten Handelspartner überhaupt, gingen sogar um 2% zurück. Stark rückläufig entwickelten sich die Bezüge aus Großbritannien (- 22%), die in den letzten Jahren einen erheblichen Anstieg verzeichnet hatten. Deutlich erhöht haben sich die Einkäufe in den Niederlanden (+ 24%) und in Italien (+ 21%).

Grund für die starke Abschwächung des Importwachstums war aber allein der Handel mit den OPEC-Ländern, deren Exporte nach Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr um 4% zurückgingen, nachdem sie vor allem aufgrund der erheblichen Verteuerung des

Einfuhr

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Rheinland-Pfalz				
<u>Insgesamt</u>	Mill.DM	18 066	24,7	6 1/2
EG-Länder	"	9 020	17,2	6 1/2
Frankreich	"	2 337	19,9	- 2
Italien	"	1 568	7,5	21
Niederlande	"	2 184	8,8	24
Belgien-Luxemburg	"	2 141	15,8	0
Großbritannien	"	503	67,4	- 22
Andere europäische Länder	"	1 681	20,4	1 1/2
Schweiz	"	302	9,7	8
Österreich	"	556	40,8	- 3
USA	"	1 164	35,6	5 1/2
Entwicklungsländer	"	4 660	44,5	- 1
OPEC-Länder	"	3 109	52,6	- 4
Algerien	"	513	- 21,3	118
Nigeria	"	975	70,1	- 16
Saudi-Arabien	"	618	74,1	34
Arabische Emirate	"	73	39,4	- 82
Libyen	"	695	79,5	58
Staatshandelsländer	"	983	6,7	86
Ernährungswirtschaft	"	2 242	8,0	11
Ölfrüchte zur Ernährung	"	387	10,9	- 11
Wein	"	389	9,0	10
Gewerbliche Wirtschaft	"	15 814	27,4	6
Erdöl, roh	"	3 212	61,1	- 11
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	"	2 140	26,3	76
Chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse	"	2 119	- 28,3	7
Kunststoffe	"	614	14,7	- 4
Maschinen	"	1 119	50,2	- 5 1/2
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Insgesamt</u>	Mrd.DM	274	20,0	8,1
EG-Länder	"	128	13,6	7,6
Andere europäische Länder	"	39	20,8	8,0
USA	"	21	32,9	9,7
Entwicklungsländer	"	55	32,8	6,6
OPEC-Länder	"	29	45,6	6,7
Staatshandelsländer	"	14	14,0	7,6

Rohöls in den Jahren 1979 und 1980 gewaltig angestiegen waren und damit maßgeblich zur Verschlechterung der Leistungsbilanz beigetragen hatten. Die einzelnen Mitgliedsstaaten der OPEC weisen recht unterschiedliche Entwicklungen auf. Während die Arabischen Emirate (— 82%) und Nigeria (— 16%) wesentlich weniger lieferten als im Vorjahr, haben Algerien (+ 118%), Libyen (+ 58%) und Saudi-Arabien (+ 34%) ihre Exporte noch erheblich ausgeweitet. Entsprechend nahm die Einfuhr von rohem Erdöl, das mit mehr als einem Fünftel der Gesamteinfuhr 1980 den weitaus größten Posten auf der Importseite der Außenhandelsbilanz bildet, deutlich ab (— 11%). Damit verringerte sich der Anteil auf nunmehr 18%.

Ein Rückgang wurde außerdem für Kunststoffe (— 4%) und Maschinen (— 6%) registriert. Eine erhebliche Ausweitung erfuhren dagegen Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas (+ 76%), was vor allem auf einen verstärkten Bezug von Erdgas, das von der Industrie verstärkt an Stelle von Heizöl eingesetzt wird, zurückzuführen sein dürfte.

Einzelhandelspreise und Kosten der Lebenshaltung im Bundesgebiet

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Einzelhandelspreise MD Januar – Oktober	1976=100	121,8	5,6	5,2
Preisindex der Lebenshaltung ¹⁾ MD Januar – Oktober	"	123,4	5,5	5,8
Nahrungs- und Genußmittel	"	117,8	4,3	4,6
Kleidung und Schuhe	"	126,3	5,8	5,0
Wohnungsmieten	"	120,0	5,1	4,3

1) Alle privaten Haushalte.

Die Außenhandelsergebnisse von 1981 verändern sich jedoch noch erheblich, wenn man die reale Entwicklung, das heißt die Entwicklung nach Abzug der Preissteigerungsrate, zugrunde legt. Während sich die Exportrate wegen der relativ hohen Preisstabilität der deutschen Exportgüter nicht wesentlich verändert, schlägt das positive Importwachstum wegen der wesentlich höheren Inflationsrate im Ausland in einen noch größeren realen Rückgang um. Dem Anstieg der Ausfuhrpreise in den Monaten Januar bis September gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 5,4% stand nämlich eine Steigerungsrate bei den Einfuhrpreisen von 15% gegenüber. Die Terms of Trade, das reale Austauschverhältnis zwischen in- und ausländischen Gütern, verschlechterten sich dadurch weiter, und zwar um 8,3%. Überdurchschnittlich stark verteuerten sich bei der Ausfuhr Güter der Ernährungswirtschaft (+ 10%), die mit 5,5% jedoch einen relativ unbedeutenden Anteil am gesamten Exportvolumen haben. Auf der Importseite bestimmten dagegen die Güter der gewerblichen Wirtschaft, die sich gegenüber dem Vorjahr um 16,1% verteuerten, die Preisentwicklung maßgebend. Hierzu trugen vor allem die Erdöleinfuhren bei, die in diesem Jahr nochmals um 40,5%

Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Rheinland-Pfalz				
Gäste	1 000	5 056	3,2	0,4
Übernachtungen	"	18 789	2,4	- 0,0
Rheintal	"	2 330	.	2,4
Rheinhessen	"	827	.	- 4,4
Eifel/Ahr	"	4 021	.	0,4
Mosel/Saar	"	3 927	.	0,4
Hunsrück/Nahe/Glan	"	2 386	.	0,7
Westerwald/Lahn/Taunus	"	2 123	.	- 0,0
Pfalz	"	3 175	.	- 2,4

teurer wurden. Die eingeführten Nahrungsmittel kosteten dagegen 8,5% mehr als vor einem Jahr.

Bauwirtschaft von der Rezession besonders betroffen

Die Bauwirtschaft ist von dem konjunkturellen Abschwung besonders betroffen. So verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Baugewerbe 1981 um rund 600 oder 1% auf 84 800. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm gleichzeitig um 7% ab. Der von den Baubetrieben erzielte Umsatz belief sich auf 7,3 Mrd. DM und lag damit um 3% unter dem Vorjahresergebnis. Von dieser Entwicklung war ausschließlich das Bauhauptgewerbe betroffen. Das Ausbaugewerbe verzeichnete noch überwiegend positive Wachstumsraten.

Im Bauhauptgewerbe nahm 1981 die Zahl der Beschäftigten um rund 1 000 oder 1,5% ab. Noch wesentlich stärker ging die Arbeitsleistung, gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, zurück (— 8,5%). Diese Entwicklung betraf alle Bauarten. Starke Einbußen mußte der Wohnungsbau, in dem rund 35% des gesamten baugewerblichen Umsatzes erzielt werden, erleiden. Hier verringerte sich die Zahl der Arbeitsstunden um 11%. Nicht wesentlich günstiger war die Lage im Straßenbau und sonstigen Tiefbau (jeweils — 11%). Im gewerblichen Bau, der 1980 als einziger Bereich noch eine Leistungssteigerung aufgewiesen hatte, verringerte sich 1981 die Stundenzahl um 0,5%. Beschäftigtenrückgang und geringere Arbeitsleistung führten 1981 trotz nicht unerheblicher

Verdienste und Arbeitszeiten im Hoch- und Tiefbau (einschl. Handwerk) im Juli

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
<u>Arbeiter</u>				
Bruttostundenverdienst	DM	14,38	8,2	4,1
Bruttowochenverdienst	"	611	5,4	4,3
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Anzahl	42,4	- 2,8	0,0
<u>Angestellte</u>				
Bruttomonatsverdienst	DM	3 489	7,7	3,3

Baugewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Rheinland-Pfalz				
<u>Bauhauptgewerbe</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	Anzahl	74 356	2,1	- 1 1/2
Geleistete Arbeits-				
stunden	1 000	103 542	- 2,6	- 8 1/2
Wohnungsbau	"	42 191	- 2,6	- 11
Gewerblicher Bau	"	23 425	6,9	- 1/2
Öffentlicher und Ver-				
kehrsbau	"	37 103	- 7,3	- 10
Straßenbau	"	15 906	- 12,0	- 11
Sonstiger Tiefbau	"	13 288	- 0,9	- 11
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	2 100	7,5	- 2
Baugewerblicher Umsatz	"	6 382	27,5	- 3 1/2
Wohnungsbau	"	2 222	31,2	- 18
Gewerblicher Bau	"	1 472	35,8	11
Öffentlicher und Ver-				
kehrsbau	"	2 636	20,6	3
Straßenbau	"	1 280	15,0	7
Sonstiger Tiefbau	"	846	27,3	1 1/2
Auftragseingang ¹⁾				
(Januar - Oktober)	"	3 313	6,1	- 12,8
Hochbau	"	1 956	2,5	- 6,5
Tiefbau	"	1 357	10,8	- 20,5
Auftragsbestand ¹⁾ (30.9.)				
Hochbau	"	1 981	- 3,0	- 12,3
Tiefbau	"	1 228	0,7	- 10,2
	"	753	- 8,1	- 15,7
<u>Ausbaugewerbe</u> ¹⁾				
Beschäftigte (Monatsd.)	Anzahl	10 412	4,5	4
Geleistete Arbeits-				
stunden	1 000	16 057	1,4	1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	285	12,1	6 1/2
Gesamtumsatz	"	912	16,9	2 1/2
Klempnerei, Gas- und				
Wasserinstallation	"	85	26,7	3
Heizungs- und Lüf-				
tungsbau	"	343	16,3	- 1/2
Elektroinstallation	"	187	11,4	4 1/2
Glasergerbe	"	69	24,2	3 1/2
Maler- und Lackierer-				
gewerbe	"	95	22,6	- 7
Fliesen- und Platten-				
legerei	"	98	17,2	15
Bundesgebiet (Januar - September)				
<u>Bauhauptgewerbe</u>				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	1 214	2,5	- 3,9
Geleistete Arbeits-				
stunden	Mill.	1 204	5,4	- 9,3
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	75 684	22,3	0,8
<u>Ausbaugewerbe</u> ¹⁾				
Beschäftigte (Monatsd.)	1 000	206	3,7	0,4
Geleistete Arbeits-				
stunden	Mill.	227	3,6	- 1,6
Gesamtumsatz	Mill. DM	12 585	15,3	7,9

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Tarifanhebungen zu einem Rückgang der ausgezahlten Lohn- und Gehaltssumme um 2%.

Nachdem der Umsatz im Bauhauptgewerbe 1980 noch um 27,5% gestiegen war, erscheint der Rückgang 1981 um 3,5% auf 6,4 Mrd. DM besonders einschneidend. Dies gilt auch, obwohl das Wachstum im vorausgegangenen Jahr zum großen Teil inflationsbedingt war. Weitaus am stärksten hat der Wohnungsbau diese Entwicklung beeinflusst, wo 1980 um 31,2% mehr,

dagegen 1981 um 18% weniger umgesetzt wurde als jeweils im vorausgegangenen Jahr. Der Geschäftsrückgang brachte eine deutliche Verringerung der Preissteigerungsrate für Bauleistungen und Baunebenleistungen an Wohngebäuden mit sich. Diese reduzierte sich im Durchschnitt der Monate Februar, Mai und August von + 10,5% im Jahre 1980 auf + 6,1% im Jahre 1981. Eine Steigerung der Erlöse konnten die Betriebe dagegen im gewerblichen Bau (+ 11%) und im Straßenbau (+ 7%) erzielen, die allerdings auch hier um die Hälfte niedriger lag als 1980.

Der Auftragseingang bei den Baubetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten verzeichnete von Januar bis Oktober 1981 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einen Rückgang um 12,8% auf 3,3 Mrd. DM. Im Hochbau betrug die Abnahme - 6,5%, im Tiefbau - 20,5%. Damit verringerten sich auch die Auftragsbestände, die am 30. September 1981 mit 2 Mrd. DM um 12,3% unter dem Vorjahresstand lagen. Die Reichweite der Beschäftigung belief sich auf fünf Monate im Vergleich zu sechs Monaten im Jahr zuvor.

Ein wesentlich günstigeres Bild vermitteln die Zahlen für das Ausbaugewerbe. In den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten waren hier rund 10 400 Per-

Baupreise im Bundesgebiet

(Monatsdurchschnitt Februar, Mai, August)

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
Wohngebäude				
Bauleistungen und Baunebenleistungen insgesamt	1976=100	138,4	10,5	6,1
Bauleistungen am Bauwerk (reine Baukosten)	"	141,4	11,2	6,2
Rohbauarbeiten	"	145,2	12,1	5,8
Ausbauarbeiten	"	136,4	10,0	6,9
Bürogebäude	"	139,2	10,8	6,3
Straßenbau	"	140,1	13,8	3,3

sonen tätig. Das sind 4% mehr als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich die positive Beschäftigtenentwicklung vom Vorjahr fort. Ebenfalls ein positives Vorzeichen hatte mit + 1% die Veränderung der Arbeitsleistung. Deutlich verringert hat sich allerdings mit + 2,5% das Wachstum des in diesem Bereich erzielten Umsatzes, der im vorausgegangenen Jahr noch eine Steigerung von fast 17% aufgewiesen hatte. Mit Ausnahme der Fliesen- und Plattenleger, die mit + 15% die günstige Geschäftsentwicklung fortsetzen konnten, wiesen alle Wirtschaftszweige eine erhebliche Einschränkung ihres Umsatzwachstums auf. Im Heizungs- und Lüftungsbau führte dies zu einer Stagnation und im Maler- und Lackierergewerbe (- 7%) zu einer deutlichen Verschlechterung der Erlössituation.

Spareinlagen und Sichtungsgelder rückläufig

Angesichts der sinkenden Attraktivität der D-Mark für ausländische Anleger, die durch die Abwertung gegenüber dem Dollar und das hohe Zinsniveau in

den USA eintrat, und der sich daraus ergebenden Gefahren für die Geldwertstabilität im Innern, hielt die Bundesbank das Geldangebot weiter knapp. Dies hatte zur Folge, daß das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt seit Jahresanfang kontinuierlich stieg. Die Umlaufrendite aller festverzinslichen Wertpapiere dürfte wohl im August 1981 mit 11,5% den Gipfel überschritten haben, auch im Hinblick auf den Kapitalbedarf der öffentlichen Hand. Erst im Oktober, als sich der Dollarkurs wieder abschwächte, und die D-Mark im europäischen Währungssystem aufgewertet wurde, war die Bundesbank zu einer vorsichtigen Lockerung der Geldpolitik bereit.

Die Anleger haben in den letzten Jahren gelernt, auf die Zinsentwicklung umgehend zu reagieren. So erhöhten sich die hochverzinsten Einlagen von Termingeldern seit 1980 um 26% (Vorjahr + 27%), während Sichteinlagen (— 8%) und Spareinlagen (— 3,5%), die 1980 noch einen, wenn auch kleinen Zuwachs verzeichnen konnten, sogar absolut geringer wurden. Allerdings haben die hohen Auszahlungsüberschüsse im Sparverkehr seit Mitte des Jahres erkennbar abgenommen. Insgesamt erhöhten sich die Einlagen um 5% auf 51 Mrd. DM, die von den Kreditinstituten gewährten Kredite um 9,5% auf 62 Mrd. DM.

Konkurse auf neuem Höchststand

Die Rezession der Jahre 1980 und 1981 führte zu einem in diesem Maße noch nicht beobachteten Anstieg der Konkurse. In den ersten neun Monaten 1981 wurden von den Amtsgerichten des Landes 454 Konkurse registriert. Das sind mehr als im ganzen vorausgegangenen Jahr zusammen. Darunter befinden sich 50 mit voraussichtlichen Forderungen in Millionenhöhe. Der Gesamtbetrag der voraussichtlichen Forderungen beziffert sich in den Monaten Januar bis

Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1980	1981
<u>Kreditinstitute</u>				
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	62 466	5,1	9 1/2
kurzfristig	"	14 042	12,8	12
mittelfristig	"	8 027	8,5	15
langfristig	"	40 397	2,2	7 1/2
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	51 368	8,0	5
Sichtgelder	"	6 733	1,6	- 8
Termingelder	"	19 044	27,2	26
Spareinlagen	"	25 591	1,1	- 3 1/2
<u>Zahlungsschwierigkeiten (Januar - September)</u>				
Konkurse	Anzahl	454	3,7	36
Vergleichsverfahren	"	2	- 50,0	100
Gesamtforderungshöhe bei den Konkursen	Mill. DM	258	66,2	110

September auf 258 Mill. DM, das sind mehr als doppelt so viel wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Drei von vier Konkursen mußten mangels Masse abgelehnt werden.

Die Masse der Insolvenzen betraf Erwerbsunternehmen (336), wovon drei Viertel zum Zeitpunkt des Konkurses weniger als acht Jahre bestanden hatten. In den ersten neun Monaten mußten 89 Baufirmen schließen, außerdem meldeten 79 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und 78 Handelsunternehmen Konkurs an.

H.-H. Meincke/J. Gebauer

Neue Verfahren in der Schulstatistik

Die wachsende Bedeutung von Bildungspolitik und Bildungsplanung führte in den vergangenen Jahren zu einem immer größeren Bedarf an Daten aus der Schulstatistik. Mit dem Umfang der Datenanforderungen wuchs gleichzeitig die Notwendigkeit, zunehmend differenzierteres Material mit immer größerer Aktualität zu liefern.

Der zunehmende Datenbedarf überstieg die Leistungsfähigkeit der herkömmlichen amtlichen Schulstatistik bei weitem. Deshalb wurden von immer mehr Bedarfsträgern eigene statistische Erhebungen an den Schulen durchgeführt, so von Schulbehörden, von Kirchen und von der Arbeitsverwaltung. Die Mehrbelastung der Schulen durch Arbeiten für die Statistik nahm zu, da sich die verschiedenen Stellen oft mit den gleichen Fragestellungen an die Schulen wandten.

Um den steigenden Ansprüchen an die Statistik gerecht zu werden und den bestehenden Informations-

bedarf decken zu können, mußten neue Wege der Datenerfassung, der Aufbereitung und des Datenabrufs gefunden werden. Die Schulstatistik mußte neu organisiert werden. Dafür war zum einen die Neuordnung des Berichtswesens erforderlich, zum anderen konnten die Anforderungen an die Datenverarbeitung nur noch durch die Einrichtung eines Dateisystems erfüllt werden.

Erhebungsbogen überarbeitet

Die Erhebungsbogen für die Statistik der allgemeinbildenden Schulen wurden überarbeitet, wobei folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen waren:

- Vermeidung von Doppelarbeiten bei Statistischem Landesamt und Schulbehörden (Kultusministerium, Bezirksregierungen)
- Vereinheitlichung der Erhebungsbogen für alle Schularten des allgemeinbildenden Bereichs

- Abstimmung der Erhebungsbogen für die einzelnen Schularten untereinander
- Schaffung von Erhebungsbogen, die für die Auswertung weitestmögliche Kombinationstabellen zulassen
- Schaffung benutzerfreundlicher Erhebungsbogen und damit Entlastung der Schulen von Verwaltungsarbeiten
- Ausrichtung der Erhebungsbogen auf ein Dateisystem
- Datenträgere Austausch.

Zur Vermeidung von Doppelarbeiten beim Statistischen Landesamt und den Schulbehörden wurden alle für die Statistik der allgemeinbildenden Schulen von den verschiedenen Stellen verwendeten Fragebogen bzw. Gliederungspläne zu einem Gesamtkonzept zusammengefaßt. Statistikbogen und die für die Aufgaben der Schulbehörden notwendigen Verwaltungsbogen bilden ein einheitliches integriertes Erfassungssystem. Dafür wurde ein System von Schulbogen (S-Bogen), Gliederungsplänen (G-Bogen), Klassenbogen (K-Bogen) und Lehrerverzeichnissen (L-Bogen) entwickelt, das zwischen Kultusministerium, Schulbehörden, einigen Schulleitern und Statistischem Landesamt abgestimmt wurde.

Damit ist erreicht, daß die Schulbehörden für die Erfassung der Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Schulaufsichtstätigkeit benötigen, keine eigenen Erhebungen mehr durchführen müssen. Gleichzeitig ist es für diese Stellen aufgrund der Kooperation mit dem Statistischen Landesamt im allgemeinen nicht mehr nötig, eigene Statistiken zu führen.

Doch nicht nur die Vielzahl von Erhebungsbogen für die verschiedenen Stellen wurden zu einem einheitlichen System zusammengefaßt. Auch die seit Jahren bestehenden unterschiedlichen Erhebungsbogen für die einzelnen Schularten (nur Schul- und Lehrerbogen für Real- und Sonderschulen, Klassenbogen mit Schüler-Individualangaben für Grund- und Hauptschulen, Klassenbogen mit tabellarischer Erfassung für Gymnasien usw.) wurden vereinheitlicht. Wegen der stark voneinander abweichenden Gegebenheiten an den einzelnen Schularten und den daraus resultierenden unterschiedlichen Fragestellungen konnten zwar nicht generell für alle Schularten gültige einheitliche Bogen geschaffen werden. Doch soweit es sich mit den für die Schulbehörden notwendigen Fragestellungen vereinbaren ließ, wurden die Bogen für jede Schulart so aufgebaut, daß Erhebungsbogen mit gleicher Nummer auch für jede Schulart die gleichen Fragestellungen (unter Berücksichtigung der schulartspezifischen Differenzierungen) enthalten.

Auf Doppelbefragungen verzichtet

Neben der weitgehenden Vereinheitlichung der Bogen für die einzelnen Schularten war es notwendig, ein für jede Schulart in sich geschlossenes und aufeinander abgestimmtes Konzept zu schaffen. Soweit nicht die Belange der Schulbehörden davon betroffen wurden, war dabei auf Doppelbefragungen zu verzichten. Dennoch notwendige doppelte Fragestellungen

sollten durch Hinweise auf Übertragungsmöglichkeiten erleichtert werden.

Diese Maxime konnte bislang allerdings nicht durchgängig eingehalten werden. Beispielsweise besteht für die Lehrer noch immer eine Doppelerfassung im Bereich der Grund- und Hauptschulen und Freien Waldorfschulen mit den Gliederungsplänen und den Lehrerverzeichnissen. Grund dafür ist der Datenbedarf der Schulbehörden, der von dem Datenbedarf für die amtliche Statistik abweicht bzw. mit dem Erfassungssystem der amtlichen Statistik nicht zu befriedigen ist.

Um eine weitgehende, unterschiedlichen Problemstellungen immer wieder anzupassende Auswertung der Kombination vieler Merkmale zu ermöglichen, wurde für alle Schularten eine individualisierte Schülerstatistik sowie eine Lehrerindividualisierung eingeführt.

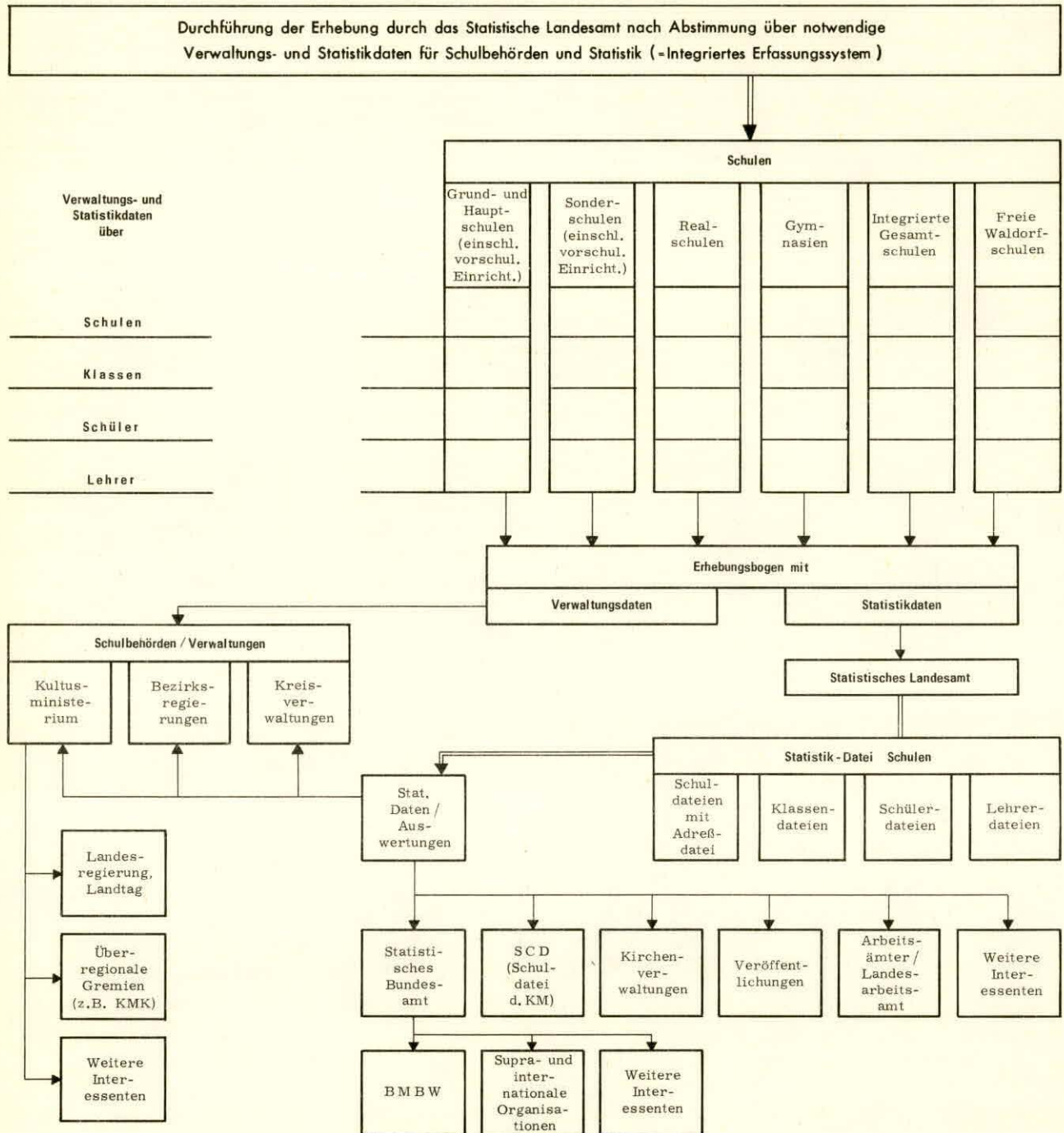
Für die individualisierte Schülerstatistik wird im Klassenbogen neben Angaben über die Klasse für jeden Schüler eine Reihe von Einzelangaben verlangt. Dabei besteht ein Merkmalskatalog für alle Schularten, die Fragestellung in den einzelnen Klassenbogen ist jedoch auf die unterschiedlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Schularten abgestimmt. Der Vorteil dieser individualisierten Fragestellung liegt darin, daß Ergebnisse daraus in beliebigen Merkmalskombinationen geliefert werden können. Die Merkmale müssen dann nicht schon vor der Erfassung nach den nur zu vermutenden Anforderungen kombiniert werden. Die Statistik wird dadurch wesentlich flexibler und aussagefähiger.

Dennoch wäre eine echte Individualstatistik, bei der jeder Schüler jährlich identifizierbar ist (über eine Kennnummer oder den Namen), wesentlich effektiver, da damit der Bildungsweg jedes Schülers verfolgt werden könnte. Daraus wären langfristig auch wesentlich exaktere und tiefere Auswertungen, beispielsweise über Wiederholungshäufigkeiten, Schulerfolge von Aufsteigern oder Rückversetzten, möglich. Gegen die Einführung einer solchen Individualstatistik sprechen jedoch zur Zeit der hohe technische Aufwand und das Fehlen eines Personenkennzeichens.

Veränderungsdienst eingeführt

Außer der Schülerstatistik wurde auch eine Individualisierung für Lehrer eingeführt. Dabei werden die Individualangaben über die Lehrer listenweise für jede Schule erfaßt, und zwar für hauptamtliche/hauptberufliche Lehrer und für nebenamtliche/nebenberufliche Lehrer. Da bei den hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrern die Fluktuation in der Regel nur gering ist, wurde für sie nach der Ersterfassung im Schuljahr 1977/78 ein Veränderungsdienst eingeführt. Die Individualangaben der Lehrer, die sich normalerweise nicht ändern, also Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Lehramt und Lehrbefähigung, werden aus den Angaben der Schulen im Vorjahr bereits maschinell auf den Lehrerverzeichnissen vorgedruckt. Von den Schulen sind diese Angaben nur noch auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen und zu korrigieren. Jährlich neu einzutragen sind dagegen für jeden Lehrer

Verfahren in der Schulstatistik



131/81

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Angaben über die Wochenstunden. Ausgeschiedene Lehrer werden mit einer Schlüsselziffer über die Art des Abgangs versehen, Neuzugänge neu eingetragen. So ist mit der Lehrerstatistik auch die Lehrerbewegungsstatistik abgedeckt.

Für die Gruppe der nebenamtlichen/nebenberuflichen Lehrer, Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst und sonstigen Lehrer wird ebenfalls eine Individualerfassung durchgeführt. Da hier jedoch die Fluktuation sehr groß und der Merkmalskatalog sehr klein ist,

wurde für diese Lehrergruppe auf einen Veränderungsdienst verzichtet.

Benutzerfreundliche Erhebungsbogen konzipiert

Bei der Neukonzeption der Erhebungsbogen für allgemeinbildende Schulen waren nicht nur die Belange der Schulbehörden und der Statistik zu berücksichtigen. Die Bogen sollten möglichst benutzerfreundlich sein; das Ausfüllen der Bogen sollte an den Schulen arbeitssparend erfolgen können.

Katalog der Statistik-Datei Schulen
für den Bereich der allgemeinbildenden Schulen

Erhebungs- bogen- Nummer	Erfassungsbereich Abschnitt des Merkmalskatalogs	Datei- Nummer
A. Schuldateien		
S 1	(1) Allgemeine Angaben	010
S 1	(2) Anschriften	Adreßdatei
S 2	(3) Einzugsbereiche	410
G 1	(4) Religions- und Ethik- unterricht	910
-	(5) Kumulierte Schuldatei	910
B. Klassendatei/Jahrgangsstufendatei		
K-Bogen	(1) Klassendatei	810
MSS II	(2) Kursbildung in der Mainzer Studienstufe	318
C. Schülerdateien		
K VSE	(1) Vorschulische Einrich- tungen	211
K GHS/FWS	(2) Grund- und Hauptschulen	212
K SoSch	(3) Sonderschulen	213
K RS	(4) Realschulen	214
K Gy	(5) Gymnasien	215
K ÜORS	(6) Schulartübergreifende Orientierungsstufen	216
K IGS	(7) Integrierte Gesamtschulen	217
K GHS/FWS	(8) Freie Waldorfschulen	212
MSS I	(9) Mainzer Studienstufe - 11/1	218
MSS I - U	(10) Mainzer Studienstufe - 11/2	219
D. Lehrerdateien		
L 1/L 2	(1) Hauptamtliche/haupt- berufliche Lehrer	111
L 3	(2) Nebenamtliche/neben- berufliche Lehrer	112
L 1	(3) Lehrerbewegung (Abgänge hauptamtlicher/ hauptberuflicher Lehrer)	113

Deshalb wurden, soweit es unter Berücksichtigung der Auflagenhöhe wirtschaftlich vertretbar war, für die Erhebungsbogen, die an mehrere Stellen zu liefern waren, Durchschreibesätze eingeführt. Mit einmaligem Ausfüllen eines Bogens werden damit von den Schulen die Statistiken für das Statistische Landesamt, das Kultusministerium und die Bezirksregierung gleichzeitig erstellt. Neben der Rationalisierung der Arbeit bei den Schulen hat die Zusammenfassung der Erhebungsbogen der Statistik mit denen der Verwaltung den Vorteil, daß der Rücklauf der Bogen an das Statistische Landesamt zügig erfolgt und Terminüberschreitungen nur selten vorkommen. Außerdem verfügen damit sowohl die Schulbehörden als auch das Statistische Landesamt zum gleichen Zeitpunkt über die jeweils benötigten Daten. Den Schulbehörden dienen die Bogen zur Aufsicht, dem Statistischen Landesamt zur Erstellung der Statistik.

Neben der Einführung durchschreibfähiger Erhebungsbogen wurde bei der Gestaltung auch auf die Einhaltung einiger für die Schulen nützlicher Vorgaben geachtet, so auf schreibmaschinengerechte Zeilen- und Spaltenabstände, genügend breite Lochränder, Hervorhebung der auszufüllenden Felder, deutliche Erläuterungen. In der Regel wurde auch das For-

mat DIN A 4 für alle Bogen vorgesehen, das sowohl beim Ausfüllen mit der Schreibmaschine, als auch zum Kopieren und Abheften am günstigsten ist.

Bei der Neuordnung des Berichtswesens für die Schulstatistik mußte auch darauf geachtet werden, daß die Bogen auf das Dateien-System für die Schulstatistiken zugeschnitten sein mußten. Die für die Statistik erforderlichen Bogen sollten als Erfassungsbelege gestaltet werden. In einem ersten Schritt wurde jeder Statistikbogen nach Möglichkeit so gefaßt, daß er als Erfassungsbeleg für die Erstellung einer Einzeldatei innerhalb des Dateien-Systems dient. In einem weiteren Schritt werden diese Bogen dann so gedruckt, daß sie eine rationelle Datenerfassung ermöglichen.

Langfristig ist geplant, daß für Schulen mit EDV-Anlagen die Meldung der Daten über Datenträger erfolgt. Doch da zur Zeit nur wenige Schulen über solche Geräte verfügen und auch die Schulbehörden auf eine solche Datenlieferung noch nicht vorbereitet sind, wurde diese Änderung des Berichtswesens zunächst zurückgestellt. Doch es ist vorgesehen, daß bei weiterer Verbreitung von EDV-Anlagen an Schulen eine Koordinierung zwischen Schulen, Schulbehörden und Statistischem Landesamt erreicht werden soll.

Dateien-System eingerichtet

Um den wachsenden Anforderungen an die Schulstatistik gerecht werden zu können, mußte auch für die maschinelle Be- und Verarbeitung dieser Statistik nach neuen Wegen gesucht werden. Hier bot sich die Schaffung eines Dateien-Systems in Form einer Statistik-Datei Schulen an. Mit dem Aufbau der ersten Dateien wurde im Schuljahr 1977/78 begonnen. Mehrere Dateien sind bereits fertiggestellt, weitere sind geplant. Die Vergabe von Datei-Nummern erfolgte innerhalb der einzelnen Dateien-Gruppen in der zeitlichen Reihenfolge ihres Aufbaus.

Das System der Statistik-Datei Schulen hatte einige Zielvorgaben zu erfüllen

- Möglichkeit zur flexiblen Anpassung des Merkmalskatalogs an sich ändernde Gegebenheiten
- Flexibilität beim Datenabruf
- Aktualität bei der Datenlieferung
- Schaffung eines Daten-Pools zur weitgehenden Information aller an Daten interessierten Stellen zur Vermeidung von Sondererhebungen
- Rationalisierung der Arbeitsabläufe im Statistischen Landesamt.

Die herkömmliche Schulstatistik konnte sich den ständig wechselnden Gegebenheiten und neuen Fragestellungen nur sehr schwer anpassen. Die jährlichen Änderungen erforderten kosten- und arbeitsaufwendige Programmänderungen bzw. Neuprogrammierungen, die wiederum zu einem großen Zeitverlust bei der Erstellung der Tabellen führten.

Es mußte deshalb ein System gefunden werden, das flexibel auf die Änderungen im Schulbereich reagiert, das heißt die Möglichkeit bietet, den Merkmalskatalog laufend zu ergänzen und auch die Ausprägungen für die einzelnen Merkmale beliebig zu erweitern.

Dies ist durch den Aufbau von Einzeldateien möglich geworden. Für jede Einzeldatei besteht ein Bandsatz nach genau festgelegtem Muster. Dieser Bandsatz wird maschinell auf Plausibilität geprüft. Aus dem bereinigten Datenbestand wird eine Auswertungsdatei erstellt. Alle darin enthaltenen Tatbestände erhalten fünfstellige Merkmalschlüssel. Mit einem Datenerfassungsprogramm werden aus jedem Bandsatz für alle Fälle innerhalb einer Einzeldatei Stammsätze erstellt. Diese Stammsätze enthalten Segmente mit den Angaben Merkmalsnummer, Länge der Ausprägung und Ausprägung. Dabei sind jeweils so viele Segmente vorhanden, wie Merkmale für jeden Fall innerhalb einer Datei gegeben sind.

Sowohl die Zahl der Merkmale als auch der Ausprägungen für jedes Merkmal kann beliebig vermehrt werden. Damit sind Anpassungen an die sich ändernden Gegebenheiten im Schulbereich jederzeit möglich, ohne daß neue Programme erforderlich sind.

Variables Tabellenprogramm erstellt

Auf diese Stammsätze greift ein variables Tabellenprogramm zu, mit dem die Abruftabellen geschrieben werden. Damit können alle erfaßten Daten innerhalb einer Dateigruppe in jeder beliebigen Kombination abgerufen werden. Kombinationen mehrerer Dateigruppen, wie Lehrer und Schüler, sind allerdings nicht möglich. Die neuen Abruftabellen sind nicht mehr an ein starres Aufbereitungsprogramm gebunden, die gewünschten Angaben können vielmehr mit einer relativ geringen Zahl von Steuerbefehlen in einer auf die jeweilige Problemstellung hin ausgerichteten Form ausgegeben werden. Die bisher übliche arbeitsaufwendige Programmierung von Tabellen entfällt, ebenso die bisher übliche Vorratsprogrammierung. Mit Hilfe des flexiblen Datenabrufprogramms ist es nicht mehr nötig, alle Datenwünsche der Konsumenten schon vor der Durchführung einer Erhebung zu kennen und in ein festes Tabellenprogramm einzubringen. Jetzt können Daten je nach aktueller Notwendigkeit in kürzester Zeit abgerufen werden.

Beim Abruf der Tabellen kristallisiert sich schon jetzt ein Standardprogramm von immer wieder benötigten Tabellen heraus, die jährlich ohne großen Aufwand neu abgerufen werden können. Für dieses Standardprogramm wird zur Zeit ein Katalog erstellt, der das Abrufverfahren weiter vereinfacht.

Mit der Überarbeitung der Erhebungsbogen wurde eine rationelle Bearbeitung im Statistischen Landesamt erreicht, wodurch die Zeit für die Datenerfassung und -aufbereitung verkürzt werden konnte. Gleich-

zeitig sind mit dem flexiblen Datenabrufprogramm Abrufe in kurzer Zeit möglich. Die Daten liegen nach Abschluß der notwendigen Programmierarbeiten durch die gesamte Umgestaltung der Schulstatistik wesentlich früher vor als bisher. Auch stehen infolge der Individualerfassung mehr Daten zur Verfügung. Die geforderte größere Aktualität für die Bereitstellung differenzierteren Datenmaterials ist damit erreichbar.

Mit den neu geschaffenen Möglichkeiten zu schneller Bereitstellung bereinigter Daten und kurzfristig möglicher Datenabrufe bei ständig wechselnden Inhalten der Abrufe ist es nun auch möglich, über das bisherige Rahmenprogramm hinaus alle an Daten interessierten Stellen zu bedienen. Landtagsanfragen zu speziellen Problemen, detaillierte Tabellen für kurzfristig zu erstellende Planungsberechnungen oder Sonderabfragen für begrenzte regionale Einheiten bedürfen nun nicht mehr langwieriger manueller Bearbeitung oder umfangreicher neuer Programme. Soweit die gefragten Daten in der Statistik-Datei Schulen gespeichert sind, sind sie direkt abrufbar. Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, werden in zunehmendem Maß von den Schulbehörden, aber auch von anderen Stellen genutzt.

Ein Rationalisierungseffekt ergibt sich im Statistischen Landesamt einmal durch die Umgestaltung der Erhebungsbogen. Dadurch konnte der Prüfungsvorgang der Bogen auf ein Minimum reduziert werden. Die entstandene Mehrarbeit durch die Einführung von Individualbefragungen konnte damit bereits aufgefangen werden.

Ein noch weit größerer Rationalisierungseffekt wird sich vor allem im Veröffentlichungswesen und bei der Lieferung von Eckdaten ergeben. Denn mittelfristig ist vorgesehen, ein Standardprogramm für die zur Veröffentlichung in Statistischen Berichten vorgesehenen Tabellen und für die Lieferung der Eckwert-Tabellen an das Kultusministerium, die Bezirksregierungen, die Arbeitsverwaltungen, die Kirchen und das Statistische Bundesamt in der jeweils benötigten Form zu erstellen. Die bisher erforderlichen manuellen Übertragungs-, Rechen- und Schreibarbeiten können dann entfallen.

Der Aufbau des gesamten Systems der Statistik-Datei Schulen ist noch nicht abgeschlossen. Die Arbeiten werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Doch es zeichnet sich schon jetzt ab, daß mit dem neuen System der Bedarf an Daten aus der Schulstatistik in Zukunft wesentlich besser gedeckt werden kann als mit der herkömmlichen Arbeitsweise.

Diplom-Volkswirte K. D. Dietrich/
G. Kernich-Möhringer

Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1978

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 474/78 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 6. März 1978 (Amtsblatt EG Nr. L 68/1 vom 10. März 1978) wurde für die Mitgliedstaaten die Durchführung einer Ar-

beitskostenerhebung in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe für das Jahr 1978 angeordnet. Diese Erhebung ergänzt die laufenden Verdiensterhebungen, bei denen

Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeitnehmer
in ausgewählten Wirtschaftszweigen
des produzierenden Gewerbes 1975 und 1978
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1975	1978	Veränderung
	DM	DM	%
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	19 927	22 746	14,1
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	23 226	27 680	19,2
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	18 071	20 892	15,6
Maschinenbau	18 199	21 345	17,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	18 661	22 377	19,9
Textilgewerbe	13 579	17 227	26,9
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	12 733	15 150	19,0
Be- und Verarbeitung von Holz	17 311	21 528	24,4
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	19 065	22 145	16,2
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	17 208	21 556	25,3
Baugewerbe	19 319	20 828	7,8
Produzierendes Gewerbe	18 967	22 404	18,1
Arbeiter	16 341	19 459	19,1
Angestellte	24 740	29 045	17,4

die Bruttolöhne und -gehälter erfaßt werden, durch Zahlenmaterial über Art und Umfang der gesamten Personalkosten, insbesondere der Personalnebenkosten.

Die Personalkosten im produzierenden Gewerbe wurden bei Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten erfragt. Mehrbetriebsunternehmen hatten für jeden einzelnen ihrer Betriebe einen gesonderten Fragebogen auszufüllen. Die Erhebung wurde als Stichprobe durchgeführt, in die in Rheinland-Pfalz 2 002 Unternehmen einbezogen wurden, darunter 1 196 des produzierenden Gewerbes. Der bereichsdurchschnittliche Auswahlsatz betrug damit 16,4%. In früheren Erhebungen bis einschließlich 1969 waren nur Unternehmen bzw. Betriebe erfaßt worden, die im Jahresdurchschnitt mindestens 50 Beschäftigte hatten. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit diesen früheren Erhebungen enthalten die folgenden Ergebnisse ebenfalls nur die Angaben von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten. Teilzeitbeschäftigte wurden gesondert erfaßt und über einen Umrechnungsfaktor in Vollzeiteinheiten umgerechnet. Nicht erfaßt wurden Angestellte, die Unternehmerfunktionen ausüben, sowie Heimarbeiter und Angestellte, die ausschließlich auf Provisionsbasis tätig sind. Auszubildende, Volontäre und alle sonstigen Personen, deren Arbeitsverhältnis mehr auf Ausbildung als auf unmittelbare Arbeitsleistung gerichtet ist, wurden zwar erfaßt, gelten aber nicht als Arbeitnehmer im Sinne der Arbeitskostenerhebung. Die hierfür den Unternehmen entstehenden Kosten werden als Aufwendungen für berufliche Bildung ausgewiesen.

Die Personalkosten setzen sich aus Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten zusammen. Das Entgelt für geleistete Arbeit enthält die laufenden Verdienstzahlungen, die ausschließlich der geleisteten Arbeit zuzurechnen sind. Die Personalnebenkosten umfassen alle nicht als Entgelt für geleistete Arbeit erfolgten Zahlungen, vor allem Arbeitgeberpflichtbei-

Personal- und Personalnebenkosten in ausgewählten Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes 1975 und 1978
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

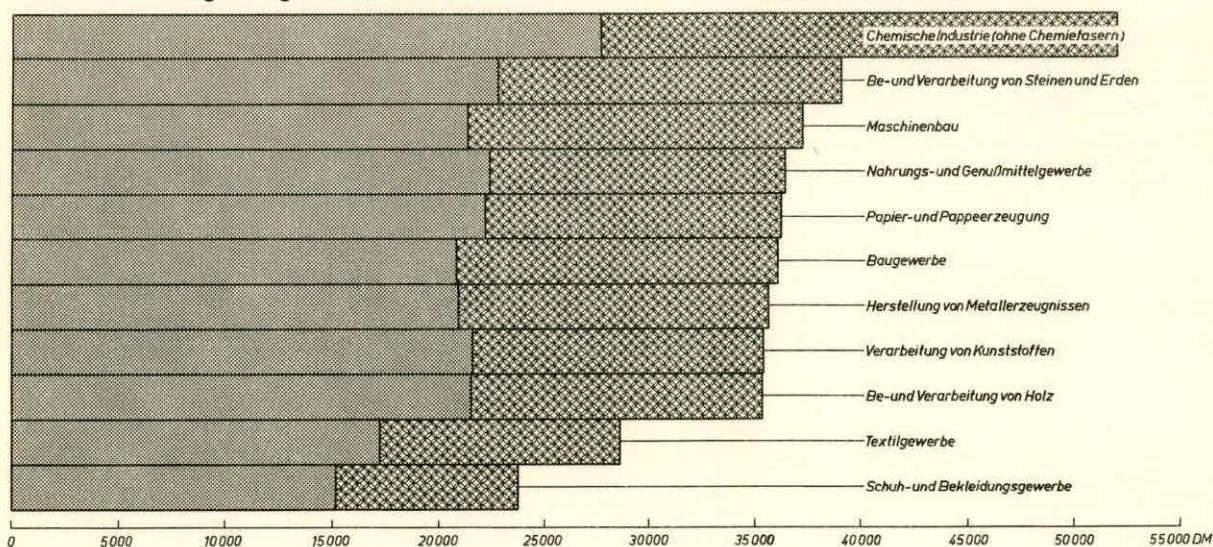
Wirtschaftszweig	Personalkosten je Arbeitnehmer			Anteil der Personalnebenkosten an den Personalkosten insgesamt	
	1975	1978	Veränderung	1975	1978
	DM	DM	%	%	%
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	31 026	39 071	25,9	35,8	41,8
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	39 260	52 047	32,6	40,8	46,8
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	29 492	35 668	20,9	38,7	41,4
Maschinenbau	30 364	37 248	22,7	40,1	42,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	28 631	36 419	27,2	34,8	38,6
Textilgewerbe	21 718	28 570	31,5	37,5	39,7
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	18 844	23 745	26,0	32,4	36,2
Be- und Verarbeitung von Holz	26 413	35 318	33,7	34,5	39,0
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	29 772	36 250	21,8	36,0	38,9
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	27 049	35 387	30,8	36,4	39,1
Baugewerbe	29 970	36 065	20,3	35,5	42,2
Produzierendes Gewerbe	30 690	39 111	27,4	38,2	42,7
Arbeiter	26 665	33 731	26,5	38,7	42,3
Angestellte	39 538	51 241	29,6	37,4	43,3

Personalkosten je Arbeitnehmer in ausgewählten Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes 1978

Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten

Entgelt für geleistete Arbeit

Personalnebenkosten



träge zur Sozialversicherung, Weihnachtsgratifikationen, Vergütung arbeitsfreier Tage, Verdienstfortzahlung im Krankheitsfall, Aufwendungen für Berufsausbildung und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

die niedrigsten hingegen mit 23 750 DM im Schuh- und Bekleidungsgewerbe.

Die Belastung eines Unternehmens mit Personal- und Personalnebenkosten wird nicht nur vom Wirtschaftszweig, sondern auch von der Beschäftigten-

Zunehmendes Gewicht der sozialen Leistungen

Seit 1966 werden alle drei Jahre im produzierenden Gewerbe die Personal- und Personalnebenkosten erhoben. Die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft hat das bisher schon vorhandene lebhaftere Interesse an solchen Daten in den letzten Jahren noch weiter verstärkt. So werden die hohen Personalkosten der Unternehmen mit als Ursache dafür angesehen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt in den letzten Jahren vermindert hat, was nicht zuletzt in der seit 1979 negativen Leistungsbilanz der Bundesrepublik zum Ausdruck kommt.

Die hohen Personalkosten in den deutschen Industrieunternehmen beruhen im Vergleich zu den wichtigsten westlichen Industrieländern weniger auf höheren Löhnen als auf den infolge der sozialen Leistungen wesentlich höheren Personalnebenkosten.

Personalkosten in drei Jahren um mehr als ein Viertel gestiegen

Die Personalkosten des produzierenden Gewerbes je Arbeitnehmer beliefen sich im Jahre 1978 auf 39 110 DM. Drei Jahre zuvor waren es 30 690 DM gewesen. In den einzelnen Wirtschaftszweigen streute die Steigerungsrate der Personalkosten je Arbeitnehmer zwischen 34% (Be- und Verarbeitung von Holz) und 20% (Baugewerbe). Wie schon 1975 wurden auch 1978 die höchsten Personalkosten je Arbeitnehmer mit 52 050 DM in der chemischen Industrie ermittelt,

Personalnebenkosten je Arbeitnehmer
in ausgewählten Wirtschaftszweigen
des produzierenden Gewerbes 1975 und 1978
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1975	1978	Veränderung
	DM	DM	%
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	11 099	16 325	47,1
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	16 034	24 367	52,0
Herstellung von Metallerezeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	11 421	14 776	29,4
Maschinenbau	12 165	15 903	30,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	9 970	14 041	40,8
Textilgewerbe	8 139	11 343	39,4
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	6 111	8 595	40,6
Be- und Verarbeitung von Holz	9 102	13 790	51,5
Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	10 707	14 105	31,7
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	9 841	13 832	40,6
Baugewerbe	10 651	15 237	43,1
Produzierendes Gewerbe	11 723	16 707	42,5
Arbeiter	10 324	14 272	38,2
Angestellte	14 798	22 196	50,0

Personalkosten je Arbeitnehmer nach Kostenarten im produzierenden Gewerbe 1978
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Art der Personalkosten	Ins- gesamt	Arbeiter	An- gestellte	Ins- gesamt	Arbeiter	An- gestellte
	DM			% des Entgelts für geleistete Arbeit		
Entgelt für geleistete Arbeit	22 404	19 459	29 045	100,0	100,0	100,0
Personalnebenkosten ¹⁾	16 707	14 272	22 196	74,6	73,3	76,4
dar. Gesetzliche Personalnebenkosten	7 568	7 109	8 603	33,8	36,5	29,6
Sonderzahlungen	3 418	2 696	5 043	15,3	13,9	17,4
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinnbe- teiligungen u.ä.	2 193	1 518	3 713	9,8	7,8	12,8
Urlaubsgeld	804	765	893	3,6	3,9	3,1
Vermögenswirksame Leistungen	421	413	438	1,9	2,1	1,5
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 341	4 753	6 668	23,8	24,4	23,0
Urlaubsvergütung	2 868	2 400	3 924	12,8	12,3	13,5
Vergütung von Krankheitstagen	1 227	1 290	1 086	5,5	6,6	3,7
dar. Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung	1 170	1 223	1 051	5,2	6,3	3,6
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 246	1 063	1 659	5,6	5,5	5,7
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	6 548	5 415	9 103	29,2	27,8	31,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 048	4 694	5 845	22,5	24,1	20,1
Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungs- beiträge	4 508	4 144	5 329	20,1	21,3	18,3
Unfallversicherungsbeiträge	540	550	516	2,4	2,8	1,8
Sonstige Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	1 500	721	3 258	6,7	3,7	11,2
dar. Aufwendungen für die betriebliche Alters- versorgung	1 488	717	3 227	6,6	3,7	11,1
Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen	654	299	1 455	2,9	1,5	5,0
Sonstige Personalnebenkosten	1 400	1 407	1 382	6,2	7,2	4,8
Entlassungsschädigungen ²⁾	32	15	69	0,1	0,1	0,2
Sonstige gesetzliche Aufwendungen	104	129	49	0,5	0,7	0,2
Familienunterstützungen	41	35	56	0,2	0,2	0,2
Wohnungsfürsorge	41	32	62	0,2	0,2	0,2
Beihilfen im Krankheitsfall	11	8	16	-	-	0,1
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u.ä.	287	345	157	1,3	1,8	0,5
Naturalleistungen	17	16	22	0,1	0,1	0,1
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen	202	192	224	0,9	1,0	0,8
Aufwendungen für berufliche Bildung	588	581	603	2,6	3,0	2,1
dar. Ausbildungsvergütungen	379	371	399	1,7	1,9	1,4
Sonstige Zuwendungen	76	55	124	0,3	0,3	0,4
Personalkosten insgesamt ³⁾	39 111	33 731	51 241	174,6	173,3	176,4
dar. Bruttolöhne und -gehälter	31 163	26 909	40 756	139,1	138,3	140,3

1) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. - 2) Nach dem Schwerbehindertengesetz, Mutterschutzgesetz, Umlage für das Konkursausfallgeld u.ä. - 3) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

struktur und der Unternehmensgröße bestimmt. So liegen die Aufwendungen für Angestellte im Durchschnitt deutlich über denen für Arbeiter und für männliche Beschäftigte höher als für Frauen. Mit steigender Unternehmensgröße wiederum nehmen die Personalkosten in aller Regel zu. Nicht selten ermöglicht auch die Ertragslage größerer Unternehmen, in denen mehr qualifizierte Angestellte und Arbeiter beschäftigt werden als in kleineren Betrieben, eine höhere Belastung mit Personalnebenkosten. Auch in Branchen, die sich über eine Anzahl von Jahren an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung befinden und hohe Investitionen vornehmen, fallen erfahrungsgemäß relativ hohe Personalkosten an.

Fast 43% der Personalkosten sind Personalnebenkosten

Die erhebliche Bedeutung der Personalnebenkosten als Kostenfaktor wird besonders deutlich, wenn man sie zum Entgelt für geleistete Arbeit in Beziehung

setzt. Von den gesamten Personalkosten je Arbeitnehmer in Höhe von 39 110 DM waren 1978 nur 22 400 DM (57,3%) Entgelte für geleistete Arbeit und 16 710 DM (42,7%) Personalnebenkosten. Im Jahre 1975 hatte der Anteil der Personalnebenkosten noch 38,2% betragen, 1972 erst 35,4%. Im produzierenden Gewerbe kamen damit 1978 auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit zusätzlich 74,60 DM Personalnebenkosten (Bundesgebiet 70,10 DM). Das zunehmende Gewicht der Personalnebenkosten zeigt sich auch darin, daß diese je Arbeitnehmer von 1975 bis 1978 um 43% anstiegen, während die Zuwachsrate des Entgelts für geleistete Arbeit je Arbeitnehmer 18% betrug.

Von 1972 bis 1975 nahmen sowohl das Entgelt für geleistete Arbeit als auch die Personalnebenkosten für Angestellte stärker zu als für Arbeiter. Dagegen erhöhte sich von 1975 bis 1978 das Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeiter (+ 19%) etwas stärker als im Durchschnitt aller Angestellten (+ 17%). Die Perso-

nalnebenkosten für einen Angestellten beliefen sich 1978 auf 22 200 DM, das sind 43,3% der gesamten Personalkosten. Gemessen am Entgelt für geleistete Arbeit macht dieser Betrag 76% aus. Für Arbeiter wurden mit 14 270 DM deutlich geringere Personalnebenkosten ermittelt. Dies entspricht einem Anteil von 42,3% an den gesamten Personalkosten bzw. 73% des Entgelts für geleistete Arbeit. Die Höhe dieser zusätzlichen Zahlungen an oder indirekt für die Arbeitnehmer zeigt, wie sehr sich die umfangreiche soziale Sicherung im Rentenalter, bei Krankheit, Unfällen und Schwangerschaft in den letzten Jahren verteuert hat.

Die chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie) verzeichnete im Jahre 1978 mit 24 370 DM die absolut gesehen höchsten Personalnebenkosten je Arbeitnehmer, am niedrigsten waren sie im Schuh- und Bekleidungsgewerbe (8 600 DM). Der Anteil der Personalnebenkosten an den gesamten Personalkosten variiert zwischen 46,8% und 36,2%. Im Vergleich der Wirtschaftszweige untereinander fällt auf, daß die Spanne zwischen den höchsten und niedrigsten Personalnebenkosten je Arbeitnehmer deutlich größer ist als die beim Entgelt für geleistete Arbeit.

Tarifliche und zusätzliche Personalnebenkosten höher als die gesetzlichen

Wegen unterschiedlicher begrifflicher Abgrenzungen sind verschiedene Kostenarten der Arbeitskosten-erhebung 1978 mit der von 1975 nur bedingt vergleichbar. Die folgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf die Ergebnisse von 1978.

Die Personalnebenkosten gliedern sich in gesetzliche, in tarifliche und zusätzliche Personalnebenkosten. Letztere sind meist in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen oder Arbeitsverträgen festgelegt oder

resultieren indirekt aus Rechtsansprüchen (Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung), so daß sie nur ausnahmsweise freiwillige Zuwendungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer sind. Die bedeutendsten gesetzlichen Personalnebenkosten sind die Sozialversicherungsbeiträge, die Bezahlung der Feiertage sowie die Verdienstfortzahlung bei Krankheit. Auf diese Kostenarten entfielen 1978 insgesamt 6 980 DM je Arbeiter und 8 560 DM je Angestellten, das sind 98% bzw. 99% aller gesetzlichen Personalnebenkosten. Die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten je Arbeiter beliefen sich auf 7 160 DM, davon allein 5 100 DM für Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligung, Urlaub und aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung. Die entsprechenden Beträge für Angestellte fielen mit 13 590 DM bzw. 8 970 DM deutlich höher aus. Als weitere wichtige Kostenart sind bei den Angestellten die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung zu nennen, die 3 230 DM ausmachten. Hierfür wurde von den Unternehmen je Arbeiter mit 720 DM ganz erheblich weniger ausgegeben. Die sonstigen Personalnebenkosten umfassen hauptsächlich Zahlungen für berufliche Bildung, Belegschaftseinrichtungen, Verpflegungszuschüsse, Auslösungen, Beihilfen im Krankheitsfall und Wohnungshilfe.

Bei den Arbeitern sind die gesetzlichen Personalnebenkosten annähernd ebenso hoch wie die tariflichen und zusätzlichen. Für die Angestellten haben die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten mit einer Quote von 61% die größere Bedeutung. Dies ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß bei den Angestellten die Krankheits- und Altersvorsorge nur bis zu einer festgelegten oberen Verdienstgrenze reicht. Als Ausgleich erhalten die Angestellten jedoch höhere tarifliche, vertragliche oder freiwillige Leistungen der Arbeitgeber.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Aspekte der Wohnungsmarktsituation

Den Fehlentwicklungen am Wohnungsmarkt soll durch neue Gesetzesinitiativen begegnet werden. Sie zielen auf eine Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen durch eine Belebung des sozialen Wohnungsbaus und steuerliche Anreize. Diese Aktivitäten wurden notwendig, weil der Wohnungsbau, insbesondere der Mietwohnungsbau, zunehmend rückläufige Tendenz zeigt. Als Ursache für die unzureichende Wohnungsbautätigkeit und Wohnungsversorgung insbesondere in Großstadregionen werden die seit Ende 1978 mit ungewöhnlichen Wachstumsraten gestiegenen Kostenmieten, die bestehende Mietgesetzgebung, Engpässe auf dem Bodenmarkt sowie der Zusatznachfrage auf Grund verstärkter Haushaltsneugründungen junger Leute angesehen.

Starkes Wohnungsdefizit in den 50er Jahren

Als Folge der Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und der nach dem Krieg einsetzenden Bevölkerungswanderung von Ost nach West ergab sich ein außer-

ordentlich starkes Wohnungsdefizit. Zudem wies im September 1950 über ein Drittel der insgesamt 467 000 Wohngebäude Kriegsschäden auf, von denen fast 80% nur teilweise oder überhaupt nicht beseitigt waren. Die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Methode der Wohnungsdefizitberechnung ergab damals für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz ein Defizit von mehr als 10%, in 29 der 51 Gebietseinheiten sogar von mehr als 20%.

Die bestehende Wohnungsunterversorgung konnte in den 50er Jahren durch starke Aktivitäten der privaten Bauherren und Unternehmen sowie der öffentlichen Hand schnell abgebaut werden. So wurden in diesem Jahrzehnt 264 000 Wohnungen fertiggestellt. Im Jahre 1950 kamen bei einem Bevölkerungsstand von 3,05 Mill. noch 4,3 Personen auf eine Wohnung, Ende 1959 waren es nur noch 3,5. In diesem Zeitraum nahm die Wohnbevölkerung um 10,5% zu, der Wohnungsbestand um 35%.

Land	Nicht- landwirt- schaftliche Wohngebäude mit 1 und 2 Wohn- einheiten	Miet- woh- nungen	Eigen- tümer- woh- nungen	Räume		Fläche			Durch- schnitt- liche Quadrat- meter- miete
				je Wohnung	je Person	je Wohnung	je Raum	je Person	
				Anzahl		m ²			
	%								
Schleswig-Holstein	85,1	57,0	43,0	4,5	1,36	80	17,8	31,2	4,97
Hamburg	58,1	85,5	14,5	3,8	1,32	67	17,3	30,7	5,20
Niedersachsen	84,8	54,9	45,1	4,8	1,40	86	18,1	31,9	4,12
Bremen	74,6	69,9	30,1	4,2	1,37	72	17,2	31,1	4,78
Nordrhein-Westfalen	73,7	69,5	30,5	4,3	1,23	77	17,7	29,5	4,36
Hessen	82,8	60,5	39,5	4,6	1,36	83	18,0	32,9	4,57
Rheinland-Pfalz	89,0	48,6	51,4	4,9	1,44	90	18,1	32,6	3,98
Baden-Württemberg	80,9	55,7	44,3	4,6	1,35	84	18,4	30,8	4,16
Bayern	83,3	58,1	41,9	4,6	1,33	84	18,4	31,2	4,18
Saarland	91,3	41,7	58,3	4,9	1,42	92	18,6	34,5	3,64
Berlin (West)	47,9	92,2	7,8	3,5	1,36	67	19,0	34,9	4,04
Bundesgebiet	80,2	62,5	37,5	4,5	1,33	81	18,1	31,1	4,32

Trotz dieser Aufbauleistungen errechnete sich auch 1960 noch ein Wohnungsdefizit. In diesem Jahr wurde mit der Verkündung des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht der Grundstein für die Wiedereinführung der marktwirtschaftlichen Preisautomatik auf dem letzten großen Teilmarkt, der noch zwangswirtschaftlichen Bedingungen unterlag, gelegt. Damals hatten noch 19 Verwaltungsbezirke ein Wohnungsdefizit von mehr als 3%. Eine weiter ansteigende Bautätigkeit, die 1966 mit 33 400 fertiggestellten Wohnungen eine bis dahin nicht gekannte Größenordnung erreichte, führte dazu, daß Mitte der 60er Jahre das Wohnungsdefizit abgebaut war (3,1 Personen je Wohnung).

Zwischen 1960 und 1970 wurden 307 000 und zwischen 1970 und 1980 weitere 282 000 Wohnungen bezugsfertig. Insgesamt waren es seit 1950 rund 878 000 Wohnungen. In diesen 30 Jahren verdoppelte sich der Wohnungsbestand von 703 000 auf 1 495 Mill. Einheiten (+ 113%), die Wohnbevölkerung nahm um 20% auf 3,642 Mill. zu. Somit verbesserte sich die Relation Einwohner je Wohnung von 4,3 (1950) auf 2,4.

Wandlungen im Wohnungsbau

Zu dieser sehr eindrucksvollen quantitativen Verbesserung der Wohnungsversorgung trat eine qualitative Steigerung hinzu. Begünstigt wurde diese Entwicklung von dem schnell steigenden Masseneinkommen, das höhere Ansprüche an Wohnqualität und Wohnkomfort förderte. Anhand von Raumzahl, Wohnfläche und Ausstattungsmerkmalen läßt sich verfolgen, inwieweit sich parallel zur quantitativen Verbesserung der Trend zur besseren Wohnung verwirklichte.

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang des Mietwohnungsbaus führte dazu, daß sich die Zahl der Wohnungen in einem Wohngebäude auf 1,5 reduziert hat. Noch Anfang der 70er Jahre hatte dieser Wert über 2 gelegen, im Jahre 1973 bei 2,3. Das Jahr 1973 nimmt insoweit eine Sonderstellung ein, als damals mit 37 805 neuen Wohnungen in Wohngebäuden ein Rekordergebnis erzielt wurde, das insbesondere vom Mietwohnungsbau getragen wurde. In den 60er

Jahren pendelte sich die Relation bei zwei Wohnungen ein, nachdem in der ersten Wiederaufbauphase der 50er Jahre durch die starken Bauaktivitäten insbesondere bei Mehrfamilienhäusern Quoten von 2,6 Wohnungen je Gebäude erreicht wurden.

Immer mehr Räume je Wohnung

Längerfristig betrachtet läßt die Entwicklung der Raumzahl den Zug zur besseren Wohnung deutlich erkennen. So waren im Jahre 1966 die im Neu- und Wiederaufbau sowie im Umbau von ganzen Wohngebäuden erstellten Wohnungen im Vergleich zu 1951, gemessen an ihrer Raumzahl, um über ein Viertel größer. 1966 bestand eine Wohnung im Schnitt aus 4,6 Räumen, 1951 noch aus 3,6. Durch den in den Folgejahren weiter angestiegenen Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser verbesserte sich diese Relation weiter und erreichte 1980 erstmals 5.

Dieser Mittelwert wird in starkem Maße durch private Haushalte als Bauherren beeinflusst, auf die drei von vier neuerrichteten Wohnungen entfallen. Bei ihnen hat eine Wohnung im Durchschnitt 5,1 Räume, während gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen einen Raum je Wohnung weniger bauten. Allgemein ist hier festzustellen, daß mit zunehmender Wohnungszahl je Gebäude die Zahl der Räume je Wohnung abnimmt. Bei Einfamilienhäusern sind es 5,8 Räume, bei Zweifamilienhäusern 4,5 und bei Mehrfamilienhäusern 3,6. Bei den letztgenannten gilt die gleiche Aussage für die ansteigende Wohnungszahl. Hier sinkt die Relation von 4,2 bis auf 3,3 für Wohngebäude mit drei Wohnungen bzw. solche mit 20 und mehr.

Erwartungsgemäß haben seit 1950 die Wohnungen mit wenigen Räumen relativ abgenommen, während diejenigen mit mehr Räumen ihren Anteil an der Gesamtzahl entsprechend vergrößert haben. Die 1950 noch mit einem Anteil von nahezu 12% vertretenen Ein- und Zwei-Raum-Wohnungen verloren ständig an Bedeutung. 1980 hatten nur noch 6,7% aller neugebauten Wohnungen einen oder zwei Räume. Am stärksten hat sich von 1950 bis 1980 (13%) der Anteil der Drei-Raum-Wohnungen verschoben, deren heutiger

Bestand an Wohngebäuden, Wohnungen und Räumen in den Verwaltungsbezirken Ende 1980

Verwaltungsbezirk	Wohn- gebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden						Räume ins- gesamt	Räume (ohne Küchen) je Einwohner	
		ins- gesamt	mit ... Räumen einschl. Küchen						1970	1980
			1 und 2	3	4	5 und 6	7 und mehr			
			%							
	Anzahl									
Kreisfreie Stadt Koblenz	16 299	49 201	9,4	26,2	33,8	25,3	5,3	199 630	1,06	1,32
Landkreise										
Ahrweiler	28 296	46 166	7,0	21,2	27,2	33,4	11,2	209 756	1,18	1,48
Altenkirchen (Ww.)	31 351	47 941	7,4	19,9	24,5	36,8	11,4	221 678	1,14	1,42
Bad Kreuznach	35 124	57 493	6,7	18,5	25,6	34,2	15,0	272 633	1,19	1,47
Bad Kreuznach, St	6 578	17 721	11,0	25,5	31,0	25,8	6,7	73 041	1,13	1,35
Birkenfeld	22 124	35 924	5,9	20,1	24,6	34,9	14,5	170 742	1,19	1,54
Idar-Oberstein, St	7 866	15 366	5,8	25,0	29,8	29,5	9,9	68 047	1,17	1,49
Cochem-Zell	18 023	25 370	6,1	15,1	22,3	39,5	17,0	127 118	1,24	1,66
Mayen-Koblenz	44 529	75 624	7,8	23,2	28,2	31,8	9,0	332 568	1,09	1,35
Andernach, St	5 491	11 434	9,1	26,5	30,7	27,5	6,2	47 439	1,06	1,33
Mayen, St	3 967	8 373	8,6	26,7	31,9	25,2	7,6	35 124	1,06	1,27
Neuwied	37 712	63 917	8,1	22,7	27,1	32,5	9,6	283 999	1,15	1,42
Neuwied, St	12 905	26 438	8,5	26,4	30,3	28,4	6,4	111 199	1,13	1,40
Rhein-Hunsrück-Kreis	23 471	34 743	4,6	15,3	23,3	38,1	18,7	175 729	1,24	1,56
Rhein-Lahn-Kreis	27 182	48 210	6,7	20,7	29,4	31,7	11,5	219 260	1,17	1,45
Lahnstein, St	3 176	9 008	9,1	24,9	37,7	22,9	5,4	36 495	1,14	1,44
Westerwaldkreis	43 931	65 207	6,7	18,7	23,3	39,0	12,3	309 100	1,17	1,45
RB Koblenz	328 042	549 796	7,1	20,7	26,6	33,9	11,7	2 522 213	1,16	1,45
Kreisfreie Stadt Trier	16 058	42 153	10,3	24,7	31,9	26,4	6,7	174 232	1,09	1,38
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	29 864	40 932	5,4	14,5	21,7	40,9	17,5	205 477	1,24	1,54
Bitburg-Prüm	26 227	33 692	3,7	12,5	20,1	42,0	21,7	177 457	1,26	1,61
Daun	17 123	22 536	4,7	13,6	21,0	42,9	17,8	114 924	1,26	1,66
Trier-Saarburg	29 861	40 070	4,2	13,0	20,2	41,0	21,6	208 927	1,15	1,36
RB Trier	119 133	179 383	5,9	16,1	23,3	38,0	16,7	881 017	1,19	1,49
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	6 913	18 666	8,1	27,5	34,3	25,5	4,6	75 942	1,04	1,31
Kaiserslautern	15 501	46 905	13,1	27,0	33,0	22,5	4,4	182 244	1,12	1,37
Landau i.d.Pfalz	7 591	15 558	5,5	19,3	28,6	37,0	9,6	71 032	1,21	1,52
Ludwigshafen a.Rhein	22 345	73 171	11,8	32,4	32,8	19,5	3,5	278 106	1,00	1,29
Mainz	22 872	80 691	18,2	27,0	29,7	20,2	4,9	301 269	0,99	1,18
Neustadt a.d.Weinstr.	10 419	22 833	10,0	23,2	30,2	28,2	8,4	97 090	1,21	1,48
Pirmasens	9 206	25 381	11,7	33,5	30,9	19,6	4,3	97 735	1,09	1,46
Speyer	7 166	18 990	7,1	24,5	35,8	27,2	5,4	78 995	1,11	1,37
Worms	14 631	33 440	9,8	27,1	32,2	25,1	5,8	136 793	1,13	1,40
Zweibrücken	7 545	16 101	6,6	23,9	35,4	27,4	6,7	68 404	1,19	1,50
Landkreise										
Alzey-Worms	28 037	38 130	4,5	16,3	24,2	39,2	15,8	188 013	1,24	1,55
Bad Dürkheim	31 717	49 870	7,0	21,6	26,0	34,6	10,8	226 575	1,21	1,52
Donnersbergkreis	18 483	26 488	5,3	16,5	24,8	37,2	16,2	129 511	1,23	1,54
Germersheim	24 336	39 527	7,7	18,0	25,9	37,2	11,2	182 409	1,12	1,42
Kaiserslautern	25 225	40 229	6,3	18,6	26,9	35,4	12,8	188 261	1,21	1,55
Kusel	20 498	29 666	6,3	18,2	23,7	36,4	15,4	143 007	1,20	1,51
Südliche Weinstraße	26 535	38 771	6,9	19,3	24,3	35,6	13,9	182 762	1,18	1,51
Ludwigshafen	32 207	51 141	6,9	21,8	27,2	34,8	9,3	228 427	1,13	1,41
Mainz-Bingen	36 922	60 369	6,9	20,5	27,1	33,6	11,9	276 709	1,15	1,37
Bingen, St	4 741	10 522	8,0	24,0	31,5	28,4	8,1	45 029	1,15	1,47
Ingelheim am Rhein, St	4 341	8 542	8,4	20,6	28,1	32,6	10,3	38 176	1,12	1,51
Pirmasens	26 426	40 323	7,2	20,7	24,0	35,2	12,9	188 518	1,16	1,50
RB Rheinhessen-Pfalz	394 575	766 250	9,1	23,3	28,5	29,9	9,2	3 321 802	1,13	1,41
Rheinland-Pfalz	841 750	1 495 429	8,0	21,5	27,2	32,3	11,0	6 725 032	1,15	1,44
Kreisfreie Städte	156 546	443 090	11,7	27,3	32,1	23,6	5,3	1 761 472	1,07	1,34
Landkreise	685 204	1 052 339	6,5	19,0	25,1	36,0	13,4	4 963 560	1,18	1,47

Fertiggestellte Wohnungen nach Wohnungsgröße
und durchschnittlicher Fläche 1950 – 1980

Jahr	Wohnungen insgesamt	Mit ... Räumen					Durchschnittliche Wohnfläche m ²
		1 und 2	3	4	5 und 6	7 und mehr	
	Anzahl	%					
1950	12 699	11,6	42,3	24,7	18,3	3,1	.
1952	23 439	9,7	47,8	24,2	15,8	2,5	60,6
1954	28 695	8,4	44,0	27,6	17,1	2,9	60,9
1956	31 239	6,2	38,5	29,9	21,4	4,0	63,3
1958	26 114	6,1	32,9	28,8	26,5	5,7	70,1
1960	31 449	5,2	25,4	34,7	28,2	6,5	74,7
1962	30 132	6,1	19,5	31,6	33,4	9,4	81,5
1964	33 285	5,1	17,0	32,8	34,4	10,7	85,1
1966	33 362	7,0	14,2	29,4	37,7	11,7	87,6
1968	27 335	6,5	12,0	29,7	38,3	13,5	91,9
1970	24 379	6,6	11,6	28,7	39,8	13,3	93,8
1972	33 572	11,3	13,4	26,3	37,8	11,2	91,9
1974	33 174	10,0	14,8	25,4	38,2	11,6	93,8
1976	25 365	8,9	13,8	21,9	43,3	12,1	100,3
1978	25 205	8,1	12,4	18,1	46,4	15,0	104,8
1980	25 142	6,7	12,5	17,9	47,0	15,9	105,1

Wert sich bereits Mitte der 60er Jahre abzeichnete. Dagegen weisen die Wohnungen mit vier Räumen einen uneinheitlichen Verlauf auf. Einem Anstieg von 25% (1950) auf 35% (1960) folgte ein Rückgang auf nunmehr 18%. Eine stetige Aufwärtsentwicklung nahmen dagegen Großraumwohnungen mit fünf und sechs (47%) bzw. sieben und mehr Räumen (16%) gegenüber vor 30 Jahren (3%).

Durchschnittliche Wohnfläche stieg um 73%

Die Wohnfläche hat sich von 60,6 m² im Jahre 1952 auf 105,1 m² heute vergrößert. Angesichts der steigenden Energiekosten und der enormen Zunahme der Bau- und Baulandpreise erscheint es fraglich, ob die jetzt erreichte Größenordnung als optimale Wohnfläche einer Wohnung angesehen werden kann.

Die durchschnittliche Wohnfläche der Neubauwohnungen in den Landkreisen war 1980 mit 108,3 m² um 14,8 m² größer als in den kreisfreien Städten (93,5 m²). Im Landesdurchschnitt sind seit 1970 neue Wohnungen um 11,3 m² größer gebaut worden, in den Landkreisen um 8,6 m² und in den kreisfreien Städten um 11,5 m². Dies überrascht, wenn man die Entwicklung der Baulandpreise in die Betrachtung einbezieht. Der Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg von 22,34 DM im Jahre 1970 um 162% auf 58,58 DM im Jahre 1980. In den kreisfreien Städten erhöhte er sich im gleichen Zeitraum um 143% auf 157 DM.

Sanitäre Ausstattung und Beheizung weiter verbessert

Im Jahre 1968 hatte nur jede vierte Wohnung in Rheinland-Pfalz die höchste sanitäre Ausstattungsstufe, verfügte also über Bad, WC und Sammelheizung. Zehn Jahre später waren es bereits 53%. Der Wunsch nach erhöhtem Komfort hat viele Hauseigentümer in den letzten Jahren veranlaßt, nachträgliche Einbauten vorzunehmen. In den 70er Jahren wurde in vier von zehn Wohnungen, welche Installationsverbesserungen auswiesen, ein Bad oder eine Dusche und in nahezu jede dritte Wohnung eine Toilette eingebaut.

In den Neubauwohnungen sind inzwischen Bad, WC und Sammelheizung Selbstverständlichkeit. In den

50er und teilweise noch den 60er Jahren war dies noch anders. So gab es zum Beispiel 1955 nur in jeder 16. neuerrichteten Wohnung eine Zentralheizung, aber in 88% bereits ein Badezimmer. Insbesondere in den 60er Jahren erhöhte sich der Anteil der zentral-beheizten Wohnungen sprunghaft. 1966 hatten schon gut zwei Drittel der erstellten Wohnungen Zentralheizung.

Sozialer Wohnungsbau noch immer von Bedeutung

Die Beurteilung der Wohnungsmarktsituation erfordert die Einbeziehung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus, der in der gegenwärtigen wohnungspolitischen Situation einen besonderen Stellenwert einnimmt. In Rheinland-Pfalz zählte zunächst über die Hälfte aller im Wohnbau errichteten Wohnungen zur Kategorie der Sozialwohnungen. Im Jahre 1953 waren es 58%, in den Folgejahren bis 1960 zwischen 48 und 34%. Nicht zuletzt trugen die verschiedenen Sonderbauprogramme, vor allem für die Flüchtlinge aus der DDR und die Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten, zu diesem Ergebnis bei. Als nach dem Berliner Mauerbau 1961 diese Binnenwanderung abbrach, liefen die entsprechenden Programme aus. Folge war ein kontinuierlicher Rückgang des Anteils der Sozialwohnungen auf 11% im Jahre 1980. Das stetige Hinauswachsen weiter Bevölkerungsschichten aus den von der Entwicklung der Masseneinkommen überholten Einkommensgrenzen des Sozialwohnungsbaus ist hier ebenfalls zu berücksichtigen.

Die tatsächliche Aktivität der öffentlichen Hand im Wohnungsbau ist jedoch größer als es die Ergebnisse des Ersten Förderungsweges zum Ausdruck bringen. Durch die Auflockerung der Einkommensgrenzen des eigentlichen sozialen Wohnungsbaus wurde ein sogenannter Zweiter Förderungsweg notwendig, der in besonderem Maße auf das Aufwendungsdarlehen abgestellt ist. Diese Förderung hat inzwischen eine Größenordnung erreicht, die der des Ersten Förderungsweges entspricht. So wurden 1979 und 1980 insgesamt 3 008 bzw. 2 582 im traditionellen sozialen Wohnungsbau geförderte Wohnungen bezugsfertig und 2 863 bzw. 2 975 Wohnungen im Zweiten Förderungsweg. Entsprechend konnten allein in den vergangenen acht Jahren nahezu 22 000 neu zu errichtende Wohnungen gefördert werden.

Mehr Wohnungen als Haushalte

Im Frühjahr 1980 gab es in Rheinland-Pfalz 1,36 Mill. Haushalte. Das sind 11,8% mehr als 1970 und 21,6% mehr als 1961. Dieser deutliche Anstieg ist auf die weit überdurchschnittliche Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurückzuführen, deren Zahl im letzten Jahrzehnt um 38 bzw. 24% anstieg. Hier hatten namentlich die Haushaltsneugründungen der unter 25jährigen Personen in den letzten zehn Jahren Zunahmen von über 80%.

Diesen 1,36 Mill. Haushalten standen Ende 1980 nach der Fortschreibung der Ergebnisse der 1968er Gebäude- und Wohnungszählung rund 1,49 Mill. Wohnungen in Rheinland-Pfalz gegenüber. Einen Überhang an Wohnungen weisen auch die aktualisierten Daten der 1%-Wohnungsstichprobe des Jahres 1978 aus. Bezogen auf unser Land gibt es folglich keine Woh-

nungsnot, was nicht ausschließt, daß regionale Engpässe bestehen, die sich in stärkerem Maße auf städtische Bereiche konzentrieren.

1,44 Räume je Einwohner

Im Durchschnitt entfielen Anfang 1981 auf jeden Einwohner 1,44 Räume (Küchen sind dabei nicht mitgezählt). In den Landkreisen waren es 1,47 und in den kreisfreien Städten 1,34. Die Großstädte Mainz (1,18 Räume je Einwohner), Ludwigshafen (1,29) und Koblenz (1,32) weisen zusammen mit Frankenthal (1,31) die niedrigste Versorgung auf. Weit überdurchschnittlich ist der pro Person vorhandene Raum in den Städten Landau (1,52) und Zweibrücken (1,50). Ebenfalls sehr günstig ist die Situation in den Landkreisen Daun (1,66) und Bitburg-Prüm (1,61), während sich für Mayen-Koblenz (1,35) und Mainz-Bingen (1,37) infolge der Randlage zu den Ballungsräumen geringere Relationen errechnen.

Durch die beachtliche Zunahme des Wohnungsbestandes zwischen 1970 und 1980 (+ 22%) bei einer nahezu konstanten Bevölkerungszahl (+ 0,4%) hat sich die je Einwohner errechnete durchschnittliche Raumzahl um 25% oder 0,29 Räume erhöht, und zwar von 1,15 vor zehn Jahren auf 1,44 heute. Innerhalb dieses Zeitraums lagen die Zunahmen in den Kreisen Cochem-Zell (+ 0,42 Räume je Einwohner) und Daun (+ 0,40) am höchsten, in der Stadt Mainz (+ 0,19) und im Kreis Trier-Saarburg (+ 0,21) am niedrigsten.

Günstige Situation in Rheinland-Pfalz

Bei einem Bevölkerungsanteil von 5,9% entfallen von den Ende 1980 im Bundesgebiet ermittelten 11,2 Mill. Wohngebäuden 841 800 oder 7,5% auf Rheinland-Pfalz. Hier dominieren die Ein- und Zweifamilienhäuser mit einem Anteil von 89%. Die Landesquote am gesamten Wohnungsbestand liegt bei 5,9%, die der Räume bei 6,3%. Durch den hohen Anteil der Großraumwohnungen entfallen auf jeden Einwohner 1,44 Räume. Dies ist das günstigste Ergebnis aller Bundesländer.

Auch bei anderen Vergleichswerten nimmt Rheinland-Pfalz in der Wohnungsversorgung einen vorderen Rang ein. Anders als im Bundesgebiet, wo im Durchschnitt 38 Eigentümer- 62 Mietwohnungen gegenüber stehen, gibt es in Rheinland-Pfalz mehr Eigentümer- als Mietwohnungen (51 zu 49). Nach den Ergebnissen der 1%-Wohnungss Stichprobe 1978 weisen die durchschnittlichen Wohnungs- und Raumgrößen und die Belegung ein recht ausgeglichenes Bild auf. Danach haben die bewohnten Wohnungen in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 4,9 Räume gegenüber 4,5 im Bundesgebiet. Während die Fläche je Raum (18,1 m²) dem Bundesmittel entspricht, ist die Fläche je Wohnung

Öffentlich geförderte Wohnungen (Erster Förderungsweg) in neuerrichteten Wohngebäuden 1953 - 1980

Jahr	Fertig-ge-stellte Woh-nungen im Wohn-bau	Öffentlich geförderte Wohnungen ¹⁾				
		zu-sammen	Anteil an den fertig-ge-stellten Woh-nungen	Verän-derung zum Vor-jahr	Brutto-wohn-fläche	veran-schlagte reine Bau-kosten
	Anzahl		%		m ²	DM
1953	21 796	12 569	57,7	.	55,2	14 084
1954	24 032	11 572	48,2	- 7,9	56,8	14 256
1955	25 102	8 728	34,8	- 24,6	60,5	15 666
1956	26 189	9 312	35,6	6,7	62,9	16 962
1957	23 688	8 656	36,5	- 7,0	62,9	18 568
1958	21 056	8 518	40,5	- 1,6	67,6	20 776
1959	25 474	11 029	43,3	29,5	68,5	21 404
1960	25 905	8 884	34,3	- 19,4	69,8	22 123
1961	25 135	5 345	21,3	- 39,8	71,9	23 723
1962	24 213	4 731	19,5	- 11,5	76,9	29 025
1963	26 886	6 968	25,9	47,3	78,6	31 688
1964	27 912	7 433	26,6	6,7	80,0	35 223
1965	27 099	6 407	23,6	- 13,8	81,8	39 156
1966	28 213	6 001	21,3	- 6,3	86,7	45 496
1967	24 660	4 109	16,7	- 31,5	86,6	47 633
1968	24 824	4 617	18,6	12,4	85,7	48 234
1969	24 246	4 817	19,9	4,3	85,4	47 990
1970	22 173	3 268	14,7	- 32,2	88,1	50 977
1971	24 321	3 584	14,7	9,7	90,8	56 298
1972	31 004	3 772	12,2	5,2	88,8	62 433
1973	35 538	4 511	12,7	19,6	89,5	69 376
1974	30 247	4 037	13,3	- 10,5	88,0	74 207
1975	24 235	3 897	16,1	- 3,5	88,2	84 353
1976	22 670	3 605	15,9	- 7,5	95,2	102 920
1977	23 374	3 230	13,8	- 10,4	94,3	109 108
1978	22 288	3 323	14,9	2,9	94,6	116 789
1979	20 534	3 008	14,6	- 9,5	.	.
1980	23 126	2 582	11,2	- 14,2	.	.

1) 1953 - 1978 nur vollgeforderte Baumaßnahmen, 1979 und 1980 in voll- und teilgeforderten Gebäuden einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

(90 m²) und je Person (32,6 m²) beachtlich höher als im Durchschnitt. Die mittlere Wohnungsgröße beträgt im Bundesgebiet 81 m² und die Fläche je Person 31,1 m².

Für das Land ebenso günstig sind die Ergebnisse der Baugenehmigungen des Jahres 1980. Von den Gebäuden bzw. Baumaßnahmen im Wohnbereich lag der rheinland-pfälzische Anteil am Bundesergebnis überdurchschnittlich bei 7,6%, derjenige der Wohnungen bei 7% und der Wohnfläche bei 7,2%. Daß sich auch im Lande die Bautätigkeit abgeschwächt hat, läßt sich an den Ergebnissen der ersten fünf Monate 1981 ablesen. In dieser Zeit stellt sich die Landesquote bei den Gebäuden auf 7,1%, bei den Wohnungen auf 6,8% und bei der Wohnfläche auf 7%.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Die Schaumweinindustrie in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet

Als Schaumwein gilt jedes aus frischen Weintrauben, Traubenmost oder Wein hergestellte alkohol- und kohlenensäurehaltige Getränk, das bei + 20° C einen Kohlendioxiddruck von mindestens 3 Bar aufweist

und beim Öffnen des Behältnisses durch Entweichen von Kohlendioxid gekennzeichnet ist. Für schaumweinähnliche Getränke treffen die gleichen Eigenschaften zu, nur werden diese aus Obst- oder Frucht-

Betriebe, Beschäftigung und Umsatz der Sektindustrie 1950 – 1981
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Be- triebe	Beschäftigte		Lohn- und Gehaltssumme			Umsatz				
		ins- gesamt	je Betrieb	ins- gesamt	je Beschäf- tigten	Anteil am Umsatz	ins- gesamt	je Betrieb	je Beschäf- tigten	Ausland	
		Anzahl		1 000 DM	DM	%	1 000 DM		DM	zu- sammen 1 000 DM	Export- quote %
1950	17	752	44	1 852	2 463	7,6	24 351	1 432	32 382	1 900	7,8
1960	22	1 547	70	7 310	4 725	6,7	109 005	4 955	70 462	1 628	1,5
1965	28	2 184	78	16 167	7 402	4,8	334 504	11 947	153 161	3 329	1,0
1970	23	1 999	87	23 455	11 733	6,4	367 121	15 962	183 652	19 995	5,4
1971	21	2 005	95	26 884	13 408	6,5	410 719	19 558	204 847	16 977	4,1
1972	22	1 899	86	28 493	15 004	6,0	476 690	21 668	251 022	22 423	4,7
1973	21	1 820	87	30 758	16 900	6,0	511 192	24 342	280 875	21 306	4,2
1974	19	1 530	81	29 123	19 035	6,3	462 751	24 355	302 452	8 507	1,8
1975	18	1 465	81	29 586	20 195	5,9	504 256	28 014	344 202	8 674	1,7
1976	17	1 432	84	31 626	22 085	5,3	592 691	34 864	413 890	11 571	2,0
1977	16	1 445	90	34 188	23 660	5,6	606 151	37 884	419 482	34 561	5,7
1978	19	1 528	80	37 565	24 584	6,0	621 085	32 689	406 469	37 493	6,0
1979	18	1 479	82	38 842	26 262	5,7	680 947	37 830	460 410	42 952	6,3
1980	18	1 491	83	41 595	27 897	5,8	720 856	40 048	483 471	58 398	8,1
1981	17	1 482	87	47 634	32 142	5,8	824 976	48 528	556 664	65 087	7,9

mosten bzw. aus Obst- oder Fruchtweinen hergestellt. Qualitätsschaumwein (Sekt) ist inländischer oder ausländischer Schaumwein gehobener Güte. Er enthält mindestens 10% Alkohol und weist einen Druck von mindestens 3,5 Bar auf. Die Lagerzeit im Herstellungsbetrieb muß wenigstens neun Monate betragen.

Jeder zweite Sekthersteller in Rheinland-Pfalz

Im Jahre 1980 waren im Bundesgebiet 39 weinverarbeitende Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten tätig, darunter 32 Schaumweinhersteller. Von den letztgenannten war über die Hälfte (17) in Rheinland-Pfalz ansässig. Auch der Vergleich der Produktions-

verhältnisse in den Jahren 1970 und 1975 zeigt, daß 55% bzw. 56% aller deutschen Schaumwein- bzw. Sekthersteller Rheinland-Pfalz als Standort gewählt hatten.

Die Zahl aller Weinverarbeitungsbetriebe, also einschließlich der Produktionsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten ging in Rheinland-Pfalz von 44 im Jahre 1970 auf 38 im Jahre 1975 und 31 im Jahre 1980 zurück. Diese Betriebe sind fast ausnahmslos in den klassischen Weinanbaugebieten Mosel, Rheinhessen und Pfalz angesiedelt, wobei die größeren Betriebe hauptsächlich an der Mosel zu finden sind.

Standorte der Sektindustrie 1980
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Standort	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Umsatz	
			ins- gesamt	Aus- land
		Anzahl	1 000 DM	
Koblenz	2	} 482	117 479	.
Bad Kreuznach	1			
Briedern	1	} 277	96 218	.
Alf	1			
Zell	1			
RB Koblenz	6	759	213 697	36 080
Trier	3	} 245	245 220	22 155
Reil	1			
RB Trier	4	245	245 220	22 155
Mainz	2	} 204	95 408	.
Bacharach	1			
Mommenheim	1	} 283	166 531	.
Neustadt a.d. Weinstr.	1			
Speyer	1			
Wachenheim a.d. Weinstr.	1			
Böchingen	1			
RB Rheinhessen-Pfalz	8	487	261 939	163
Rheinland-Pfalz	18	1 491	720 856	58 398

40% der Beschäftigten in der Schaumweinindustrie in Rheinland-Pfalz

Die Beschäftigtenzahlen in der Weinverarbeitungsindustrie sind im vergangenen Jahrzehnt rückläufig. Während im Jahre 1970 in den rheinland-pfälzischen Betrieben noch 2 139 Personen tätig waren, verringerte sich deren Zahl bis 1980 um 26,6% auf 1 570. Bei den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ging der Personaleinsatz im gleichen Zeitraum um über 25% auf 1 491 zurück. Im Jahre 1980 beschäftigten die rheinland-pfälzischen Betriebe 40% aller in der Weinverarbeitungsbranche im Bundesgebiet Tätigen.

Durch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen konnte trotz eines beträchtlichen Beschäftigtenrückganges die Produktion in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erheblich ausgeweitet werden. Die hohe Investitionstätigkeit in diesen Jahren zeigt sich in Zugängen zwischen 80% und 90% bei Maschinen und maschinellen Anlagen sowie bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung. So wurden in den Jahren 1976 knapp 14 Mill. DM, 1977 nahezu 20 Mill. DM, 1978 rund 15 Mill. DM und 1979 weitere 30 Mill. DM investiert. Damit errechnet sich in diesem Zeitraum eine Investitionsquote je Beschäftigten zwischen 10 000 und 20 000 DM, während im gesamten verarbeitenden Gewerbe in dieser Zeit etwa 7 000 DM pro Kopf investiert wurden.

56% der deutschen Schaumweinproduktion aus Rheinland-Pfalz

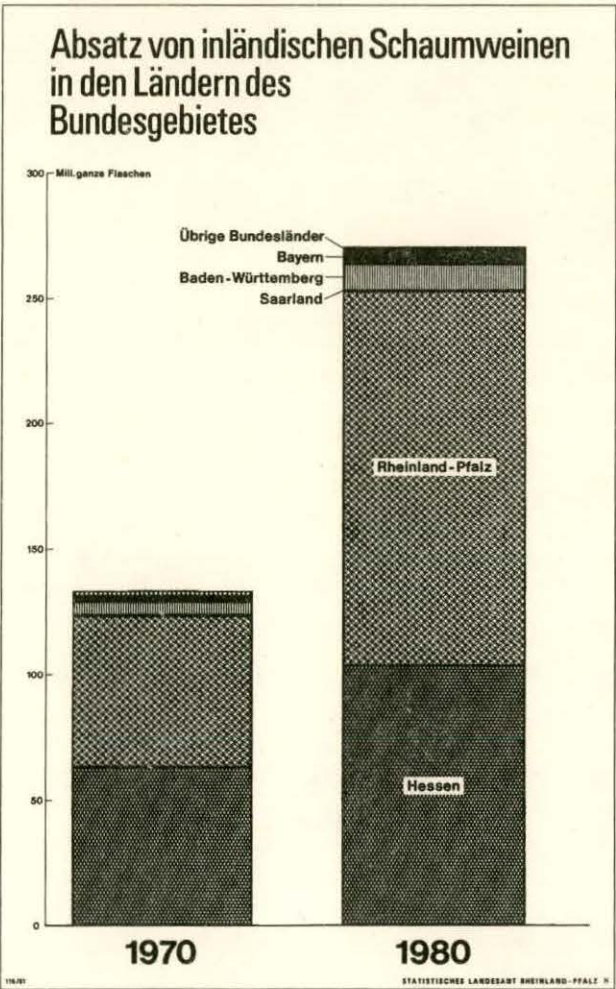
Die erfolgreichen Rationalisierungsmaßnahmen der rheinland-pfälzischen Sektellereien zeigen sich auch darin, daß die Produktionskosten des Schaumweins von 3,78 DM je Liter im Jahre 1970 auf 3,04 DM je Liter im Jahre 1980 gesunken sind (— 20%). Die Produktionsmenge hat im gleichen Zeitraum von 48 Mill. Litern im Jahre 1970 auf 112 Mill. Liter zugenommen (+ 135%). Gleichzeitig stieg der rheinland-pfälzische Anteil an der gesamten deutschen Sektproduktion von 47% auf rund 56%. Eine solche Entwicklung ist nur durch eine Änderung der Verbrauchsgewohnheiten möglich. Der stärkere Einstieg in einkommensschwächere Verbrauchergruppen wurde durch das verstärkte Angebot von Sekten der unteren Preislagen erleichtert. Das Nachbarland Hessen war im Jahre 1970 mit 48% an der gesamten deutschen Schaumweinherstellung beteiligt, 1980 waren es noch knapp 39%.

145%ige Absatzsteigerung im letzten Jahrzehnt

Der in Rheinland-Pfalz hergestellte Sekt wird nur in geringem Umfang exportiert. Dieses Getränk wurde in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland immer beliebter. Während im Jahre 1970 in der Bundesrepublik erst 137 Mill. Flaschen Schaumwein verkauft wurden, so waren es 1975 bereits 202 Mill. und im Jahre 1980 sogar fast 280 Mill. Flaschen. Das entspricht einer Absatzsteigerung zwischen 1970 und 1980 von über 100%. Noch günstiger war das Ergebnis im gleichen Zeitraum für die rheinland-pfälzischen Schaumweinhersteller. Mit 62 Mill. verkauften Flaschen im Jahre 1970 und 152 Mill. Flaschen im Jahre 1980 konnte der Absatz um 145% ausgeweitet werden. Damit stieg der Absatzanteil der heimischen Kellereien an der deutschen Sektproduktion von 45% im Jahre 1970 auf über 54% im Jahre 1980.

1980 mehr als 0,5 Mrd. DM Sektsteuer

Die günstige Entwicklung spiegelt sich in den Umsatzzahlen der rheinland-pfälzischen Weinverarbeitungsbranche wider. Diese Betriebe konnten ihren Umsatz von 367 Mill. DM im Jahre 1970 auf 720 Mill.



DM im Jahre 1980 fast verdoppeln. In den Verkaufserlösen von 720 Mill. DM waren 200 Mill. DM Sektsteuer enthalten. Die Steuern auf Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken brachten im Jahre 1980 insgesamt 542 Mill. DM in die Bundeskasse.

Anhand der versteuerten Mengen an Schaumweinen läßt sich der Importanteil ermitteln. So wurden im Jahre 1970 über 16 Mill. Flaschen Schaumwein ins

Betriebe und Beschäftigte der Sektindustrie im September 1952 – 1980
(Alle Betriebe)

Jahr	Betriebe							Beschäftigte						
	ins-gesamt	mit ... Beschäftigten						ins-gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten					
		1	10	20	50	100	200 und mehr		1	10	20	50	100	200 und mehr
1952	37	17	8	8	2	2	–	874	63	108	248	455	–	–
1960	34	10	7	8	5	2	2	1 608	46	122	268	380	792	–
1965	50	19	10	9	6	3	3	2 397	111	152	276	434	354	1 070
1970	44	19	6	10	3	3	3	2 139	87	97	329	243	405	978
1971	44	19	6	10	2	4	3	2 148	73	100	314	690	–	971
1972	43	18	5	11	2	5	2	1 933	64	75	317	1 477	–	–
1973	43	19	5	10	3	4	2	1 958	74	80	304	238	1 262	–
1974	40	18	5	9	4	2	2	1 628	65	94	263	302	904	–
1975	38	16	5	10	3	2	2	1 570	58	91	303	226	892	–
1976	37	15	7	8	3	3	1	1 550	54	126	247	217	906	–
1977	36	10	6	10	5	4	1	1 611	37	91	270	316	897	–
1978	34	11	5	10	3	4	1	1 644	53	75	324	214	978	–
1979	32	10	3	11	3	4	1	1 586	47	39	348	237	915	–
1980	31	11	2	10	3	4	1	1 570	79	–	326	242	923	–

Sektproduktion und Steuersoll im Bundesgebiet 1970 - 1980

Land Erzeugung	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Sektproduktion (1 000 l)							
Rheinland-Pfalz	47 793	62 802	71 254	78 294	91 203	99 364	112 107
Hessen	49 072	70 232	85 192	95 998	84 709	95 509	78 145
Baden-Württemberg	3 002 ¹⁾	3 802	3 982	5 035	5 060	6 456	6 808
Bayern	2 363	2 240	2 599	2 834	3 028	4 079	4 616
Bundesgebiet	102 230	139 076	163 027	182 161	184 000	205 408	201 676
Steuersoll (1 000 DM)							
Schaumwein	225 185	362 372	415 270	433 544	455 824	499 826	538 240
Schaumweinähnliche Getränke	4 238	4 106	3 767	4 148	4 016	4 009	3 585
I n s g e s a m t	229 423	366 477	419 037	437 692	459 840	503 835	541 824

1) Einschl. Hamburg.

Bundesgebiet eingeführt, was einem Marktanteil von 11% entspricht. In Rheinland-Pfalz ansässige Importeure bezogen mit 900 000 Flaschen 5,5% der Gesamteinfuhr. Bis 1980 stiegen die bundesdeutschen Schaumweinbezüge aus dem Ausland über 400% auf 88 Mill. Flaschen. Damit hat der Importsekt einen Marktanteil von nahezu 25% erreicht. In Rheinland-Pfalz nahm im gleichen Zeitraum die Einfuhr ausländischer Schaumweine auf über 18 Mill. Flaschen zu. Damit entfielen 21% der Gesamteinfuhr auf unser Bundesland. Exportiert wurden 1980 aus dem Bundesgebiet 8 Mill. Flaschen Sekt. Das ist weniger als der zehnte Teil der Importe. Insgesamt stieg der Inlands-

verbrauch von 150 Mill. Flaschen im Jahre 1970 um 140% auf 360 Mill. im Jahre 1980.

Ob und in welchem Umfang sich der Sektabsatz nach der beabsichtigten Erhöhung der Sektsteuer im kommenden Jahr verändern wird, ist derzeit kaum zu sagen. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß der Verbraucher auf solche Preiserhöhungen empfindlich reagiert. Die zum 1. Januar 1966 in Kraft getretene Erhöhung der Sektsteuer von 1 DM auf 1,50 DM bewirkte damals zunächst einen nachhaltigen Absatzrückgang. Erst Anfang der 70er Jahre konnten die deutschen Sekthersteller das Produktionsergebnis von 1965 wieder erreichen.

Dipl.-Betriebswirt (FH) F.-J. Merz

Absatz von Schaumwein im Bundesgebiet 1970 - 1980
(versteuerte Menge)

Land	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
1 000 ganze Flaschen											
Insgesamt											
Rheinland-Pfalz	60 650	70 999	76 881	86 976	85 676	100 919	114 936	125 031	135 613	154 169	167 203
Hessen	64 137	77 257	86 397	91 699	103 421	98 305	113 344	112 580	112 112	113 515	108 980
Saarland	10 251	11 093	9 388	9 159	9 844	10 373	10 117	9 581	9 144	7 499	8 122
Baden-Württemberg	6 923	8 609	9 410	9 196	8 822	9 256	10 891	10 441	11 186	13 418	14 684
Bayern	3 057	3 489	3 615	4 153	5 731	7 798	11 508	14 139	16 377	24 233	33 559
Übrige Länder	4 679	7 238	10 009	12 703	13 293	14 930	16 051	17 257	19 468	20 383	26 278
Bundesgebiet	149 697	178 685	195 700	213 886	226 787	241 581	276 847	289 029	303 900	333 217	358 826
Inland											
Rheinland-Pfalz	59 744	67 685	71 501	79 110	76 153	89 048	99 681	111 229	122 627	137 632	148 838
Hessen	63 321	75 995	84 993	90 386	101 811	95 706	109 366	107 572	106 574	106 705	103 875
Saarland	1 156	1 223	1 438	1 138	1 061	1 113	1 368	1 273	1 105	888	1 069
Baden-Württemberg	4 872	5 743	6 376	6 417	6 448	6 835	7 496	7 678	8 335	9 634	9 978
Bayern	2 744	2 890	2 766	2 635	2 665	3 067	3 392	3 549	4 173	4 755	6 026
Übrige Länder	1 244	1 227	1 199	2 528	1 714	1 412	1 436	1 036	957	797	645
Bundesgebiet	133 081	154 763	168 273	182 214	189 852	197 181	222 739	232 337	243 771	260 411	270 431
Ausland (Import)											
Rheinland-Pfalz	906	3 314	5 380	7 866	9 523	11 871	15 255	13 802	12 986	16 537	18 365
Hessen	816	1 262	1 404	1 313	1 610	2 599	3 978	5 008	5 538	6 810	5 105
Saarland	9 095	9 870	7 950	8 021	8 783	9 260	8 749	8 308	8 039	6 611	7 053
Baden-Württemberg	2 051	2 866	3 034	2 779	2 374	2 421	3 395	2 763	2 851	3 784	4 706
Bayern	313	599	849	1 518	3 066	4 731	8 116	10 590	12 204	19 478	27 533
Übrige Länder	3 435	6 011	8 810	10 175	11 579	13 518	14 615	16 221	18 511	19 586	25 633
Bundesgebiet	16 616	23 922	27 427	31 672	36 935	44 400	54 108	56 692	60 129	72 806	88 395

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober		Juli	August	September	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 632	3 639	3 643	3 643	3 644	3 642	3 643
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 896	1 939	3 039	2 052	1 910	2 523 ^p	2 414 ^p	2 084 ^p	1 794 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	9,8	6,9	6,2	8,2 ^p	7,8 ^p	7,0 ^p	5,8 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 900	3 104	3 210	3 198	3 028	3 339 ^p	3 229 ^p	3 440 ^p	2 967 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,2	10,4	10,7	9,8	10,8 ^p	10,4 ^p	11,5 ^p	9,6 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 592	3 631	3 494	3 360	3 789	3 635 ^p	3 623 ^p	3 430 ^p	3 653 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	12,0	11,3	11,2	12,2	11,8 ^p	11,7 ^p	11,5 ^p	11,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	36	40	39	32	39	33 ^p	34 ^p	39 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,6	12,9	12,1	10,2	12,4	10,0 ^p	10,4 ^p	11,9 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 692	- 527	- 284	- 162	- 761	- 296 ^p	- 394 ^p	10 ^p	- 686 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,3	- 1,7	- 0,9	- 0,5	- 2,5	- 1,0 ^p	- 1,3 ^p	0,0 ^p	- 2,2 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 947	8 551	9 794	10 263	10 915	9 370	9 102
Ausländer	Anzahl	2 253	2 603	3 141	3 336	2 882	2 183	2 394
Erwerbspersonen	Anzahl	4 182	4 621	4 818	5 275	5 287	4 921	4 778
* Fortgezogene	Anzahl	7 110	7 250	7 406	9 071	9 434	7 979	7 925
Ausländer	Anzahl	1 500	1 586	1 729	2 075	1 765	1 667	1 755
Erwerbspersonen	Anzahl	4 014	4 208	4 192	5 189	4 855	4 786	4 542
* Wanderungssaldo	Anzahl	837	1 301	2 388	1 192	1 481	1 391	1 177
Ausländer	Anzahl	754	1 017	1 412	1 261	1 117	516	639
Erwerbspersonen	Anzahl	168	414	626	86	432	135	236
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 515	11 176	13 254	13 202	13 852	12 802	13 073
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	48 262	50 144	48 973	46 728	49 964	70 565	70 504	68 405	74 175
* Männer	Anzahl	23 121	24 008	21 585	20 584	22 091	33 695	33 335	32 176	35 781
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 396	1 236	683	706	728	1 001	1 090	1 047	1 103
Bauberufe	Anzahl	2 064	2 421	1 699	1 669	2 007	3 397	3 362	3 464	4 231
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 031	17 979	16 469	16 120	17 550	25 755	25 766	25 146	27 240
Arbeitslosenquote	%	3,7	3,8	3,7	3,5	3,8	5,3	5,3	5,1	5,6
Offene Stellen	Anzahl	15 375	15 683	16 046	14 858	14 175	11 308	10 668	9 556	8 319
Männer	Anzahl	10 052	10 047	10 266	9 651	9 004	6 977	6 738	6 266	5 365
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	587	485	474	582	559	483	404	487	398
Bauberufe	Anzahl	1 366	1 029	1 145	1 030	899	723	711	682	518
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 198	6 281	6 353	5 841	5 381	3 864	3 793	3 300	2 833
Kurzarbeiter	Anzahl	4 731	8 558	4 358	9 648	13 152	9 357	11 648	18 989	22 749
Männer	Anzahl	3 095	6 245	2 879	6 908	9 202	6 804	8 205	13 963	16 345
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	673
* Milchkühe	1 000	236	235
* Schweine	1 000	687	695	760	.	.	.	696	.	.
Mastschweine	1 000	238	243	242	.	.	.	220	.	.
* Zuchtsauen	1 000	79	78	84	.	.	.	79	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	51	49	53	.	.	.	50	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 621	16 413	15 770	16 666	19 258	14 635	15 751	17 473	19 392
* Kälber	Anzahl	393	369	388	389	333	277	320	314	331
* Schweine	Anzahl	109 399	113 707	108 546	116 613	119 004	104 683	112 048	103 765	112 989
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 917	12 411	5 253	7 211	11 859	5 615	5 489	7 453	10 192
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 593	14 061	13 314	14 183	15 205	12 634	13 426	13 217	14 605
* Kälber	t	4 633	4 806	4 557	4 789	5 517	4 230	4 469	4 892	5 439
* Schweine	t	38	36	35	39	36	26	32	31	32
* Geflügel	t	8 836	9 134	8 662	9 271	9 556	8 291	8 829	8 197	9 028
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	49	59	80	65	.	24	24	28	39
Milch										
* Milchherzeugung	1 000 t	79	80	83	77	76	86	81	75	72
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	95,0	95,6	95,3	94,3	95,7	95,5	95,3	94,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	11,1	11,4	10,9	10,4	11,8	11,1	10,6	9,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 899	2 898	2 893	2 901	2 892	2 890	2 891	2 891
* Beschäftigte	1 000	392	397	400	401	399	391	394	393	392
* Arbeiter 2)	1 000	278	282	284	284	283	276	278	277	276
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 261	40 135	38 463	41 914	43 989	36 205	38 368	41 321	41 342
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 006	1 082	1 037	1 029	1 072	1 131	1 068	1 068	1 098
* Löhne	Mill. DM	618	664	646	637	683	708	658	656	688
* Gehälter	Mill. DM	388	418	391	392	389	423	410	412	410
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	82	75	68	84	79	72	85	92
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	143	148	132	153	167	180	177	180	178
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	173	130	128	162	105	109	109	138
* leichtes Heizöl	1 000 t	28	23	16	16	23	12	13	14	19
* schweres Heizöl	1 000 t	171	150	115	112	139	93	96	95	119
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 009	992	949	966	1 030	981	974	991	1 030
* Stromerzeugung	Mill. kWh	274	258	208	202	228	194	185	194	211
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 478	5 996	5 428	6 191	6 497	5 989	5 969	6 533	6 631
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 599	1 817	1 552	1 827	1 911	2 112	2 187	2 310	2 360
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	133	134	124	132	139	120	130	137	142 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	137	138	124	133	142	123	131	139	145 ^P
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	134	135	122	131	139	121	129	138	142
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	134	129	119	125	130	122	127	135	135
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	105	116	117	119	105	111	118	111
Chemische Industrie	1970 = 100	135	123	105	112	120	111	114	126	125
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	138	145	125	140	156	129	133	144	160
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	140	144	124	138	151	118	135	146	161
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	123	126	118	127	128	102	120	123	127
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	61	66	69	66	52	66	68	69
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	151	155	142	145	159	135	145	166	158
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	111	115	126	122	125	101	126	125	125
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	106	104	.	104	.	.	.	103	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	121	133	.	133	.	.	.	133	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	307	310	214	216	359	202	241	245	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 060	2 123	1 671	2 005	2 274	2 072	1 949	2 088	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	799	870	516	742	971	843	735	860	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 550	1 545	1 356	1 464	1 641	1 417	1 439	1 456	...
* Gaserzeugung	Mill. kWh	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	...
Gasbezug	Mill. cbm	300	310	193	235	315	223	236	247	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	281	283	174	213	296	216	229	238	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	73 875	75 413	76 179	76 116	76 109	73 912 ^P	74 466 ^P	74 302 ^P	74 600
Facharbeiter	Anzahl	40 132	40 026	40 041	40 171	40 330	39 536 ^P	39 565 ^P	39 452 ^P	39 046
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 970	17 596	18 102	18 031	17 654	17 007 ^P	17 049 ^P	16 943 ^P	17 519
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 665	9 412	10 321	10 783	11 134	8 773 ^P	9 995 ^P	10 402 ^P	10 438
Privater Bau	1 000	5 950	5 969	6 268	6 663	6 907	5 332 ^P	6 094 ^P	6 272 ^P	6 535
Wohnungsbau	1 000	4 036	3 932	4 208	4 400	4 491	3 335 ^P	3 957 ^P	4 042 ^P	4 152
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	76	71	72	94	103	43 ^P	62 ^P	69 ^P	125
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 838	1 966	1 988	2 169	2 313	1 954 ^P	2 075 ^P	2 161 ^P	2 258
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 715	3 443	4 053	4 120	4 227	3 441 ^P	3 901 ^P	4 130 ^P	3 903
Hochbau	1 000	766	707	783	820	856	665 ^P	770 ^P	817 ^P	850
Tiefbau	1 000	2 949	2 736	3 270	3 300	3 371	2 776 ^P	3 131 ^P	3 313 ^P	3 053
Straßenbau	1 000	1 687	1 486	1 797	1 830	1 907	1 485 ^P	1 748 ^P	1 827 ^P	1 668
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	178	187	197	200	196 ^P	192 ^P	201 ^P	198
* Löhne	Mill. DM	143	154	163	173	176	171 ^P	167 ^P	175 ^P	172
* Gehälter	Mill. DM	23	24	24	24	24	25 ^P	25 ^P	26 ^P	26
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	433	552	551	664	705	498 ^P	559 ^P	613 ^P	654

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 336	1 304	1 268	1 184	1 151	1 249	1 183	1 009	893
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 016	945	896	810	794	862	756	658	536
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	265	297	312	304	285	340	355	292	292
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	62	60	70	72	47	72	59	65
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 306	1 311	1 235	1 175	1 218	1 247	1 226	1 042	968
* Wohnfläche	1 000 qm	212	210	197	190	197	202	202	170	165
* Wohnräume	Anzahl	9 912	9 857	9 409	8 831	9 286	9 426	9 447	7 991	7 816
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	314	340	321	309	326	352	355	299	287
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	5	6	2	8	10	2	3	2
Unternehmen	Anzahl	198	200	186	177	165	204	149	136	142
Private Haushalte	Anzahl	1 135	1 100	1 076	1 005	978	1 035	1 032	870	749
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	218	226	216	231	253	166	215	207	196
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	879	798	692	868	853	883	818	1 108
* Nutzfläche	1 000 qm	147	157	143	122	158	134	139	147	176
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	122	166	135	116	149	127	148	131	256
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	31	39	39	39	46	28	40	26	30
Unternehmen	Anzahl	136	157	126	173	184	135	169	180	164
Private Haushalte	Anzahl	51	31	51	19	23	3	6	1	2
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 076	2 224	2 020	1 940	2 332	2 066	2 262	1 847	1 935
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 552	1 807	1 514	1 851	1 986	2 228	1 962	2 439	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	89	104	99	117	118	133	110	126	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 463	1 703	1 415	1 734	1 868	2 095	1 851	2 313	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	17	17	20	20	22	19	21	...
* Halbwaren	Mill. DM	101	98	75	110	100	141	128	115	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 347	1 588	1 324	1 604	1 748	1 933	1 704	2 177	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	492	536	450	490	564	591	549	627	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	855	1 052	877	1 114	1 184	1 342	1 155	1 549	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	760	837	624	880	920	857	779	928	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	129	136	109	143	147	143	140	141	...
Dänemark	Mill. DM	31	30	29	31	31	26	32	38	...
Frankreich	Mill. DM	214	250	171	269	282	256	215	289	...
Griechenland	Mill. DM	19	19	19	18	17	22	23	21	...
Großbritannien	Mill. DM	110	115	84	119	121	129	127	141	...
Irland	Mill. DM	8	7	4	6	7	8	7	9	...
Italien	Mill. DM	125	154	88	152	177	148	98	161	...
Niederlande	Mill. DM	124	126	119	140	137	125	136	128	...
Österreich	Mill. DM	71	86	81	100	102	86	91	104	...
Schweiz	Mill. DM	72	85	73	92	96	85	95	102	...
USA und Kanada	Mill. DM	81	80	65	77	82	97	97	106	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	275	395	357	405	444	748	577	822	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	89	101	106	84	98	101	90	73	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 132	1 412	1 237	1 471	1 452	1 494	1 485	1 604	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	155	168	139	138	192	175	163	190	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	977	1 244	1 098	1 332	1 260	1 319	1 322	1 414	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	605	712	625	684	739	741	701	799	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	154	179	135	165	185	194	165	175	...
Dänemark	Mill. DM	10	12	10	14	14	8	7	15	...
Frankreich	Mill. DM	166	199	157	195	211	184	158	202	...
Griechenland	Mill. DM	4	7	8	8	9	8	5	6	...
Großbritannien	Mill. DM	32	54	66	47	56	33	36	42	...
Irland	Mill. DM	3	6	6	5	11	5	2	3	...
Italien	Mill. DM	101	108	92	100	122	137	108	157	...
Niederlande	Mill. DM	135	147	150	151	131	171	219	199	...
Österreich	Mill. DM	34	48	44	47	50	50	45	52	...
Schweiz	Mill. DM	21	23	18	24	24	27	16	26	...
USA und Kanada	Mill. DM	74	100	69	125	106	114	90	113	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	272	393	370	428	378	343	402	404	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	41	44	38	68	64	85	108	106	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	108	107	108	108
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	208	220	202	209	236
Waren verschiedener Art	1970 = 100	226	241	215	210	248
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	201	220	213	206	230
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	182	195	154	187	244
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	217	224	205	225	259
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	189	204	182	190	206
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	209	198	159	177	199
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	139	127	132	148
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	140	148	142	138	156
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	113	115	91	109	142
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	143	138	125	137	157
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	141	139	123	129	139
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	142	127	102	113	128
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	104	100	101
Teilbeschäftigte	1970 = 100	134	136	142	138	142
* Umsatz	1970 = 100	148	153	178	200	181
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	164	172	218	247	229
Gaststättengewerbe	1970 = 100	136	140	149	167	146
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	407	420	582	663	656	552	588
* Ausländer	1 000	69	76	153	117	83	142	148
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 529	1 566	2 406	2 368	2 149	2 412	2 571
* Ausländer	1 000	210	242	523	341	242	508	522
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 656	1 613	1 563	1 682	1 773	1 655	1 631	1 579	...
* Güterversand	1 000 t	1 498	1 502	1 451	1 566	1 776	1 454	1 451	1 559	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 383	13 420	10 463	11 994	12 885	13 425	9 902	11 750	12 648
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	642	740	621	357	191	1 684	1 324	1 053	731
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	12 575	11 516	8 931	10 560	11 466	10 806	7 837	9 773	10 994
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	689	556	695	706	524	462	537	532
Zugmaschinen	Anzahl	375	367	264	282	408	303	219	306	311
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 152	9 237	9 047	9 712	10 441	8 169	9 445	9 408	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 898	1 931	2 276	2 299	2 094	1 912	2 293	2 165	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 253	7 306	6 771	7 413	8 347	6 257	7 152	7 243	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 650	2 676	3 204	3 132	2 862	2 600	3 078	2 909	...
* Getötete	Anzahl	67	70	76	93	81	61	66	62	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	34	27	51	39	22	29	34	...
Fußgänger	Anzahl	14	15	13	15	18	11	8	7	...
* Verletzte	Anzahl	2 583	2 606	3 128	3 039	2 781	2 539	3 012	2 847	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 481	1 477	1 565	1 447	1 533	1 252	1 462	1 462	...
Fußgänger	Anzahl	268	259	269	280	292	173	255	217	...
Schwerverletzte	Anzahl	830	835	999	1 043	851	845	997	868	...
Pkw - Insassen	Anzahl	427	417	426	431	412	357	434	390	...
Fußgänger	Anzahl	118	118	116	129	131	70	112	85	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	52 902	58 422	55 989	56 792	57 071	61 487	61 627	62 439	62 697
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	51 851	57 122	54 740	55 531	55 813	60 168	60 296	61 079	61 256
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	42 125	46 964	44 874	45 582	45 731	49 302	49 412	50 010	50 104
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 726	10 157	9 866	9 950	10 082	10 866	10 884	11 069	11 151
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	11 102	12 527	11 811	12 261	12 075	13 267	13 157	13 686	13 546
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 786	12 163	11 498	11 892	11 695	12 729	12 707	13 032	12 929
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	316	364	313	370	379	538	450	654	617
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 365	6 955	6 652	6 729	6 837	7 551	7 612	7 767	7 827
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 321	5 918	5 637	5 715	5 821	6 178	6 151	6 234	6 247
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 044	1 037	1 015	1 014	1 016	1 373	1 461	1 533	1 581
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	34 384	37 640	36 277	36 541	36 902	39 350	39 527	39 626	39 882
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	26 018	28 883	27 739	27 975	28 216	30 395	30 554	30 744	30 928
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 366	8 756	8 538	8 566	8 686	8 955	8 973	8 882	8 954
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	45 323	48 947	46 962	46 616	46 957	49 451	49 877	49 493	49 778
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 183	7 299	7 198	6 874	7 065	6 743	7 064	6 761	6 932
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 680	6 793	6 660	6 415	6 580	6 258	6 467	6 631	6 482
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	503	506	539	458	485	485	597	430	450
* Termineinlagen	Mill. DM	11 866	15 091	14 660	14 674	14 774	17 920	18 158	18 170	18 299
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	10 705	13 717	13 146	13 141	13 421	16 442	16 636	16 639	16 902
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 160	1 374	1 514	1 533	1 353	1 478	1 521	1 531	1 397
* Spareinlagen	Mill. DM	26 275	26 556	25 104	25 068	25 118	24 787	24 655	24 562	24 547
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 201	15 290	14 506	14 461	14 462	14 257	14 193	14 144	14 143
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 202	1 286	1 070	1 043	1 207	1 514	1 186	1 224	1 261
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 147	1 266	1 003	1 081	1 157	1 786	1 318	1 323	1 275
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	35	37	39	43	32	51	63	73	48
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	10 005	13 883	6 307	26 414	6 123	33 878	36 328	55 937	8 714
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	1	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	834	919	983	886	927	1 146	1 093	1 013	1 141
* Wechselsumme	1 000 DM	5 184	6 823	27 661	12 798	7 208	8 484	9 564	7 825	7 399
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 021 729	1 119 293	1 129 544	1 308 982	798 040	906 076	1 132 348	1 203 965	850 366
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	701 283	773 282	786 629	1 017 791	445 630	581 389	789 369	965 023	464 119
Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	416 416	515 079	689 951	403 857	401 909	457 355	727 976	400 764	417 814
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	67 459	108 527	267 783	-	-	-	275 186	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	161 587	154 712	12 751	435 010	30 138	15 779	- 17 135	385 340	22 070
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	13 410	16 351	12 313	17 770	4 154	87 649	19 704	9 827	5 522
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	109 870	87 141	71 614	161 154	9 429	20 606	58 824	169 092	18 713
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	25 899	13 731	65 032	-	-	-	30 757	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	320 446	346 011	342 915	291 191	352 410	324 687	342 979	238 942	386 247
* Umsatzsteuer	1 000 DM	221 286	228 992	220 054	188 664	253 120	211 568	213 803	130 217	254 895
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	99 160	117 019	122 861	102 527	99 290	113 119	129 176	108 725	131 352
* Bundessteuern	1 000 DM	137 390	154 241	158 355	140 436	121 151	136 602	125 933	137 536	150 386
* Zölle	1 000 DM	8 624	9 232	10 284	7 438	8 998	7 760	10 769	8 138	10 238
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	126 386	133 812	146 164	131 326	109 320	126 518	112 854	127 615	137 863
* Landessteuern	1 000 DM	72 986	67 563	98 666	62 077	63 049	73 902	95 168	61 234	61 867
Vermögensteuer	1 000 DM	15 501	14 826	38 883	3 991	2 057	7 512	41 629	5 847	4 255
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	40 047	34 028	42 444	40 298	43 009	47 923	35 712	37 314	40 040
* Biersteuer	1 000 DM	6 242	6 387	6 775	7 306	6 990	7 622	7 313	7 325	7 114
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	468 559	491 895	.	492 027
Grundsteuer A	1 000 DM	8 016	8 046	.	10 073
Grundsteuer B	1 000 DM	69 308	71 639	.	88 980
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	333 622	367 982	.	354 802
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	21 658	5 573	.	788
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	25 393	27 940	.	28 135

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	683 252	728 650	728 655	781 745	588 230	642 578	696 826	734 178	631 502
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	309 411	335 700	337 722	444 741	189 411	253 842	338 476	422 731	198 208
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	216 307	233 563	231 474	196 559	237 883	214 247	231 180	173 913	241 897
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	1 103	9	39 785	37 887	1 237	- 2	41 011
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	536 057	565 662	581 864	640 071	429 199	507 488	586 059	620 447	450 945
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	308 085	334 313	335 002	442 650	187 707	252 603	335 340	419 473	197 416
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	134 843	149 640	147 093	135 335	138 658	143 096	154 314	139 742	150 651
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	1 103	9	39 785	37 887	1 237	- 2	41 011
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	593 880	705 455	.	702 538
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	216 181	281 635	.	270 774
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	242 761	299 907	.	294 539
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	110,9	117,0	117,7	117,7	117,9	124,4	124,8	125,4	125,8
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	113,6	112,9	112,5	118,5	117,9	118,3	119,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	121,1	134,1	136,1	.	.	143,4	.	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	516	545	.	.	550	584
* Männliche Arbeiter	DM	554	582	.	.	588	620
* Facharbeiter	DM	586	617	.	.	623	656
* Angelernte Arbeiter	DM	530	555	.	.	560	587
* Hilfsarbeiter	DM	453	475	.	.	483	507
* Weibliche Arbeiter	DM	366	388	.	.	390	420
* Hilfsarbeiter	DM	354	373	.	.	373	402
Bruttostundenverdienste	DM	12,28	13,08	.	.	13,26	14,01
* Männliche Arbeiter	DM	12,99	13,80	.	.	13,98	14,74
* Facharbeiter	DM	13,70	14,54	.	.	14,74	15,54
* Angelernte Arbeiter	DM	12,46	13,22	.	.	13,39	13,98
* Hilfsarbeiter	DM	10,70	11,37	.	.	11,54	12,19
* Weibliche Arbeiter	DM	9,20	9,84	.	.	9,97	10,58
* Hilfsarbeiter	DM	8,88	9,50	.	.	9,59	10,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,9	41,7	.	.	41,5	41,7
* Männliche Arbeiter	Std.	42,5	42,2	.	.	42,1	42,1
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,7	39,5	.	.	39,1	39,7
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 615	2 819	.	.	2 874	3 002
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 345	2 521	.	.	2 565	2 665
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 861	3 085	.	.	3 149	3 243
* männlich	DM	1 856	1 987	.	.	2 018	2 120
* weiblich	DM	3 259	3 515	.	.	3 585	3 760
* Technische Angestellte	DM	3 337	3 598	.	.	3 668	3 847
* männlich	DM	2 246	2 409	.	.	2 475	2 613
* weiblich	DM	3 028	3 268	.	.	3 331	3 492
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 735	2 951	.	.	3 005	3 140
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 221	3 490	.	.	3 558	3 711
* männlich	DM	2 165	2 313	.	.	2 349	2 468
* weiblich	DM	3 313	3 572	.	.	3 642	3 821
* Technische Angestellte	DM	3 381	3 646	.	.	3 717	3 900
* männlich	DM	2 351	2 510	.	.	2 567	2 707
* weiblich	DM	2 114	2 264	.	.	2 301	2 372
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 099	2 249	.	.	2 286	2 357
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 593	2 778	.	.	2 833	2 878
* männlich	DM	1 693	1 816	.	.	1 844	1 933
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 359	61 566	61 589	61 616	61 653	61 666
Eheschließungen 1)	Anzahl	28 735	30 151 ^P	33 853 ^P	40 756 ^P	32 899 ^P	37 704 ^P	38 339 ^P	34 048 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 499	51 721 ^P	56 388 ^P	52 158 ^P	53 861 ^P	53 249 ^P	56 417 ^P	54 525 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 311	59 510 ^P	59 016 ^P	55 590 ^P	57 134 ^P	58 743 ^P	58 862 ^P	57 700 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 10 812	– 7 788 ^P	– 2 628 ^P	– 3 432 ^P	– 3 273 ^P	– 5 794 ^P	– 2 445 ^P	– 3 175 ^P	...
Arbeitslose	1 000	876	889	853	865	823	1 126	1 246	1 289	1 256
Männer	1 000	417	426	386	390	368	546	605	627	616
Offene Stellen	1 000	304	308	335	324	299	236	219	206	176
Männer	1 000	198	198	214	207	193	142	134	127	109
Kurzarbeiter	1 000	88	137	85	43	138	317	221	167	268
Männer	1 000	59	98	63	28	100	207	145	115	180
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 374	22 553	.	24 066	.	.	.	23 339	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	364	373	372	346	404	382
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	123	109	105	122	128	109	105	122 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	125	110	105	123	129	109	105	123 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	121	122	108	103	121	127	107	103	120 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	125	122	113	109	120	124	113	111	120 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	121	124	106	95	123	133	104	97	124 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	120	101	98	122	115	99	93	113 ^P
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	126	130	120	123	124	143	124	126	129 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	109	107	105	107	118	120	100	98	114 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 608	7 660	7 678	7 693	7 717	7 475	7 489	7 498	7 514
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	771	762	748	668	790	697	704	646	760
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	92 121	99 639	97 147	85 763	105 725	103 310	103 427	93 991	114 642
Auslandsumsatz	Mill. DM	22 131	24 198	22 901	19 359	26 197	27 227	26 816	24 003	31 156
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 878	24 862	21 220	19 908	22 249	21 149	21 896	20 919	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 780	3 554	3 102	2 927	2 840	2 132	2 828	2 921	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 240	1 263	1 278	1 289	1 294	1 229 ^P	1 222 ^P	1 229 ^P	1 228 ^P
Beschäftigte	1 000	145	145	157	138	176	150 ^P	147 ^P	134 ^P	164 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	7 673	9 374	10 205	9 082	11 060	9 800 ^P	10 156 ^P	9 238 ^P	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 673	9 374	10 205	9 082	11 060	9 800 ^P	10 156 ^P	9 238 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 220	16 378	19 082	16 377	16 835	16 168	16 357	14 141	13 006
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 124	15 191	17 856	15 277	15 532	14 824	14 995	12 693	11 760
Wohnfläche	1 000 qm	3 095	2 926	3 320	2 896	3 009	2 951	3 032	2 741	2 441
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 282	3 239	4 017	3 206	3 519	3 090	3 353	3 154	2 952
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 970	31 718	35 553	31 438	32 599	33 248	34 640	31 473	28 496
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	26 218	29 200	29 284	24 195	29 434	32 362	36 257	28 144	34 408
EG-Länder	Mill. DM	12 962	14 019	13 983	11 088	14 681	15 363	16 399	12 517	16 540
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 230	2 290	1 931	1 968	2 274	2 561	2 198	2 001	2 642
Dänemark	Mill. DM	570	556	503	494	569	628	664	613	682
Frankreich	Mill. DM	3 333	3 885	3 900	2 693	3 959	4 209	4 608	3 296	4 546
Griechenland	Mill. DM	314	315	359	290	302	412	454	339	396
Großbritannien	Mill. DM	1 753	1 910	1 906	1 552	1 965	2 217	2 532	1 923	2 331
Irland	Mill. DM	109	111	103	86	102	130	154	123	147
Italien	Mill. DM	2 045	2 495	2 719	1 625	2 632	2 508	2 780	1 801	2 725
Niederlande	Mill. DM	2 608	2 773	2 562	2 380	2 878	2 698	3 009	2 421	3 069
Österreich	Mill. DM	1 372	1 605	1 701	1 446	1 742	1 571	1 840	1 505	1 812
Schweiz	Mill. DM	1 367	1 667	1 655	1 404	1 699	1 642	1 827	1 526	1 824
USA und Kanada	Mill. DM	1 935	1 971	2 071	1 311	1 740	2 429	2 703	1 972	2 530
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 757	4 315	4 567	4 012	4 315	5 734	7 066	5 410	5 962
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 570	1 617	1 626	1 548	1 615	1 572	1 963	1 343	1 370

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	24 347	28 438	29 177	24 365	27 873	30 689	32 591	28 199	30 924
EG-Länder	Mill. DM	11 976	13 117	13 822	10 984	12 693	14 475	15 298	12 596	14 739
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 951	2 039	1 984	1 632	1 927	2 128	2 050	1 761	2 206
Dänemark	Mill. DM	386	478	406	419	504	449	449	452	490
Frankreich	Mill. DM	2 766	3 049	3 066	2 302	2 744	3 362	3 598	2 594	3 322
Griechenland	Mill. DM	200	230	276	225	247	283	296	222	259
Großbritannien	Mill. DM	1 435	1 906	2 072	1 672	1 850	2 248	2 252	2 087	2 502
Irland	Mill. DM	98	127	155	96	133	147	160	107	156
Italien	Mill. DM	2 150	2 257	2 707	1 893	2 076	2 360	2 916	2 068	2 271
Niederlande	Mill. DM	2 990	3 261	3 155	2 745	3 211	3 498	3 576	3 306	3 533
Österreich	Mill. DM	701	819	859	692	908	803	970	733	931
Schweiz	Mill. DM	886	1 012	1 025	753	1 023	1 029	1 123	842	1 085
USA und Kanada	Mill. DM	1 948	2 443	2 576	2 066	2 183	2 765	2 721	2 455	2 368
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 531	5 794	5 856	5 318	5 905	5 873	6 325	6 393	6 063
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 337	1 449	1 518	1 297	1 612	1 491	1 781	1 730	1 832
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	191,6	202,3	200,8	180,1	194,1	192,5 ^P	203,8 ^P	188,0 ^P	197,4 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	160,4	169,8	190,3	182,1	194,9	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 305	1 428	1 353	1 368	1 380	1 478	1 487	1 496	1 508 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	999	1 098	1 038	1 052	1 060	1 136	1 136	1 142	1 152 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	306	330	315	316	320	342	351	354	356 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	959	1 011	942	947	948	1 002	998	1 003	1 001 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	478	486	458	459	459	461	455	454	452 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	21 262	22 814	20 696	18 645	29 628	29 320	21 236	19 295	29 335
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	13 445	14 488	11 858	10 554	22 768	21 557	12 046	10 927	22 105
Lohnsteuer	Mill. DM	8 089	9 297	10 317	9 514	9 387	9 359	11 064	10 185	9 698
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 129	3 066	433	222	8 422	7 372	- 39	- 147	7 837
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 017	7 787	7 575	7 669	6 852	7 758	7 929	8 029	7 227
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 250	4 404	4 128	4 255	3 922	4 280	4 227	4 336	3 908
Bundessteuern	Mill. DM	3 723	3 838	3 789	3 783	3 823	3 973	3 999	3 985	4 063
Zölle	Mill. DM	343	384	401	390	375	388	413	396	462
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 185	3 243	3 202	3 132	3 288	3 409	3 388	3 315	3 418
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	106,0	112,7	112,9	112,7	112,6	121,7	122,4	123,3 ^P	124,1 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	96,9	99,3	96,4	95,4	97,2	101,9	102,8	103,0 ^P	106,8 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	108,9	117,1	117,6	117,6	117,7	125,8	127,1	128,0	128,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	120,8	133,7	.	135,7	.	.	.	142,7	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	121,1	134,1	.	136,1	.	.	.	143,4	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	120,8	136,2	.	138,7	.	.	.	141,0	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	110,9	117,0	117,6	117,7	117,7	123,9	124,4	124,8	125,4
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	113,5	113,6	112,9	118,8	118,5	117,9	118,3
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	120,7	121,2	122,1	126,5	126,7	127,0	127,9
Wohnungsmiete	1976 = 100	109,8	115,4	115,7	116,0	116,5	120,2	120,7	121,3	121,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	137,5	135,5	134,7	152,9	157,2	162,9	164,7
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	116,6	116,8	117,4	123,5	123,6	123,5	124,0
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1976 = 100	110,0	116,8	118,1	118,2	117,8	125,8	126,9	127,9	128,9
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	112,6	119,1	119,3	119,8	120,4	125,7	126,3	126,7	127,3
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	106,1	108,9	109,0	109,1	109,4	112,7	112,9	113,1	114,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	114,5	123,2	125,3	125,4	125,5	132,4	132,9	132,9	133,1

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ständige Verbesserung der Wohnungsversorgung

Von 1950 bis 1980 wurden in Rheinland-Pfalz 878 500 Wohnungen gebaut, davon 264 000 in den 50er Jahren. Anfangs handelte es sich bei über der Hälfte der Neubauwohnungen um öffentlich geförderte, deren Anteil 1960 noch bei rund einem Drittel lag. Diese Quote ging ständig zurück und erreichte 1980 mit 11% den bisher tiefsten Stand. Seit 1953 konnten 168 500 Sozialwohnungen gebaut werden, das sind 24% aller in dieser Zeitspanne neu errichteten Wohnungen.

Der Wandel im Wohnungsbau zeigt sich eindrucksvoll an der Größe und den Ausstattungsmerkmalen der Wohnungen. Hatte 1951 eine Wohnung im Durchschnitt noch 3,6 Räume, so sind es heute 5. Zugleich nahm die Wohnfläche um 73% auf 105,1 m² zu. Noch 1968 verfügte erst knapp ein Viertel aller Wohnungen über Bad, WC und Sammelheizung, zehn Jahre später waren es bereits 53%.

Die Wohnsituation ist in Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen günstiger als im übrigen Bundesgebiet. Es gibt im Lande anteilmäßig mit die meisten Eigentümerwohnungen und die größten Wohnflächen. Hinsichtlich der Räume je Einwohner liegt Rheinland-Pfalz mit einem Wert von 1,44 vor allen anderen Ländern. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 301

Wohngeld für jeden 20. Haushalt

Im September 1981 erhielten in Rheinland-Pfalz 63 641 Haushalte und Einzelpersonen Wohngeld, das sind 6,8% mehr als im Vorjahr. Damit machten 4,7% aller Haushalte oder jeder 20. Haushalt einen Anspruch auf Wohngeld geltend.

Der durchschnittliche Wohngeldanspruch je Fall betrug 104 DM. Damit wurden im Durchschnitt 23 DM oder 28,4% mehr ausgezahlt als im September 1980. Diese Steigerung basiert zum Großteil auf den Verbesserungen des neuen Wohngeldrechts, das am 1. Januar 1981 in Kraft getreten ist. el

Auftragsbestand des Bauphauptgewerbes rückläufig

In den ersten neun Monaten dieses Jahres erhielt das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe Aufträge von nicht ganz 3 Mrd. DM. Das sind fast 15% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Auftragsbestand lag Ende September 1981 um 12,3% unter dem vom September 1980.

Zur Zeit sind im Bauhauptgewerbe 75 000 Personen tätig, die im dritten Quartal eine Arbeitsleistung von 30 Mill. Stunden erbrachten. Im Vergleich zum dritten Quartal 1980 ging die Zahl der Beschäftigten (— 1%) und der Umsatz (— 4,2%) zurück, Arbeitsstunden (+ 0,6%) und Personalaufwendungen (+ 3,5%) erhöhten sich. br

Weiterhin schwache Nachfrage nach Bauleistungen

Die Bauaufsichtsbehörden des Landes Rheinland-Pfalz haben im Oktober dieses Jahres die Baugenehmigungen für 1 089 Gebäude erteilt. Auf den Wohnbau entfallen 893 Gebäude und auf den Nichtwohnbau 196 Gebäude. Gemessen am Rauminhalt sank die Nachfrage nach Bauleistungen im Vergleich zu Oktober 1980 im Wohnbau um 21%, während sie im Nichtwohnbau um 28% zunahm. Die Zahl der genehmigten Wohnungen ging von 2 332 auf 1 935 (— 17%) zurück. Zwei Drittel der 483 Geschößwohnungen sind als Eigentumswohnungen vorgesehen. Ihr Anteil erhöhte sich gegenüber Oktober 1980 um 47% auf 320.

Von Januar bis Oktober 1981 wurden 11 019 Wohn- und 1 772 Nichtwohngebäude genehmigt, das sind 20 bzw. 25% weniger als in den ersten zehn Monaten 1980. Die Zahl der Wohnungen ging um 11% auf 20 462 zurück. Ebenfalls rückläufig waren die veranschlagten Baukosten; sie lagen mit 5,2 Mrd. DM um 8,7% unter dem Ergebnis des entsprechenden Zeitraums des Vorjahres. ne

Kraftfahrzeugexport + 30%

In den ersten acht Monaten dieses Jahres exportierte Rheinland-Pfalz Güter im Wert von 16,6 Mrd. DM. Das sind 18% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nahezu ein Viertel dieser Lieferungen waren Kraftfahrzeuge. Im Vergleich zu den ersten acht Monaten 1980 stieg der Kraftfahrzeugexport um 35%.

Die Kraftfahrzeugherstellung ist mit rund 46 500 Beschäftigten einer der wichtigsten Industriezweige des Landes.

Weitere wichtige Ausführprodukte sind chemische Vor- und Enderzeugnisse, die über 21% aller Lieferungen ausmachten, sowie Maschinen (14%), Kunststoffe (8%), Eisenbleche (3,1%) und Wein (2,6%). Am stärksten nahmen die rheinland-pfälzischen Exporte in die Entwicklungsländer zu (+ 53%). pe

Auch im Oktober weniger Verkehrsoffer

Insgesamt 10 500 Verkehrsunfälle ereigneten sich im Oktober 1981 auf den rheinland-pfälzischen Straßen. Bei 1 941 Personenschadensunfällen (7,3% weniger als im Oktober 1980) verunglückten 2 608 Verkehrsteilnehmer (— 8,9%). Dabei kamen 59 Personen ums Leben (— 27%). Von insgesamt 2 550 Verletzten mußten 760 stationär behandelt werden. Die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden stieg um 2,6% auf 8 562.

Von Januar bis Oktober 1981 wurden 90 200 Verkehrsunfälle registriert gegenüber 91 247 im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (— 1,1%). Bei 18 647 Unfällen mit Personenschaden (— 6,2%) kamen 635 Menschen ums Leben. Das sind 104 Verkehrstote weniger als im gleichen Zeitraum 1980. gz

Weniger Kinder im Straßenverkehr getötet

Von Januar bis Oktober 1981 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 42 Kinder unter 15 Jahren tödlich. Dies ist die niedrigste Zahl seit mehr als zwei Jahrzehnten. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1980 waren 55 Kinder tödlich verletzt worden.

Unter den von Januar bis Oktober 1981 im Straßenverkehr getöteten Kindern befanden sich 13 Fußgänger (— 15), 16 Radfahrer (+ 4) und 13 Mitfahrer, meist in Personenkraftwagen (— 2). Die Zahl der unter sechs Jahre alten Verkehrsoffer verringerte sich von 25 auf elf. gz

Weniger Motorradfahrer tödlich verunglückt

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 134 Motorrad-, Mofa- und Mopedfahrer tödlich. Trotz eines um 10% höheren Bestandes an motorisierten Zweirädern sind dies 18 Personen weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß durch die Einführung der gesetzlichen Pflicht zum Tragen eines Sturzhelms ab 1. August 1980 das Verletzungsrisiko der Benutzer von Zweirädern vermindert wurde. gz

Motorräder weiterhin stark gefragt

Am 1. Juli 1981 waren bei den rheinland-pfälzischen Verkehrsbehörden 187 659 motorisierte Zweiräder registriert. Das sind 15 818 oder 9,2% mehr als ein Jahr zuvor. Über drei Viertel dieser Krafträder sind zulassungsfrei, ihr Bestand erhöhte sich seit Juli 1980 um 6%. Die Zahl der zulassungspflichtigen Krafträder nahm um 21% auf 43 923 zu.

Unter den zulassungsfreien Zweirädern mit Versicherungskennzeichen stieg die Zahl der Mopeds um 16%. Auch die Bestände an Mokicks (+ 10%) und Mofas (+ 1,2%) nahmen zu. Die Zahl der Motorräder erhöhte sich um 7 526 oder 22% besonders stark, wobei sich der Trend zu schweren Maschinen weiter fortsetzte. gz

Weniger Mängel bei TÜV-Prüfungen

Im ersten Halbjahr 1981 wurden vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) und den anderen Stellen der Fahrzeugüberwachung in Rheinland-Pfalz 439 317 Kraftfahrzeuge auf Verkehrssicherheit und vorschriftsmäßigen Zustand überprüft. Ohne Mängel waren 47% (1980: 45%). Wegen leichter Mängel wurden 32% und wegen erheblicher Mängel 21% der untersuchten Fahrzeuge beanstandet. Als verkehrsunsicher mußten 737 Kraftfahrzeuge aus dem Verkehr gezogen werden.

Nahezu vier Fünftel der überprüften Fahrzeuge waren Personenwagen, von denen 46% keine Mängel

aufwiesen. Bei 664 Personenautos war aufgrund des Prüfungsbefunds eine sichere Führung im Straßenverkehr nicht mehr gewährleistet. Von insgesamt 30 270 geprüften Lastkraftwagen waren 38% ohne Mängel, bei den Zugmaschinen waren es 62%. gz

10% mehr Führerscheinverluste

Die rheinland-pfälzischen Gerichte und Verwaltungsbehörden haben im ersten Halbjahr 1981 insgesamt 7 784 Personen das Führen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen vorübergehend oder für immer untersagt. Das sind 10% mehr als im ersten Halbjahr 1980.

4 714mal wurde die Fahrerlaubnis vorübergehend entzogen (+ 12%), und zwar meist für sieben bis 12 Monate. 1 032 Personen erhielten eine zeitliche Sperre der Fahrerlaubnis (+ 7,8%) und 1 644 Fahrverbot (+ 4,4%). 394mal mußte die Erteilung einer Fahrerlaubnis versagt werden (+ 14%).

Trunkenheit am Steuer, ein schuldhaft verursachter Verkehrsunfall und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort waren die hauptsächlichsten Gründe für den Führerscheinverlust. In 90% der Fälle führte Trunkenheit am Steuer zum Entzug der Fahrerlaubnis. gz

Geringe Weinbestände

Ende August 1981 lagerten in Rheinland-Pfalz insgesamt 5,78 Mill. hl Wein. Das sind 1,8 Mill. hl oder 24% weniger als 1980 und damit die kleinste Menge seit 1962. Hauptursache sind die geringen Weinmosternten der Jahre 1978 bis 1980. Insbesondere die Ertragsausfälle im Jahre 1980 führten zu einem Rückgang beim neuesten Jahrgang der Trinkweine inländischer Herkunft um 1,6 Mill. auf 2,1 Mill. hl. Auch die Bestände älterer Jahrgänge gingen um weitere 300 000 hl auf 1,6 Mill. hl zurück. Die Vorräte an Schaumwein stiegen hingegen um 77 000 hl auf 1,14 Mill. hl und die an Trinkweinen ausländischer Herkunft um gut 150 000 hl auf 692 000 hl.

14 200 Betriebe hatten Weinbestände. Darunter befanden sich 13 400 Betriebe mit dem Schwerpunkt Weinbau.

Im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer lagerten 1,71 Mill. hl Trinkwein inländischer Herkunft (— 16%), in Rheinhessen 1,36 Mill. hl (— 25%) und in der Rheinpfalz 1,44 Mill. hl (— 36%). tg

Themen der folgenden Hefte

Die Bundespost als Arbeitgeber
Arbeitskosten im Handel, bei Banken und Versicherungen

Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften
Beschäftigte 1976 bis 1980
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1981

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

